



Wer soll das bezahlen?

Klimakrise
Nahrungsmittelkrise
Finanzmarktkrise

Wer soll das bezahlen?

Klimakrise. Nahrungsmittelkrise. Finanzmarktkrise.

Impressum:

Erscheinungsort und Datum:

Siegburg, August 2010

Herausgeber:

SÜDWIND e.V. –

Institut für Ökonomie und Ökumene

AutorIn: Irene Knoke

Mitarbeit: Diana Ebert

Redaktion und Korrektur: Vera Pack

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung und Satz: Frank Zander, Berlin

Druck und Verarbeitung:

Druckerei u. Verlag Brandt GmbH, Bonn

Titelfoto:

Mikrofinanzprojekt in Tansania,

Foto: Christof Krackhardt

ISBN: 978-3-929704-53-2

Adresse:

SÜDWIND e.V.

Lindenstraße 58–60

53721 Siegburg

Tel.: +49 (0)2241-53617

Fax: + 49 (0)2241-51308

info@suedwind-institut.de

www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank

Konto-Nr.: 99 88 77

Bankleitzahl: 350 601 90

Gedruckt auf Recycling-Papier

Danksagung:

Der Herausgeber dankt InWEnt für die finanzielle Unterstützung der vorliegenden Studie.

Diese Publikation wurde vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

Wir danken auch Le Monde Diplomatie für die Abdruckgenehmigung der Grafiken.



Inhalt

1. Einleitung	4
2. Die Klimakrise	6
2.1 Auswirkungen des Klimawandels	7
2.2 Ist unser Entwicklungsmodell tragfähig?	11
2.3 Verwundbarkeit und Anpassung	14
2.4 Die Kosten des Klimawandels	16
2.5 Wer zahlt wie viel?	21
3. Die Nahrungsmittelkrise	25
3.1 Ursachen und Verlauf	25
3.2 Kosten für die Entwicklungsländer	34
4. Die Finanz- und Wirtschaftskrise	36
4.1 Die Ursachen liegen im Norden	36
4.2 Auswirkungen auf die Entwicklungsländer	38
4.2.1 Finanzmärkte und internationale Kapitalflüsse	38
4.2.2 Welthandel und Exporteinnahmen	40
4.2.3 Rücküberweisungen	43
4.2.4 Rückgang der Entwicklungshilfe	44
4.3 Ist die Krise schon vorbei?	47
4.4 Finanzkrise und Verschuldung	49
5. Wege für die Klima- und Entwicklungsfinanzierung	52
5.1 Drei Krisen – eine Ursache	52
5.2 Die Krise als Chance nutzen	53
5.2.1 Wer soll das bezahlen?	53
5.2.2 Emissionshandel	55
5.2.3 Flugticketabgabe	56
5.2.4 Die ökologische Schuld und Entschuldung	57
5.2.5 Finanztransaktionssteuer	59
5.2.6 Schließen von Steueroasen	60
5.3 Fazit	61
6. Anhang	63
6.1 Literatur	63
6.2 Abkürzungsverzeichnis	66

1. Einleitung

An immer neue Meldungen über die Folgen des Klimawandels haben wir uns fast schon gewöhnt. Und dennoch – je mehr sich anfänglich als überzogen abgetane Prognosen zu bewahrheiten scheinen, desto stärker rückt auch die weltweite Klimakrise ins Bewusstsein eines jeden Einzelnen. Der Sommer 2010 hat dabei eindrücklich vor Augen geführt, an welche Art von Meldungen wir uns auch in Zukunft werden gewöhnen müssen. Extreme Hitze im Juli, Dürre und Trockenheit in Russland sowie Unwetter und Überschwemmungen in Polen, Tschechien und Deutschland führen auch uns die Folgen immer deutlicher vor Augen. Und dennoch dominieren die Bilder vom Jahrhunderthochwasser in Pakistan, wo der Monsun weite Teile des Landes unter Wasser gesetzt hat. Gleichzeitig hatte das benachbarte Indien mit einer Dürre zu kämpfen. Ähnliche Meldungen gibt es jedes Jahr aus unterschiedlichen Teilen der Welt, und immer wird deutlich: Das Ausmaß der Katastrophen ist in den Entwicklungsländern sehr viel gravierender als bei uns. Sie leiden sehr viel stärker unter den Folgen des Klimawandels.

Weniger präsent in unseren Medien waren hingegen die Folgen der Nahrungsmittelkrise für die Entwicklungsländer in den Jahren 2007 und 2008. Zwar war auch im Geldbeutel der Europäer zu spüren, dass die Weltmarktpreise für Energie und Nahrungsmittel dramatisch angestiegen waren, für die Armen aber, die sehr viel mehr ihres Einkommens für Energie und Nahrungsmittel ausgeben müssen, deren Länder oft von Nahrungsmittelimporten abhängen und die Endpreise stärker von den Weltmarktpreisen, war die Belastung deutlich spürbarer. Hier waren auch die Staatshaushalte der Länder stärker betroffen, weil die Importrechnungen für Nahrungsmittel und Rohstoffe dramatisch anstiegen. In der Tendenz dürfte das aufgrund von Bevölkerungswachstum und klimatischen Veränderungen auch in der Zukunft der Fall sein. Der dramatische Preisanstieg im Jahr 2008 wird aber auch auf spekulative Machenschaften zurückgeführt.

Diese wiederum sind ein Bestandteil der Finanzmarktkrise, die die Nachrichten überall auf der Welt noch immer dominiert. Dachte man

Mikrofinanzprojekt in Tansania, Foto: Christof Krackhardt



anfangs noch, dass gerade die ärmsten Länder von ihr nur wenig betroffen sein würden, weil sie weniger an internationale Finanzmärkte angeschlossen sind, wurde bald deutlich, dass in einer globalisierten Welt über indirekte Wege kein Land verschont bleiben würde. Im Gegenteil: auch hier sind die Folgen für die Menschen oft sehr viel dramatischer, da es keine oder nur sehr schwache soziale Netze gibt. Zudem sind die Länder nicht in der Lage, so umfangreiche Konjunkturpakete aufzulegen, wie der Norden. Notwendige Einschränkungen können hier bereits zu Mangelernährung führen oder dazu, dass Kinder von der Schule genommen werden.

Verschiedene Länder sind je nach Lage, Wirtschaftsstruktur und Entwicklungsstand unterschiedlich von den einzelnen Krisen betroffen. Erdöl- oder Nahrungsmittelexporteure konnten von den Preisanstiegen teilweise profitieren, litten in der Finanzmarktkrise aber entsprechend auch von dem Preisverfall. Auch sind die Länder von den verschiedenen Auswirkungen des Klimawandels sehr unterschiedlich betroffen, oder tragen auch unterschiedlich dazu bei.

Für alle drei Krisen sind die Kosten für die Entwicklungsländer ein wichtiger Faktor, denn sie sind ungerecht verteilt. Während bis zu einem bestimmten Grad einige Länder, vorrangig im Norden, von einem Temperaturanstieg sogar noch profitieren können, sind die Erderwärmung und all die sie begleitenden Auswirkungen für die meisten Entwicklungsländer mit hohen Anpassungskosten verbunden. Und obwohl sie so gut wie nichts zum Klimawandel beigetragen haben, werden sie schon sehr bald einen Beitrag zur Eindämmung desselben leisten müssen, was ebenfalls mit Kosten verbunden ist. Auch der Preisanstieg für Nahrungsmittel und Rohstoffe hat in vielen Ländern den Staatshaushalt stark belastet, teilweise mussten zur Deckung der Importe sogar neue Kredite aufgenommen werden. Ebenso hat die Finanzmarktkrise sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite große Löcher in die Haushalte vieler Entwicklungsländer gerissen.

Vor allem aber bedeuten alle drei Krisen eine ernsthafte Gefahr für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDG). Denn alle drei Krisen treffen die Armen besonders stark und können so – oder haben bereits – die Zahl der Armen sogar noch erhöhen. Wenn die Länder mit zusätzlichen Kosten zur Anpassung oder Ab-

	Hunger und extreme Armut beseitigen
	Grundschulbildung für alle Kinder
	Gleichstellung und stärkere Beteiligung von Frauen
	Kindersterblichkeit verringern
	Die Gesundheit von Müttern verbessern
	HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen
	Nachhaltigen Umgang mit der Umwelt sichern
	Aufbau einer weltweiten Partnerschaft und Entwicklung

Symbole für die acht zu erreichenden MDG, Quelle: www.mdgmonitor.de

federung solcher Krisen konfrontiert sind, brauchen sie auch neue Finanzierungsmöglichkeiten. Zusätzliche Kreditaufnahme ist dabei für die ärmsten Länder keine Alternative, denn sie haben trotz vergangener Entschuldungsmaßnahmen vielfach noch immer eine hohe Schuldenlast. Eine Sparpolitik wäre angesichts der großen Herausforderungen in der Armutsbekämpfung mit einer Kapitulation vor den MDG gleichzusetzen.

Die vorliegende Studie analysiert die Auswirkungen der drei großen globalen Krisen unserer Zeit auf die Entwicklungsländer und berücksichtigt vor allem die anfallenden Kosten mit Blick auf eine armutsorientierte Abfederung der Krisen. Einige Länderbeispiele sollen uns dabei durch die Broschüre begleiten und die unterschiedlichen Voraussetzungen und Ansätze der einzelnen Länder darstellen: Bangladesch, Indonesien, Äthiopien, Ghana und Ecuador. Die Summe aller Kosten scheint auf den ersten Blick nicht finanzierbar. In einem abschließenden Kapitel werden jedoch auch Möglichkeiten aufgezeigt, wie innovative Instrumente teilweise sogar weit mehr Gelder bereitstellen könnten, wenn die Politik den entsprechenden Mut aufbringt, bereits diskutierte oder existierende Instrumente umzusetzen oder auszuweiten.

2. Die Klimakrise

Der voranschreitende Klimawandel scheint die Krise zu sein, die mittel- und langfristig die größten Herausforderungen für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung weltweit darstellt. Dass die Erderwärmung stattfindet, sich sogar immer weiter beschleunigt und dass die globale Erwärmung zu einem großen Teil vom Menschen verursacht wird, ist weitgehend unumstritten. Auch ist bekannt, dass das Thema uns aufgrund der so genannten Trägheit des Klimawandels noch lange beschäftigen wird: Treibhausgase, die in die Atmosphäre emittiert werden, verbleiben dort lange Zeit. Auswirkungen heutiger Emissionen sind daher nicht mehr zu verhindern, selbst wenn wir morgen umfassende Klimaschutzmaßnahmen einleiten würden. Sie treten lediglich mit zeitlicher Verzögerung ein.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind weltweit zu spüren. Hitzesommer, milde Winter, veränderte Niederschlagsmuster und vermehrte Starkregenfälle sind mögliche Auswirkungen bei uns. In den Ländern des Südens sind ähnliche Auswirkungen oft weitaus bedrohlicher. Überschwemmungen, Dürreperioden und unberechenbare Niederschlagsmuster sind hier oft existenzbedrohend, denn hiervon sind die Ärmsten besonders betroffen und angepasste

Infrastruktur oft Mangelware. Wenn Regenfälle ausbleiben oder unberechenbar werden, kann das für die Menschen in diesen Regionen schnell lebensbedrohlich werden. Sie verfügen auch nicht über die notwendigen Ersparnisse, die sie über eine Durststrecke retten könnten, und sie können meist keine Versicherungen gegen solche Ereignisse abschließen.

Gerade in den Entwicklungsländern müssen sich viele Menschen bereits heute an den Klimawandel anpassen und sich auf neue Wetterphänomene, Überschwemmungen oder Stürme einstellen. Das erfordert eine ganze Reihe von Anpassungsmaßnahmen nicht nur seitens der Menschen sondern auch mit Unterstützung der Nationalstaaten.

Aber nicht nur das: So ungerecht es klingen mag: Für den Süden bleibt kaum noch ökologischer Spielraum übrig, sich auf die gleiche Weise zu entwickeln, wie es der Norden getan hat. Schon sehr bald werden sich die Entwicklungsländer sogar an den weltweiten Reduktionsbemühungen für Treibhausgase beteiligen müssen. Das bedeutet, dass sie einen anderen als den fossilen Entwicklungspfad einschlagen müssen, was die Beschaffung oder Produktion moderner und alternativer Technologien erforderlich macht.

*Sambia: Der zu früh eintretende Regen hat die Ernte eines gesamten Jahres zerstört,
Foto: James Oatway / Oxfam*



2.1 Auswirkungen des Klimawandels

Die Auswirkungen des Klimawandels und ihre Wechselwirkungen mit den Bemühungen um Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung werden auch die Debatten um die Entwicklungszusammenarbeit und die Erreichung und vor allem den Erhalt der MDG mehr und mehr bestimmen. Überschwemmungen und Dürren, extreme Wetterereignisse, Stürme und der Anstieg des Meeresspiegels, all das birgt große Gefahren, bisherige Bemühungen bei der Armutsbekämpfung zunichte zu machen. Wassermangel, massive Einbrüche bei der Ernährungssicherung, zerstörte Infrastruktur und die Zunahme von bestimmten übertragbaren Krankheiten stellen vor allem auch für die Zeit nach 2015 eine große Gefahr für den Erhalt des bis dahin Erreichten dar.¹

Meeresspiegelanstieg und Eisschmelze

Der Weltklimarat geht für dieses Jahrhundert von einem Anstieg des Meeresspiegels von mindestens 18–59 cm aus.² Dieser könnte aber auch deutlich höher ausfallen, da hier nur die thermische Ausdehnung des Wassers aufgrund der Erderwärmung eingerechnet ist,³ nicht aber der Beitrag der schmelzenden Eismassen. Aufgrund der weltweiten Erderwärmung schmelzen große Landeisflächen, wie das grönländische und das antarktische Eisschild zunehmend ab. Da hier riesige Wassermengen gespeichert sind, hat dies einen Anstieg des Meeresspiegels zur Folge, dessen mögliches Ausmaß allerdings noch nicht voll erfasst ist. Andere Prognosen gehen entsprechend weit über die Schätzung des Weltklimarates hinaus. Ein beschleunigtes Abschmelzen des grönländischen und antarktischen Eisschildes, das bereits beobachtet wird, könnte diese um ein Vielfaches übertreffen.⁴

Ein Anstieg um einen Meter bis zum Jahr 2100 liegt also durchaus im Bereich des Möglichen. Davon wären immerhin 60 Mio. Menschen und 200 Mrd. US-Dollar an Vermögenswerten allein in den Entwicklungsländern gefährdet,⁵ da sie in dann überschwemmten oder gefährdeten Gebieten leben. Küstennahe Megastädte, vornehmlich in Asien, sind davon ebenso betroffen wie

kleine Inselstaaten mit ihren proportional hohen Anteilen an Küstenregionen. In Bangladesch mit seinen großen und flachen Küstengebieten sind die Auswirkungen besonders dramatisch (vgl. Kasten).

Auch die sehr viel kleineren Gletschergebiete, die in vielen Regionen als zentrale Süßwasserreservoirs dienen, sind besonders anfällig für Temperaturveränderungen. Die Flüsse, die aus diesen Gletschern, etwa im Himalaya oder in den Anden, gespeist werden, versorgen viele Millionen Menschen mit dem nötigen Süßwasser und könnten langfristig immer weiter austrocknen. Zunehmende Wasserknappheit, sowohl als Trinkwasser als auch in der Landwirtschaft wäre die Folge. Beim gegenwärtigen Trend könnten die Gletscher des Himalayas bis 2100 ganz verschwunden sein. In den Anden könnten viele der niedriger gelegenen Gletscher bereits in zehn Jahren nicht mehr existieren.⁶

Ernährungs(un)sicherheit

Niederschlagsmuster werden sich verändern und Niederschläge gehen voraussichtlich vor allem in den Subtropen und in ohnehin schon trockenen Gebieten weiter zurück. Besonders betroffen ist hier Afrika südlich der Sahara, eine der ärmsten Regionen der Welt, wo die Menschen zudem besonders stark von berechenbaren Regenfällen abhängen. Die wachsende Bevölkerung, die zunehmende Industrialisierung und das wirtschaftliche Wachstum erhöhen auf der anderen Seite die Nachfrage nach Wasser, wodurch sich auch

¹ Für eine ausführlichere Darstellung der Auswirkungen der Klimakrise auf die Entwicklungsländer vgl.: Knoke (2009) oder Germanwatch (2008).

² Vgl.: IPCC (2007).

³ Wenn sich die Ozeane durch den globalen Temperaturanstieg nach und nach auch in tieferen Schichten erwärmen, wird sich auch das Wasser weiter ausdehnen und so zum Anstieg des Meeresspiegels weiter beitragen. Wegen der thermischen Trägheit wird eine solche Ausdehnung des Wassers noch über Jahrhunderte nachwirken.

⁴ Auf dem Höhepunkt der letzten Kaltzeit vor etwa 20.000 bis 25.000 Jahren war es global gesehen etwa 5 Grad kälter und der Meeresspiegel lag 120 Meter niedriger als heute.

⁵ Vgl. Weltbank (2009a).

⁶ Vgl. IPCC (2007).

Beispiel Bangladesch: Land unter

Die Hochwasserkatastrophe, die Bangladesch im Juni 2004 heimsuchte, kostete Hunderte von Menschen das Leben und Millionen weitere verloren ihre Heimat. Auslöser für diese Überschwemmungen waren außergewöhnlich schwere Monsunregen, die Bangladesch immer regelmäßiger ereilen, zuletzt wieder im Jahr 2007, als erneut Hunderte Todesopfer zu beklagen waren. Sie stellen das Land vor immer größere Herausforderungen.

Bangladesch, das sich durch die weltweit größte Bevölkerungsdichte auszeichnet, ist umgeben von Wasser. Nicht nur, dass sich ein gro-

ßer Teil des Landes im Mündungsbereich der drei großen Flüsse Brahmaputra, Ganges und Meghna befindet, in den Küstenregionen leben zudem 35 Mio. Menschen, das sind 28 % der gesamten Bevölkerung. Mehr als 33 % des Landes liegen nur bis zu fünf Meter über dem Meeresspiegel. Dass Bangladesch stark betroffen ist von den Auswirkungen des Klimawandels liegt auf der Hand (vgl. **Abbildung 1**). In den letzten Jahren kam es vermehrt zu einer Zunahme der Stärke und Häufigkeit des Monsunregens, zu stärkeren Überschwemmungen, Versalzung des Bodens, Erosionen, und Wirbelstürmen.

Abbildung 1:
Bedrohung durch steigende Meeresspiegel



Der zunehmende Anstieg des Meeresspiegels stellt damit eine existenzielle Bedrohung für die Bevölkerung dar. Wenn der Meeresspiegel über einen Meter ansteigt, verschwänden 18 % der Landfläche unter dem Wasser. 11 % der Bevölkerung (rund 17 Mio. Menschen) wären davon direkt betroffen. Da sich durch den Anstieg des Meeresspiegels auch der Wasser-

stand der Flüsse verändert, könnten insgesamt 70 Mio. Menschen betroffen sein.

Durch den Anstieg des Meeresspiegels erhöht sich als Folge der Überschwemmungen auch der Salzgehalt im Boden, was wiederum die landwirtschaftlichen Nutzflächen unbrauchbar macht und damit enorme Auswirkungen auf die schon jetzt schwierige Ernährungssitu-

ation der Menschen in Bangladesch hat. Des Weiteren sind auch wichtige Ökosysteme wie die Mangrovenwälder in den Sundarbans stark gefährdet. Auf das von den Vereinten Nationen (UN) deklarierte Weltnaturerbe sind mehr als 2 Mio. Menschen in Bangladesch angewiesen. Auch die Gesundheitssituation wird sich durch die Überschwemmungen verschlechtern, es ist davon auszugehen, dass Erkrankungen durch Epidemien wie Cholera oder Tropenkrankheiten wie Malaria signifikant ansteigen.

Dabei steht der Anteil der in Bangladesch lebenden Menschen am Klimawandel in keinem Verhältnis zum Ausmaß der Folgen. Die Bevölkerung stößt pro Kopf nur 0,29 Tonnen an CO₂ aus, verglichen mit 9,8 Tonnen der ausgestoßenen Emissionen pro Kopf beispielsweise in Deutschland, ist dies verschwindend gering (vgl. auch **Abbildung 2**).

Quellen: COAST (2007), UNDP (2007).

Konflikte um die immer wertvoller werdende Ressource Wasser verschärfen können.

Veränderte Niederschlagsmuster, gehäufte Dürreperioden, Starkniederschläge oder Stürme, höhere Temperaturen und zunehmender Wassermangel haben dramatische Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungssicherheit gerade in den Regionen, in denen die Armut heute schon am größten ist. Die meisten armen Menschen leben auf dem Land und sind direkt abhängig von der Land- oder Viehwirtschaft. Sie wird der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion am härtesten treffen. In Afrika südlich der Sahara könnten die Erträge aus dem Regenfeldbau in den Jahren zwischen 2000 und 2020 um bis zu 50 % sinken.⁷ Aber auch Süd- und Süd-Ostasien und weite Teile Lateinamerikas sind davon betroffen.

Gleichzeitig haben die stetig wachsende Weltbevölkerung, der wachsende Wohlstand in einigen Entwicklungsregionen und die damit einhergehende Erhöhung des Fleischkonsums den Effekt einer deutlich steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln (vgl. Kapitel 3.1). Die Zahl derjenigen, die zusätzlich von Hunger bedroht sind, könnte bis ins Jahr 2080 um 600 Mio. Menschen steigen.⁸

Klimakatastrophen und Gesundheit

In den vergangenen Jahrzehnten konnte nicht nur eine Zunahme extremer oder unberechenbarer Wetterereignisse, wie Dürren und Überschwemmungen beobachtet werden. Auch tropische Stürme haben sowohl an Häufigkeit als auch an Intensität zugenommen. Diese Zunahme kann zwar nicht monokausal auf den Klimawandel zurückgeführt werden, es gibt aber systemische Bedingungen, die die Wahrscheinlichkeit extremer Wetterereignisse erhöhen und die durch den Klimawandel begünstigt werden. Die Erwärmung der Ozeane gilt beispielsweise als ein Faktor dafür, dass tropische Stürme an Häufigkeit und Intensität zunehmen.

Auch hier trifft es arme Menschen besonders häufig, unter anderem deshalb, weil sie sich häufiger in besonders betroffenen Gebieten ansiedeln, z.B. an Berghängen und Flussläufen oder in dürreranfälligen Regionen. Insgesamt war in den Jahren zwischen 2000 und 2004 einer von 19 Menschen in Entwicklungsländern von einer Naturkatastrophe betroffen, aber nur einer von 1.500 Menschen in Industrienationen.⁹

Schließlich werden sich vor allem durch den Anstieg der Temperaturen einige tropische Krankheiten weiter ausbreiten. Durch Mücken übertragene Krankheiten wie Malaria oder das Dengue-Fieber werden sich in Zukunft auch auf höhere Lagen erstrecken. Auch Durchfallerkrankungen und Cholera-Epidemien finden günstigere Voraussetzungen. Insbesondere in den armen Ländern, wo die Gesundheitsversorgung und die hygienischen Standards schlecht sind, bedeutet das eine akute Gefahr und ein steigendes Erkrankungsrisiko.

⁷ Vgl. IPCC (2007).

⁸ Vgl. UNDP (2007).

⁹ Vgl. UNDP (2007).

Beispiel Äthiopien: Klimawandel und Ernährungssicherung

Äthiopien zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Trotz Fortschritten bei der Hungerbekämpfung belegte das Land im Jahr 2009 Platz 79 von 84 auf dem Welthungerindex. Dürren hat es am Horn von Afrika immer gegeben, durch den Klimawandel kommen sie heute jedoch häufiger und dauern länger. Kamen sie früher alle drei bis vier Jahre, kann es heute drei oder vier aufeinanderfolgende Jahre geben, in denen eine länger dauernde Dürre die Ernte vernichtet. Als Folge versteppen ganze Täler und Regionen und vormals fruchtbares Land verendet durch das Wegbleiben von Regen zu unbrauchbarer Fläche und bedroht die Existenzgrundlage vieler Menschen. Auch Überflutungen treten vermehrt auf.

Dies hat auch Folgen für die Ernährungssicherung. Die Landwirtschaft als wichtigster Pfeiler der äthiopischen Wirtschaft macht 50 % des gesamten Bruttoinlandsproduktes aus, und ist für die Beschäftigung von 85 % der Bevöl-

erneut in Abhängigkeit von externer Hilfe. Als 2009 eines der heißesten Jahre ins Land zieht und das Horn von Afrika erneut eine Dürreperiode erleidet, hungern rund 6,2 Mio. Menschen in Äthiopien. Die Regierung musste um internationale Unterstützung und Nahrungsmittelhilfen bitten.

Mit relativ einfachen Mitteln können einige Erfolge in der Anpassung an den Klimawandel, der Ernährungssicherung und damit in der Armutsbekämpfung erreicht werden. Dämme und Teiche an Hängen werden gebaut, um das karge Regenwasser aufzufangen und zu sammeln, Berghänge können so wieder bepflanzt werden. Das erfordert jedoch eine gezielte Politik und Finanzhilfen aus dem Ausland.

Die äthiopische Regierung steht jedoch auch unter einem anderen Zwang. Sie muss Devisen erwirtschaften und die Haushaltslage sanieren. Daher setzt sie stark auf die Exportförderung,



Seit Jahren fällt kaum Regen in Afar, Äthiopien, Foto: Nick Danziger / Oxfam

kerung ausschlaggebend. Als wichtigster Lieferant von Nahrungsmitteln wird die äthiopische Landwirtschaft zum Hauptteil von Kleinbäuerinnen und -bauern getragen und basiert auf dem so genannten Regenfeldbau, der stark abhängig ist von klimatischen Bedingungen und anfällig für Wetterschwankungen und Extreme. So stürzen zunehmende Dürreperioden Millionen von Menschen erneut in Hunger.

Äthiopien, das in den letzten Jahren einen enormen Fortschritt im Hinblick auf Armutsbekämpfung und MDGs gemacht hat, wird durch die Wetterextreme zurückgeworfen und gerät

was teilweise zu Lasten der Ernährungssicherung und der Förderung der Nahrungsmittelproduktion geht. So ist Äthiopien beispielsweise zweitgrößter Blumenproduzent Afrikas. Auch der Anbau von Agrospritpflanzen (vgl. Kap. 3.1) gewinnt an Bedeutung. Als Folge werden Kleinbäuerinnen und -bauern von ihrem Land vertrieben oder zum Verkauf ihrer Parzellen gedrängt.

Quellen: Grebmer et.al. (2009),
Deutsche Welle (2009).

2.2 Ist unser Entwicklungsmodell tragfähig?

Heute besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass der Klimawandel primär vom Menschen gemacht ist (anthropogener Klimawandel). Die Ursachen für unseren Klimawandel liegen auf der Hand: Wir – insbesondere im Norden – verbrauchen zu viel und vor allem zu viel fossile Brennstoffe. Über viele Jahrzehnte haben wir unser hohes Wohlstandsniveau über ein industrielles Entwicklungsmodell geschaffen, das überwiegend auf fossile Energieträger setzt und viel mehr Ressourcen verbraucht als die Erde uns eigentlich zur Verfügung stellt.

In Deutschland verbrauchen wir derzeit etwa viermal so viel wie uns eigentlich zur Verfügung stünde, wenn alle Menschen gleich viel Emissionen in die Atmosphäre abgäben, die Erde aber gleichzeitig nicht über Gebühr belastet werden dürfte. Diese Überbeanspruchung lässt sich überhaupt nur halten, weil weite Teile des Südens weit unter diesem Durchschnitt liegen und auch weit unter dem, was die Erde auch langfristig verkraften kann. Dennoch lag der Verbrauch 2004 im Weltdurchschnitt bei 4,5 Tonnen CO₂ pro Kopf. Das ist bereits das Doppelte von dem, was die Erde langfristig verkraften kann (vgl. Abbildung 2). Ein Bangladescher verbraucht beispielsweise im Durchschnitt nur 0,3t CO₂, eine

Brasilianerin, die immerhin in einem aufstrebenden Schwellenland lebt, auch nur 1,8t¹⁰.

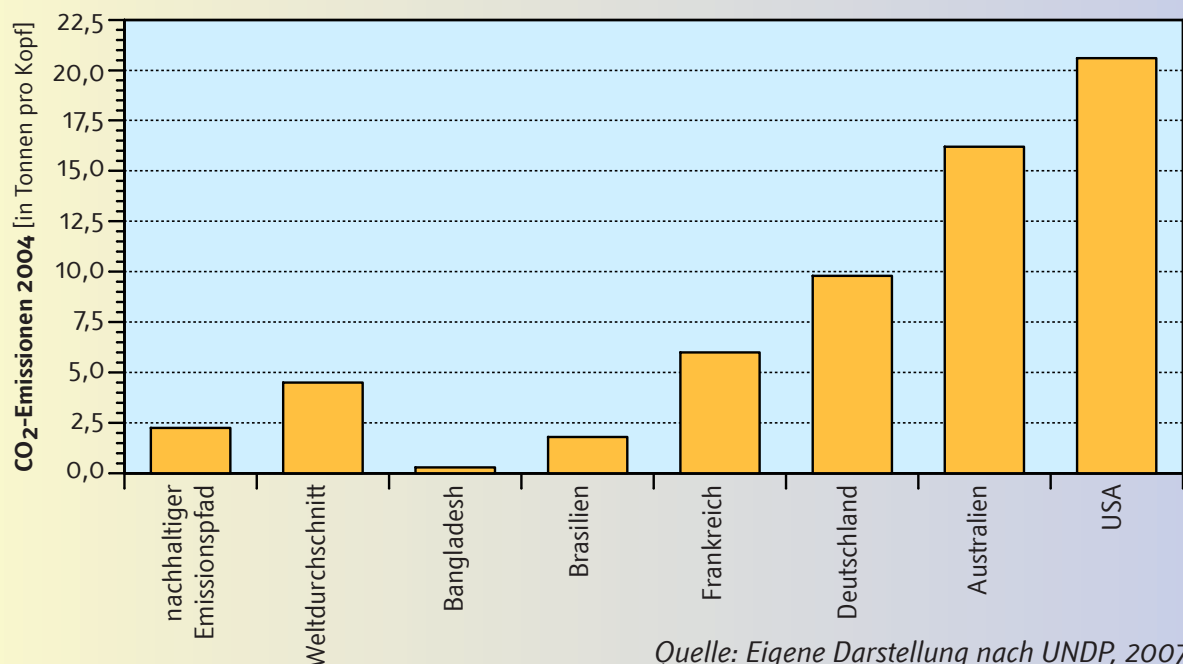
Gerade hier gibt es aber aufgrund des niedrigen Entwicklungsstandes einen enormen Nachholbedarf. Der Kollaps der Erde ließe nicht lange auf sich warten, wenn unser Entwicklungsmodell und die dazugehörige Energiestruktur von den Entwicklungsländern übernommen würden. Daher müssen wir nicht nur unseren Ausstoß an CO₂ massiv reduzieren,¹¹ sondern vor allem alternative Entwicklungsmodelle mit nachhaltigen Energiemustern für uns und für die teilweise schnell wachsenden Entwicklungs- und Schwellenländer entwickeln und diese weltweit zur Anwendung kommen lassen. Schon jetzt melden einige bevölkerungsreiche, aufstrebende Schwellenländer, allen voran China und Indien, ihr Recht auf Energiekonsum ein.

Dabei entsteht überall auf der Welt eine neue Verbraucherklasse, die einem mehr oder weniger einheitlichen Bild entspricht: Ihr Lebensstil ist von einer globalisierten Welt geprägt, in der das

¹⁰ Vgl. UNDP (2007).

¹¹ Derzeit gehen Wissenschaftler davon aus, dass in den Industrienationen bis 2050 etwa 90 % eingespart werden müssten.

Abbildung 2:
Pro-Kopf-Emissionen ausgewählter Länder (in t CO₂, 2004)



Klimapolitik ist Friedenspolitik

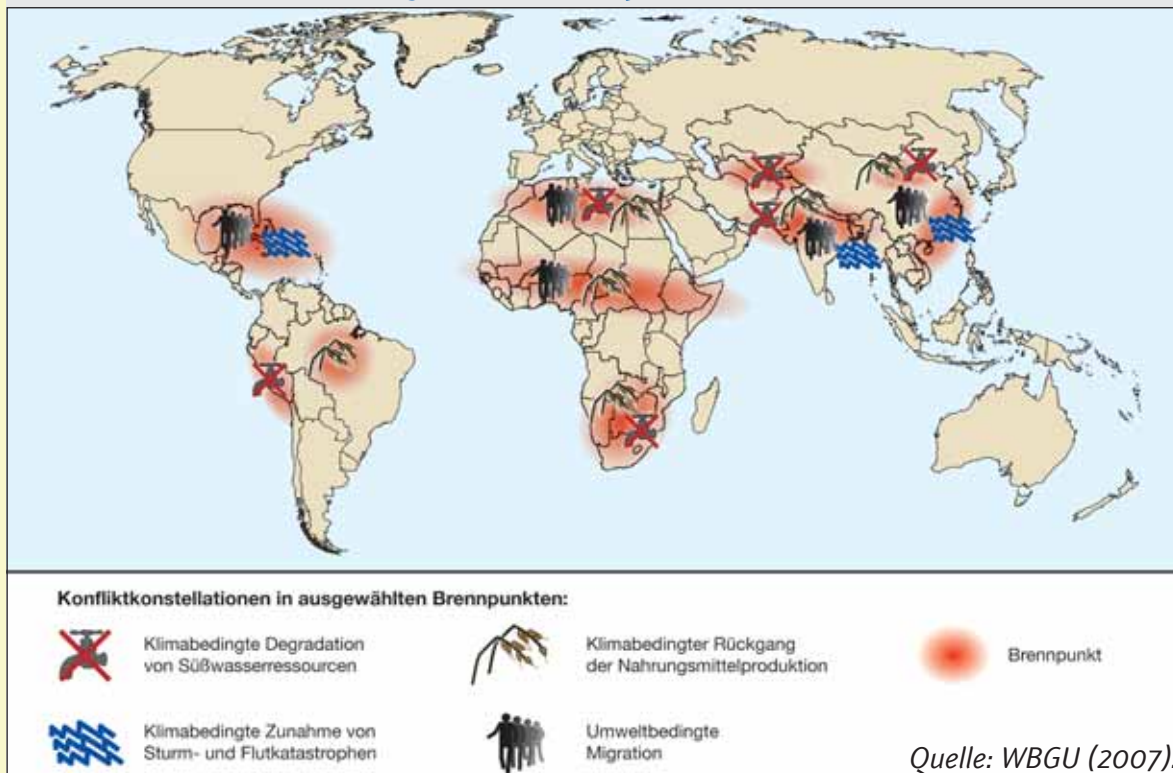
Nur ein kooperierendes Miteinander der internationalen Staatengemeinschaft, in der alle Staaten ihre Entwicklung dem gemeinsamen Kampf gegen die Erderwärmung anpassen, kann den Klimawandel noch eindämmen. Doch nationale Interessen und die gegenwärtigen Abhängigkeiten von CO₂-intensiven Entwicklungspfaden scheinen diese notwendige Kooperation immer wieder zu verhindern. Diese Entwicklungen geschehen in einer Zeit, in der sich das Weltgefüge mit den aufsteigenden großen Mächten China, Indien und Brasilien von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung mit entsprechenden Machtverschiebungen verändert. Globale Rahmenbedingungen werden sich verändern und viel hängt davon ab, wie die etablierten Mächte, vor allem die USA auf diese Machtverschiebungen reagieren werden.

Der Mangel an Süßwasser und der drohende Rückgang der Nahrungsmittelproduktion in vielen Regionen, die Zunahme extremer Wetterereignisse und damit verbundene umweltbedingte Migrationsströme stellen Situationen dar, die zu einer Zunahme von Verteilungs-

problemen und Konflikten beitragen können. Weitere Einflussfaktoren, wie eine stetig wachsende Bevölkerung mit steigendem Lebensstandard oder eine zunehmende Urbanisierung und Ressourcenknappheit kommen hinzu und können so bereits bestehende ethnische oder Verteilungskonflikte verstärken. Der Klimawandel könnte dann als Katalysator für sich vernetzende Konfliktursachen fungieren.

Besonders gefährdet sind Entwicklungsländer mit schwachen (staatlichen) Institutionen. Hier kann es zu einer Verstärkung bereits vorhandener Konflikte und zunehmender gesellschaftlicher Destabilisierung kommen. Migrationsströme infolge von sich verschlechternden existentiellen Lebensbedingungen oder sich häufenden extremen Wetterereignissen könnte die Lage vor allem in den Transit- und Zielländern der Migrationsströme verkomplizieren. Die Probleme werden sich zunächst innerstaatlich und regional auf die meist ähnlich schwachen Nachbarländer konzentrieren, die vom Klimawandel oft in ähnlicher Weise betroffen sind (siehe **Abbildung 3**).

Abbildung 3:
Konfliktkonstellationen in ausgewählten Brennpunkten



Wenn sich die Lebensbedingungen aber in ganzen Regionen so verändern, dass sie existentieller Natur sind, dann werden mittelfristig davon auch die Industrienationen betroffen sein. Wichtig für die so nötige internationale Kooperation ist dabei, wie der Norden reagieren wird. Die aktuelle Abschottungspolitik birgt dabei die Gefahr, das Konfliktpotenzial zu erhöhen.

Schließlich werden auch auf der globalen politischen Ebene die Verteilungskonflikte in einer zunehmend komplexeren Konstellation zwischen historischen und neuen Verursachern untereinander, sowie mit den Hauptbetroffenen eine immer wichtigere Rolle spielen. Denn

während die betroffenen Entwicklungs- und auch aufstrebenden Schwellenländer vor allem die historische Verantwortung des Nordens anführen, betonen die reichen Industrienationen die zukünftige Verantwortung des sehr viel bevölkerungsreicheren Südens zur Bekämpfung des Klimawandels. Können diese Konflikte in den internationalen Verhandlungen über entsprechende Reduktionsverpflichtungen und finanzielle Zusagen nicht abgebaut werden, droht die Klimafrage mehr und mehr zur Sicherheitsfrage zu werden.

Quellen: WBGU (2007), Bauer (2009), Tänzler (2009)

Vorbild des westlich geprägten Konsumenten dominant ist: Er kauft weltweit die gleichen oder ähnliche Produkte und sein Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ und Ressourcenverbrauch sind durchaus vergleichbar. Ob in der westlichen Welt oder in China, Afrika oder den ehemaligen Staaten des Ostblocks, überall haben die oberen sozialen Schichten von dem System der grenzüberschreitenden Märkte profitiert. Aufgrund der Bevölkerungsgröße leben in China heute ebenso viele Menschen in dieser Verbraucherklasse wie in den USA,¹² wenngleich es prozentual gesehen viel weniger sind als in den USA. So hat die Globalisierung dazu beigetragen, dass auch in den Entwicklungsländern immer mehr Menschen Teil dieser globalen Verbraucherklasse werden, allerdings zu dem Preis zunehmender innerstaatlicher Ungleichheit (im Norden wie im Süden).¹³

Die Ressourcen werden knapp

Aber nicht nur mit dem hohen Ausstoß an Treibhausgasen wäre die Erde überlastet. Auch die noch vorhandenen fossilen Energieressourcen könnten einem solchen Ansturm nur für gewisse Zeit standhalten. Der so genannte Scheitelpunkt, also der Zeitpunkt, an dem das Produktionsmaximum erreicht ist, wird von vielen Beobachtern bereits in den kommenden zehn bis 15 Jahren erwartet und entspricht etwa dem Zeitpunkt, in dem rund die Hälfte der Gesamtreserven entnommen ist.¹⁴ Ein Ausweichen auf Kohle, die nicht nur in den USA, sondern auch in vielen Schwellenlän-

dern, z.B. in China, Indien oder Russland, noch in großen Mengen lagert, wäre allerdings eine Katastrophe für das Klima, weil hier im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern noch mehr CO₂ pro nutzbarem Energiegehalt freigesetzt wird.

Die Herausforderung, weltweiten Wohlstand mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu generieren, ist aber nicht nur eine ökologische Frage. Die zur Neige gehenden Vorräte bei gleichzeitig steigendem Energieverbrauch weltweit werden erhebliche Preissteigerungen mit sich bringen und bergen ein hohes Konfliktpotential aufgrund zunehmender Verteilungskonflikte. Diese äußern sich schon seit einiger Zeit auf nationaler Ebene zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen, die von dem Reichtum eines Landes oft ausgeschlossen sind, Nicht selten haben diese Konflikte auch zu Regierungswechseln und Polarisierungen in einem Land beigetragen, wie beispielsweise in Bolivien oder Venezuela. Auch internationale Konflikte wie z.B. zwischen Russland und der Ukraine oder Georgien lassen

¹² Als Kriterium für die Zugehörigkeit zu dieser Verbraucherklasse wurde hier ein jährliches Einkommen angenommen, das dem Wert entspricht, mit dem man sich in dem jeweiligen Land einen Standard leisten kann, den ein US-Amerikaner mit 7.000 US-Dollar erreicht. Vgl. Brot für die Welt, EED, BUND (Hrsg.) (2008).

¹³ Vgl. ebd.: Vergleicht man zudem das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen aller Länder zeigt sich auch, dass die armen Länder im Zuge der Globalisierung immer weiter abgehängt werden: Die so bemessene zwischenstaatliche Ungleichheit nimmt ebenfalls stetig zu.

¹⁴ Vgl. ebd.: So haben die USA beispielsweise ihr Produktionsmaximum bereits 1970 erreicht, aber auch Großbritannien 1999 und Norwegen im Jahr 2001.

sich teilweise auf energiepolitische Konflikte zurückführen. Und nicht zuletzt ist auch das neuerlich starke Engagement Chinas in vielen Entwicklungsländern durch den Wunsch nach Sicherung von Energie und anderen Ressourcen motiviert.

Vor diesem Hintergrund sind die nationale und internationale Klima- und Energiepolitik eng miteinander verknüpft, denn die Konsequenzen sind nicht nur wirtschaftlicher und umweltpolitischer Natur, sondern zunehmend auch

geostrategischer und sicherheitspolitischer Natur. Die Lösung kann nur in einer Transformation unseres Wirtschaftens liegen. Eine gesellschaftliche Debatte über die Wachstumsdoktrin, Lebensstile und Verbrauchsmuster ist dabei ebenso notwendig wie ein radikaler Schwenk von fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohl hin zu erneuerbaren Energien und einem CO₂-armen Wirtschaften.

2.3 Verwundbarkeit und Anpassung

Nicht alle Länder sind dem Klimawandel gleichermaßen ausgesetzt. So können steigende Temperaturen beispielsweise in Kanada oder Russland zu einer Ausweitung der Getreideproduktion führen, während in anderen Ländern, z.B. in Teilen Afrikas, zunehmende Trockenheit zu massiven Einbrüchen führen kann. Mittelfristig könnte dies also zu einer weiter steigenden Ungleichheit zwischen verschiedenen Entwicklungsregionen führen. Entscheidend für die Auswirkungen des Klimawandels ist aber auch die Frage, wie die einzelnen Länder mit den Risiken umgehen können. So sind beispielsweise nicht nur in Bangladesch weite Landesteile vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht, sondern auch in den Niederlanden. Während das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in Bangladesch aber nur 450 US-Dollar pro Jahr beträgt, plant die niederländische Regierung Investitionen zum Hochwasserschutz von etwa 100 US-Dollar pro Kopf und Jahr.¹⁵ Entsprechende Infrastruktur, schwimmende Häuser und aufwendige Deichsysteme können die Menschen hier sehr viel besser schützen als in Bangladesch. Die Verwundbarkeit (vulnerability) eines Landes ist somit nicht nur abhängig von der eigentlichen Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels (sensitivity) sondern auch von der Fähigkeit oder Kapazität, damit umzugehen (capacity).

Die Anfälligkeit variiert dabei stark zwischen und innerhalb von Ländern und Sektoren. So sind niedrig liegende Küstenregionen und Länder, in denen große Teile oder wichtige Zentren dort liegen (wie beispielsweise die vielen asiatischen Megastädte) vom Anstieg des Meeresspiegels proportional stärker betroffen, als Länder mit weniger Küstenregionen. Auch hängen gerade die Armen häufig von besonders anfälligen

Aktivitäten ab, z.B. von der Landwirtschaft und insbesondere dem Regenfeldbau. Die Fähigkeiten eines Landes und dessen Menschen wiederum hängen stark vom Wohlstand, Bildungsniveau, institutionellen Voraussetzungen und technologischem Stand ab.

Entwicklungsländer sind besonders verwundbar

Die Entwicklungsländer gelten deshalb als besonders verwundbar, weil sie einerseits stark von solchen Sektoren abhängen, die dem Klimawandel besonders ausgesetzt sind (z.B. Landwirtschaft und Fischerei). In Afrika leben beispielsweise 50 % der Bevölkerung in düreanfälligen Trockengebieten. Im Durchschnitt trägt die Landwirtschaft hier etwa 21 % zur gesamten Wirtschaftsleistung bei, im Einzelfall weit über 50 %.¹⁶ Eine rasch wachsende Bevölkerung übt zusätzlichen Druck auf Boden und Wasservorräte aus.

Andererseits sind die Entwicklungsländer deshalb so anfällig, weil sie aufgrund ihrer niedrigen Wirtschaftsleistung, hohen Armutsraten und niedrigem Bildungs- und Entwicklungsstand besonders geringe Kapazitäten besitzen, um sich auf den Klimawandel einzustellen. Während in Frankreich jährlich rund 388 Mio. US-Dollar für die Wetterbeobachtung ausgegeben werden, sind es in Äthiopien nur 2 Mio. US-Dollar.¹⁷ Arme Menschen siedeln sich häufig in besonders gefährdeten Gegenden, wie z.B. an Berghängen

¹⁵ Vgl. Weltbank (2009a).

¹⁶ Vgl. OECD (2009).

¹⁷ Vgl. UNDP (2007).

oder in Gebieten an, die von Trockenheit oder Überschwemmungen besonders betroffen sind. Eine vielfach schwache Regierungsführung und instabile staatliche Institutionen erschweren effektive Anpassungsmaßnahmen zusätzlich, während anhaltend hohe Schuldenstände auch nach der Zeit der internationalen Entschuldungsinitiativen das nationale Budget belasten.

Somit gehen die beiden zentralen Probleme unserer Zeit Hand in Hand: Wenn wir den Klimawandel nicht sofort entschieden angehen, werden Bedingungen geschaffen, die weitere Fortschritte bei der Armutsbekämpfung entscheidend beeinträchtigen. Gleichzeitig dürfen die Anstrengungen in den Emissionsreduktionen aber die Wachstumsanstrengungen in den Entwicklungsländern nicht behindern, denn ohne zusätzliches Wachstum kann auch die Armut nicht beseitigt werden. Wachstum muss aber nachhaltig sein, denn nur so kann es zu einem Entwicklungsstand führen, der die Verwundbarkeit senkt, ohne gleichzeitig die Gefahr von weiteren Klimakatastrophen zu erhöhen. Der Schlüssel zur Verbindung dieser beiden Probleme kann also nur ein CO₂-armes Wachstum in den Entwicklungsländern sein.

Anpassung ist unerlässlich

Die Folgen des Klimawandels könnten sich selbst bei sofortigem konsequentem Handeln in Form von drastischen Treibhausgasreduktionen erst etwa ab dem Jahr 2030 langsam abschwächen. Ein solch konsequentes Handeln hängt in erster Linie von den reichen Industrienationen und den aufstrebenden Schwellenländern ab. Gerade hier zeichnen sich aber die großen Konfliktlinien in der internationalen Klimapolitik ab. Das ewige Gerangel über Reduktionsverpflichtungen für das Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls nach 2012 zeigt, dass mit solch einem konsequenten Handeln vorerst nicht zu rechnen ist.

Eine Anpassung ist daher unerlässlich und entsprechende Maßnahmen finden überall bereits statt. In den reichen Ländern werden teils große Summen seitens des Staates in die Entwicklung einer Klimaschutzinfrastruktur investiert, zum Beispiel für den Hochwasserschutz, Wetterbeobachtung oder den Umbau der Landwirtschaft. Großbritannien gibt beispielsweise jährlich 1,2 Mrd. US-Dollar für Hochwasserschutz aus, in den

Niederlanden werden schwimmende Häuser gebaut.¹⁸ Den armen Ländern, die besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels sind, fehlt für solche Anpassungsmaßnahmen das Geld. Im Gegenteil, die bestehende Infrastruktur ist meist so schwach, dass sie nicht einmal den Herausforderungen gewachsen ist, die das Gebot der Reduzierung von Armut mit sich bringt. Dieser Unterschied macht sich auch bei den tatsächlichen Auswirkungen des Klimawandels bemerkbar: Während Japan beispielsweise häufiger von Wirbelstürmen und Überschwemmungen heimgesucht wird als die Philippinen, kamen auf den Philippinen in den Jahren zwischen 2000 und 2004 mehr als zehn Mal so viele Menschen ums Leben wie in Japan.¹⁹

Anpassung umfasst viele Bereiche, wie z.B. das Katastrophenmanagement und die -vorsorge, Küstenschutz, eine klimasichere Infrastruktur, das Gesundheitswesen, Raum- und Stadtplanung, den Schutz und Erhalt von Ökosystemen und natürlicher Lebensgrundlagen, Wassermanagement, die Landwirtschaft, verändertes Saatgut sowie viele andere Maßnahmen. Aber gerade dort, wo staatliche Investitionen ausbleiben, müssen die benötigten Anpassungsmaßnahmen notgedrungen auf der lokalen Ebene stattfinden. Die Menschen passen sich an die bereits beobachteten Veränderungen an, indem sie beispielsweise andere Feldfrüchte anbauen, z.B. Maniok anstelle von Kakao in Ghana. Oder sie nutzen die Artenvielfalt und probieren verschiedene Arten aus, die unterschiedliche Resistenzen gegenüber Dürre oder Schädlingen aufweisen, immer in der Hoffnung, dass wenigstens eine Art Ertrag abwerfen wird.²⁰ Beides geht allerdings häufig auch mit Einkommensverlusten einher, da dürreresistentere Arten und Pflanzen oft weniger ertragreich sind oder weniger Einkommen bringen.

Aber das Nutzen der biologischen Vielfalt bringt vielerorts auch wichtige Erkenntnisse für die Forschung. So hat beispielsweise eine Bauernorganisation auf den Philippinen schon vor längerer Zeit damit begonnen, statt der genetisch einheitlichen und düngemittelintensiven Reissorten der Agroindustrie die vielfältigen lokalen Reissorten wieder zu beleben und weiter zu züchten. Dabei haben sie wichtige Erfahrun-

¹⁸ Vgl. UNDP (2007).

¹⁹ Vgl. UNDP (2007).

²⁰ Vgl. Gyampoh et. al (2009).



Ein MASIPAG-Bauer mit seinen eigenen, von ihm genutzten Reissorten, die er insektensicher aufbewahrt, Foto: Achim Pohl / Misereor

gen über die Salzresistenz bestimmter Sorten gemacht, die für die Züchtung neuer, lokal angepasster Sorten nutzbar gemacht werden können.²¹

Zu den weiteren Anpassungsmaßnahmen der lokalen Bevölkerung gehören auch die Umsiedlung in flussnähere Gebiete, das Ändern der Jagd und Anbauperioden, die Diversifizierung von Anbauprodukten und Anbauflächen, sowie der Nahrungslagerung und Nahrungsgewohnheiten, das Sammeln von Regenwasser und der mehrmalige Gebrauch von Wasser. Traditionel-

les Wissen und die über lange Jahre gemachten Erfahrungen und Gewohnheiten indigener Völker über sich wandelnde Anbaubedingungen können hier eine wichtige Rolle spielen und sollten daher die wissenschaftlichen Erkenntnissen und Forschung sinnvoll ergänzen.

All das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass zur Bewältigung der Klimafolgen massive staatliche Investitionen ebenso nötig sein werden wie der Auf- und Ausbau sowie die Stärkung nationaler Institutionen und der Regierungsführung.

2.4 Die Kosten des Klimawandels

Schätzungen gehen davon aus, dass die Entwicklungsländer 75–80 % der Kosten des Klimawandels werden schultern müssen.²² Dabei wird der Klimawandel die Staatshaushalte insbesondere auch in den Entwicklungsländern von zwei Seiten belasten: Zum Einen können die Einnahmen unter Druck geraten, wenn es z.B. Ausfälle infolge von Exporteinbrüchen oder einer sinkenden Produktion gibt. So wurde beispielsweise für Vietnam ein Sinken des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 10 % bei einem Meeresspiegelanstieg von nur einem Meter errechnet.²³ Für

Uganda wird bei einem Temperaturanstieg von nur 2°C befürchtet, dass der Anbau von Kaffee, eines der wichtigsten Exportgüter des Landes, nur noch auf einer sehr kleinen Landesfläche möglich sein wird.²⁴ In Afrika südlich der Sahara könnten laut Weltklimarat (IPCC) die Erträge aus

²¹ Eine ausführlichere Beschreibung des Projekts findet sich in Mertineit (2007).

²² Vgl. Weltbank (2009a).

²³ Vgl. ICEM (2009).

²⁴ Vgl. Germanwatch (2008).

Tabelle 1:
Geschätzte Kosten für die Anpassung in den Entwicklungsländern

Organisation	Jährliche Kosten in Mrd. US\$	Referenzjahr
Weltbank (2006)	9 bis 41	2008
Stern-Report (2006)	4 bis 37	2008
UN-Entwicklungsprogramm UNDP (2007)	86	2015
UNFCCC/Klimarahmenkonvention (2007)	28 bis 67	2030
Oxfam (2007)	mehr als 50	2008
Weltbank (2009)	75–100	2030
Quellen: World Resource Institute (2008), Weltbank (2009b)		

dem Regenfeldbau zwischen 2000 und 2020 um bis zu 50 % sinken. Die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Verluste werden bis zum Jahr 2060 auf 26 Mrd. US-Dollar geschätzt. Damit lägen sie höher, als die gesamte bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in der Region im Jahr 2005.²⁵

Zum Anderen muss von einem teilweise empfindlichen Anstieg der Ausgaben ausgegangen werden. Wenn z.B. aufgrund der Ressourcenknappheit die Ölpreise weiter steigen oder, wie mehrfach in der Vergangenheit erlebt, drastische Preissprünge stattfinden, leiden die ölimportierenden Entwicklungsländer darunter stärker als die Industrienationen. Aufgrund schlechterer Energieeffizienz verbrauchen sie mehr Öl pro Wirtschaftseinheit und ihre Energieversorgung ist insgesamt weniger diversifiziert. Dies war bereits in den beiden Ölpreiskrisen in den 1970er Jahren der Fall. Hinzu kommen die Kosten, die direkt mit den Folgen des Klimawandels in Verbindung gebracht werden.

Da die Entwicklungsländer zu dem Status Quo kaum etwas beigetragen haben, ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass diese Kosten nicht von ihnen geschultert werden müssen. Bei der Debatte, wer wem wie viel zahlen muss, geht es also auch nicht um einen Akt der Barmherzigkeit, sondern um Reparationszahlungen. Es sollte daher von vorne herein klar sein, dass Gelder, die zur Klimafinanzierung bereit gestellt werden, überwiegend als Zuschüsse zu vergeben sind, dass sie zusätzlich zu der Entwicklungsfinanzierung fließen müssen und nicht auf das alte 0,7 %-Ziel²⁶ angerechnet werden sollten, an dem auch weiter festgehalten werden muss.

Anpassungskosten

Die Schätzungen über die Kosten der reinen Anpassungsmaßnahmen gehen weit auseinander, da sie unterschiedliche Berechnungsmethoden und Referenzzeiträume umfassen: Den höchsten unmittelbaren Bedarf haben dabei die britische Entwicklungsorganisation Oxfam und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ermittelt. Diese Schätzungen dürften aber durchaus realistisch sein, wenn man bedenkt, wie umfassend das Programm zur notwendigen Anpassung an die Folgen des Klimawandels aussieht. Hier wird es nicht nur darum gehen, mittels Risikoversorge und Risikomanagement die betroffene Bevölkerung vor drohenden Klimakatastrophen zu schützen oder Versicherungssysteme zur Abfederung der Folgen einzuführen. Ganze Politikfelder und Wirtschaftssektoren (Land- und Forstwirtschaft, Wasserversorgung, Gesundheitswesen, etc.) sind betroffen und müssen um- und ausgebaut werden, um auch mittel- und langfristig ein würdevolles Leben zu ermöglichen und Armut weiter reduzieren zu können.²⁷ Geschieht dies nicht, stellt der Klimawandel nicht nur eine gro-

²⁵ Vgl. UNDP (2007).

²⁶ Das bereits in den 1970er Jahren formulierte und immer wieder bekräftigte Ziel besagt, dass die Industrienationen 0,7 % ihres BIP für die Entwicklungszusammenarbeit bereit stellen sollen. Vgl. hierzu auch Kap. 4.2.4.

²⁷ So hat beispielsweise eine Studie die Kostenkalkulationen des UNFCCC unter die Lupe genommen und kam zu dem Ergebnis, dass relevante Sektoren in die Berechnungen gar nicht eingeflossen sind (z.B. Schutz von Ökosystemen, Energiesektor, Produktion und Einzelhandel oder Tourismus) und andere Sektoren nur unvollständig abgedeckt wurden, vgl. Parry et al. (2009).

ße Gefahr für die ohnehin fragliche Erreichung der MDG dar, er droht auch vor allem für die Zeit nach 2015 bisherige Erfolge zunichte zu machen und Armut weiter zu vergrößern und zu zementieren. Letztlich hängt die Höhe der Kosten für die Anpassung auch davon ab, wie hoch die globalen Emissionsreduktionen ausfallen. Wenn hier nicht zügig und konsequent gehandelt wird, könnten insbesondere nach 2020 die Kosten dramatisch ansteigen.

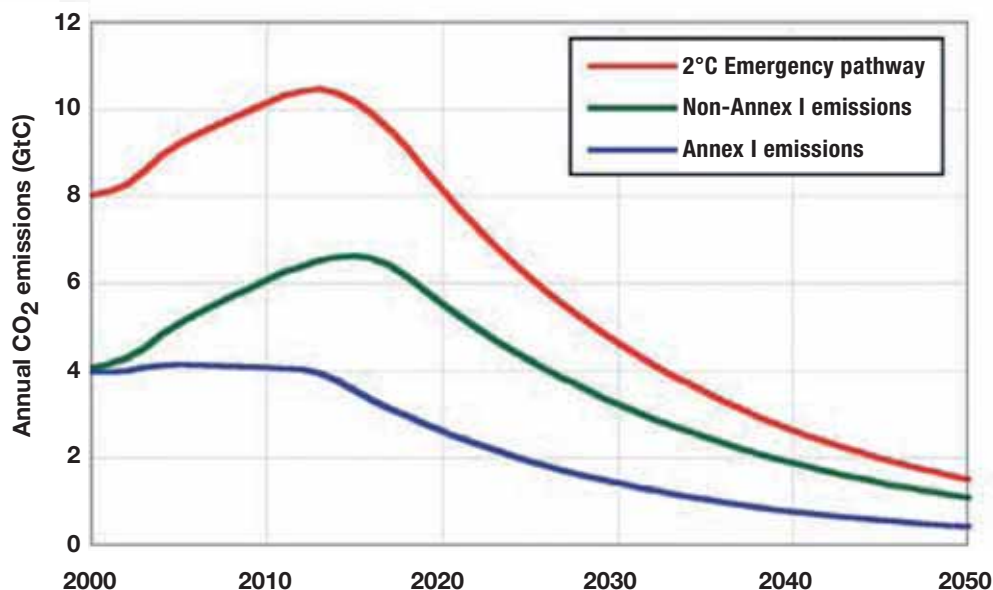
Anpassung kann viele Formen annehmen und ist dabei eng verknüpft mit Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Eine klare Trennung zwischen reinen Anpassungsmaßnahmen und klassischer Entwicklungszusammenarbeit ist in den meisten Fällen schwierig. Es wird vor allem darum gehen, auf allen Ebenen eine »Klimabril- le« aufzusetzen, sowohl bei der Formulierung nationaler Strategien, bei zentralen Entscheidungen in Sektorstrategien oder beim Bau von Infrastruktur. Diese Interdependenz darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass entsprechende Mittel zusätzlich zur Entwicklungsfinanzierung bereitgestellt werden müssen. Angesichts der großen historischen Verantwortung der Industrienationen ist die Zusätzlichkeit der Klimafinanzierung ein wichtiges Kriterium. Das bedeutet letztlich, dass das lange versprochene und nie erreichte Ziel, 0,7 % des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen, um die Anpassungsmaßnahmen erhöht werden muss.

Emissionsreduktionen auch im Süden

Die Kosten für die weltweite Klimafinanzierung bestehen aber nur zum Teil aus den genannten Anpassungskosten. Daneben stehen auch die Entwicklungsländer vor der großen Herausforderung, ihre Wirtschaftsstrukturen umzubauen. Denn auch wenn sie bislang kaum etwas zum anthropogenen Klimawandel beigetragen haben, werden sie sich mittelfristig an den Bemühungen zur Reduzierung des globalen Treibhausgasausstoßes beteiligen müssen. Schon heute leben fünf von sechs Menschen weltweit außerhalb der reichen Länder, bis 2050 werden es acht von neun Menschen sein. Insbesondere bei einer zunehmenden Entwicklung in den Schwellen- und Entwicklungsländern wird die Zukunft des Planeten also auch maßgeblich von ihrem Emissionsausstoß abhängen. Das bedeutet, dass sie einen anderen als den fossilen Entwicklungspfad einschlagen müssen, was die Beschaffung oder Produktion moderner und alternativer Technologien erforderlich macht.

Was aus der Sichtweise der historischen Verantwortung kaum nachvollziehbar ist, erschließt sich aus dem tatsächlichen Sachzwang. Selbst wenn die Industrienationen es schaffen würden, ihre Emissionen bis zum Jahr 2050 um 90 % gegenüber dem Jahr 1990 zu senken, würde das nicht ausreichen, die globale Temperaturerwär-

Abbildung 4:
Das Dilemma des Südens



Quelle: Baer et.al. (2008): 14

Beispiel Indonesien: Ein Land mit zwei Gesichtern

Indonesien zeigt sich im Zuge des Klimawandels als ein Land mit zwei Gesichtern. Zum Einen gehört es mit einer der höchsten Bevölkerungsdichten der Welt, einer hohen und seltenen Biodiversität und umgeben von Meer, zu den am meisten gefährdetsten Ländern bezüglich der Auswirkungen des Klimawandels. Auf der anderen Seite ist Indonesien mittlerweile der drittgrößte CO₂-Verursacher der Welt nach China und den USA.

Ursache für diesen hohen CO₂-Ausstoß ist die Brandrodung der Wälder. Die Abholzung und Brandrodung von Regenwald machen weltweit jährlich 25 % des CO₂-Ausstoßes aus. In Indonesien wird der Regenwald unter anderem für die Neuanlage von Palmölplantagen gerodet.

zwischen 2010 und 2020 um rund 150.000 Quadratkilometer und somit um mehr als 15 % schrumpfen.

Zunehmende Wetterextreme, aber vor allem auch die Brandrodungen des Regenwaldes haben große Auswirkungen auf die Biodiversität des Landes. Indonesiens Regenwälder bergen eine Vielzahl seltener, stark bedrohter Tierarten, die im Zuge der Waldbrände und Dürren immer mehr ihre Lebensräume verlieren und zunehmend verschwinden. Die Zahlen der Orang-Utan, Sumatra-Tiger und Elefanten haben sich nach Angaben des World Wide Fund For Nature (WWF) in den letzten 25 Jahren stark verringert und sind mittlerweile vom Aussterben bedroht.



Zeugnisse der Flut in Jakarta, Foto: Flickr.com

Das Palmöl wird zur Nahrungsmittelproduktion, für die Kosmetikindustrie, zunehmend aber auch für die Produktion von Agrotreibstoffen verwendet (vgl. Kapitel 3.1). Besonders seit der Jahrtausendwende sind die Flächen für Palmölplantagen deutlich angestiegen, in den Jahren zwischen 2000 und 2009 kamen jährlich rund 340.000 Hektar dazu, gefördert durch Gesetzesänderungen, die den Zugang zu Land für Konzerne und Privatpersonen und so den Aufbau neuer Plantagen erleichterten. Das entspricht ungefähr einem Fußballfeld pro Minute. Nach den derzeit vorliegenden Prognosen könnten die Primärwälder Indonesiens

Doch ist Indonesien nicht nur einer der Hauptverursacher weltweiter Emissionen, sondern hat auch stark unter den Auswirkungen zu leiden. Besonders hart trifft es die über 40 Mio. armen Menschen in Indonesien, die zunehmend unter Wetterextremen in Form von Fluten und Dürren zu leiden haben. Zum Einen sinken die jährlichen Regengüsse bei steigenden Temperaturen immer mehr und verschärfen

damit Dürren. Zum Anderen kommt es aufgrund des Meeresspiegelanstieges vermehrt zu Überflutungen. Insbesondere die Hauptstadt Jakarta, eine Metropole mit 12 Mio. Menschen, gilt als äußerst anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels. So wurden bei der Jakarta-Flut im Februar 2007 über 350.000 Menschen obdachlos, zwischenzeitlich lagen 70 % der Stadt unter Wasser. Die Schäden beliefen sich auf 450 Mio. US-Dollar.

Quellen: IFPRI (2010), Spiegel online (2007), WWF (2007), USDA (2009).

mung auf 2°C zu begrenzen (siehe **Abbildung 4**), ein politisches Ziel, das in den Klimaverhandlungen immer wieder bekräftigt wird, auch wenn es kaum noch realisierbar erscheint. Hieraus ergibt sich das wohl größte Dilemma der Klimafrage: Weil die industrialisierten Länder einen großen Teil des ökologischen Spielraums aufgebraucht haben, um das Entwicklungsniveau von heute zu erreichen, können die Entwicklungsländer ihren Entwicklungspfad nicht auf die gleiche Weise beschreiten. Auch sie müssten bereits um das Jahr 2020 beginnen, ihre Emissionen zu reduzieren, so dass sie bis 2050 um 60 % gegenüber 1990 zurückgehen.

Auch bei der Vermeidung des Klimawandels im Süden sind wichtige Sektoren von nationalem ökonomischem Interesse (Energiesektor, Transport, Wohnungswesen, Land- und Forstwirtschaft etc.) von Bedeutung. Die wohl wichtigste Maßnahme in vielen Ländern ist – vor allem aufgrund des hohen Einsparpotentials – der Schutz der Wälder und Böden, d.h. Reduzierung von Entwaldung und die Vermeidung weiterer Bodendegradierung. Mit Blick auf die Klimaverhandlungen in Kopenhagen von Dezember 2009 hat das internationale Klimaaktionsbündnis (Climate Action Network – CAN) allein für die vollständige Emissionsvermeidung aus diesem Bereich bis 2020 jährlich 35 Mrd. US-Dollar gefordert (basierend auf Untersuchungen der Europäischen Kommission u.a.).²⁸

Insgesamt lassen sich zahlreiche Maßnahmen zur Emissionsvermeidung in Entwicklungsländern deutlich kostengünstiger bewerkstelligen als in den Industrienationen. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen zur Vermeidung von Entwaldung, aber auch für die Sektoren Landwirtschaft und Entsorgung. Und es gilt vor allem dann, wenn frühzeitig in den Entwicklungsprozess eingegriffen wird. Wenn in einem Land die Energieversorgung ausgebaut werden muss, dann können die Kosten entweder direkt in saubere Energien investiert werden oder aber in ein Kohlekraftwerk, das dann über mehrere Dekaden laufen muss, damit es die Investitionskosten wieder einspielt. Ähnliches gilt beispielsweise auch für den Häuserbau oder den Bau von Infrastruktur. Insgesamt gehen auch hier die Schätzungen auseinander und verschiedene Studien und Positionierungen beziehen sich auf unterschiedliche Referenzzeiträume. Die Weltbank geht beispielsweise von Kosten zur Vermeidung

von Treibhausgasemissionen in den Entwicklungsländern bis zum Jahr 2030 von etwa 139 bis 175 Mrd. US-Dollar jährlich aus.²⁹

Das Restrisiko

Neben den Anpassungskosten und den Kosten für den Umbau der eigenen Wirtschafts- und Energiestruktur zur Vermeidung zukünftiger Emissionen umfassen die zu erwartenden Kosten des Klimawandels noch einen weiteren Posten: Selbst wenn Anpassungsmaßnahmen zügig im notwendigen Rahmen finanziert werden sollten, bleibt immer ein Restrisiko bestehen, das in die Kostenkalkulation einbezogen werden muss. So lassen sich mit entsprechenden Anpassungsmaßnahmen (z.B. verbesserter Infrastruktur oder dem Aufbau von Versicherungssystemen) zwar die Auswirkungen bestimmter Phänomene zum Teil beträchtlich eindämmen, die Phänomene selbst lassen sich aber natürlich nicht verhindern. Tropenstürme, Überschwemmungen oder Dürren können dennoch eine zerstörerische Kraft ausüben oder Ernteauffälle mit sich bringen, die auch über Versicherungssysteme nicht voll abgedeckt sind und das Bruttoinlandsprodukt empfindlich senken können. Diese Kosten sind in allen Kalkulationen bislang noch weitgehend unberücksichtigt, können aber je nach Intensität bei den Reduktionsbemühungen erheblich ausfallen.

Selbst wenn die Welt sich anstrengen und ernsthaft versuchen sollte, die globale Erwärmung auf etwa 2°C zu beschränken, würden nach Berechnungen 67 % der zu erwartenden Folgen auch trotz Anpassungsmaßnahmen kostenwirksam werden. Das entspricht Kosten von etwa 275 Bio. US-Dollar in den zwei Jahrhunderten zwischen 2000 und 2200, also im Schnitt 1,4 Bio. US-Dollar pro Jahr (wobei die Kosten graduell ansteigen würden).³⁰ Insgesamt gilt, dass jeder Dollar, der weniger in die Vermeidung von CO₂-Emissionen investiert wird, irgendwo auf der Welt oder irgendwann in der Zukunft um ein Mehrfaches in die Bekämpfung der Folgen des

²⁸ Vgl. CAN (2009a).

²⁹ Vgl. Weltbank (2009a).

³⁰ Vgl. Parry et. al. (2009) nach Berechnungen und Daten von Stern (2006). Die Kosten für Anpassungsmaßnahmen wurden in diesen Berechnungen mit insgesamt 6 Bio. US-Dollar veranschlagt, die Kosten für die Vermeidung von Emissionen mit 110 Bio. US-Dollar. Mit diesen Investitionen könnten über den gesamten Zeitraum 135 Bio. US-Dollar vermieden werden.

Klimawandels gesteckt werden muss.³¹ Die Balance zwischen Vermeidung und Anpassung ist also kein Nullsummenspiel zwischen den Weltregionen oder heutigen und künftigen Generationen. Der Aufbau und die Verbesserung von Frühwarnsystemen und Katastrophenmanagement ist daher eine ebenso wichtige Anpassungsmaßnahme wie die Verstärkung von Versicherungssystemen. Aber die Kosten werden nicht durch Privatpersonen und den privaten Sektor gedeckt werden können. Zusätzlich müssen auch hier öffentliche Mittel, und diese besonders von den Verursachern des Klimawandels, bereit gestellt werden. Trotzdem können selbst dann die Kosten nur in Teilen abgefangen werden.

Wie viel Geld optimalerweise in die Vermeidung von Emissionen gesteckt werden muss, um die gesamten Kosten von Vermeidung, Anpassung und Restrisiko so gering wie möglich zu halten, ist indes umstritten und nur schwer zu berechnen. Die Weltbank schätzt, dass zur Begrenzung der globalen Erwärmung um 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau nur rund 0,3 bis 0,7 % des weltweiten BIP nötig wären.³² Vor allem der hohe Unsicherheitsfaktor über die möglichen Auswirkungen bei einer weiteren Erwärmung spricht dafür, dass die Welt dieses Geld gewissermaßen als Versicherungsschutz investieren sollte.³³

2.5 Wer zahlt wie viel?

Bislang sind die erforderlichen Maßnahmen zur Anpassung an und Vermeidung von Klimawandel auch in den Entwicklungsländern hoffnungslos unterfinanziert. Den hohen Summen für die Anpassungsmaßnahmen und der Finanzierung zur Reduktion von Emissionen im Süden stehen derzeit gerade einmal 10 Mrd. US-Dollar an öffentlichen Geldern gegenüber.³⁴ Immerhin konnte sich die Weltgemeinschaft in der schwachen Abschlusserklärung bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen (Kopenhagen Akkord) dazu durchringen, bis zum Jahr 2020 100 Mrd. US-Dollar jährlich zuzusagen.³⁵ Für die kommenden Jahre (2010–2012) wurde eine Kurzfristfinanzierung von insgesamt 30 Mrd. US-Dollar jährlich in Aussicht gestellt.

Wie viel solche unverbindlichen Zusagen im Zuge der Finanzmarktkrise und der nun einsetzenden Spardiskussion in den Industrienationen wirklich wert sind, zeigt das Vorgehen der im internationalen Vergleich noch eher fortschrittlichen bundesdeutschen Regierung: Sie hat in Kopenhagen zugesagt, bis zum Jahr 2012 420 Mio. Euro jährlich an zusätzlicher Klimafinanzierung bereitzustellen. Wie auch in anderen Ländern üblich, wurden jedoch viele bereits gemachte Zusagen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit umetikettiert. In Deutschland blieben danach im Jahr 2010 tatsächlich lediglich 70 Mio. Euro an neuen Finanzmitteln übrig. Nach den neuesten Haushaltsplänen des Finanzministers vom Juli 2010 sollen aber auch diese 70 Mio. Euro in den kommenden beiden Jahren

wegfallen. Mit einem Buchungstrick glaubt die Regierung das Gesicht wahren zu können: Sie rechnet nunmehr zugesagte Kredite an die Entwicklungsländer in ihrer vollen Höhe als Klimafinanzierung an. Der voll zurückzahlbare Kredit, der vorher nur zu einem bestimmten Prozentsatz als zusätzliche Klimafinanzierung angerechnet wurde, wird nun in voller Höhe verbucht.³⁶

Unübersichtliche Finanzierungsstruktur

Als ein weiteres Problem kommt hinzu, dass die zur Verfügung stehenden Gelder in unzählige verschiedene Töpfe mit jeweils unterschiedlichen

³¹ Die in Fußnote 30 erwähnten 110 Bio. US-Dollar zur Vermeidung von CO₂-Emissionen wären gut investiertes Geld, denn wenn keine Reduktionsbemühungen stattfänden, lägen nach den gleichen Berechnungen die zu erwartenden Kosten trotz Anpassungsmaßnahmen von 6 Bio. US-Dollar bei insgesamt 890 Bio. US-Dollar. Vgl. Parry, et.al. (2009).

³² Vgl. Weltbank (2009a).

³³ Vgl. Weltbank (2009a): Dies gilt umso mehr angesichts der Tatsache, dass weltweit insgesamt 3 % des globalen BIP für Versicherungen ausgegeben werden.

³⁴ Vgl. Unmüßig (2009), nach www.climatefundsupdate.org

³⁵ Dies sollen allerdings nicht nur öffentliche Mittel sein, sondern umfasst auch private Finanzflüsse und Finanzmittel aus innovativen Finanzierungsinstrumenten (vgl. Kapitel 5).

³⁶ Wenn Kredite unter dem Marktzins vergeben werden, dürfen sich die Industrienationen diese Vergünstigungen als Entwicklungshilfe anrechnen lassen. Nur dieser Teil gilt dann als das sogenannte »Zuschusselement« und darf auch für die Klimafinanzierung als tatsächlich zusätzliches Geld betrachtet werden.

Modalitäten fließen und diese auch bei weitem nicht alle als Zuschüsse verbucht werden. Der bislang umfassendste Beitrag wurde über den Treuhandfond der Globalen Umweltfazilität (Global Environment Facility, GEF) abgewickelt.³⁷ Die Mittel des Treuhandfond werden von den reichen Mitgliedsstaaten in etwa vierjährigen Zyklen bereitgestellt und als Zuschüsse vergeben.

Ebenfalls bei der GEF angesiedelt sind der Fond für die ärmsten Länder (Least Developed Country Fund, LDCF) und der Spezialfond für den Klimawandel (Special Climate Change Fund, SCCF), die aber beide erst später etabliert wurden und sehr viel weniger Mittel zur Verfügung haben. Der LDCF soll die ärmsten Länder darin unterstützen, für die dringlichsten Anpassungs-

maßnahmen ein Nationales Aktionsprogramm für die Anpassung (NAPA) zu erstellen und umzusetzen. Der SCCF soll weitere Programme und Maßnahmen unterstützen, die über die anderen Fonds nicht abgedeckt werden. In diesen beiden Fonds sind gegenwärtig 180 Mio. US-Dollar an freiwilligen Beiträgen hinterlegt, die als Zuschüsse vergeben werden. Es müssen jedoch noch 500 Mio. US-Dollar zur Finanzierung der NAPA in den kommenden vier Jahren werden (vgl. **Tabelle 2**).

³⁷ Die GEF ist der Finanzierungsmechanismus für die im Rahmen des Rio-Prozesses nach 1992 entstandenen Rahmenkonventionen zu verschiedenen Themen wie Klimawandel, Artenvielfalt, Desertifikation etc. Bislang haben Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt und zum Klimaschutz mit je rund einem Drittel den größten Anteil in der Gesamtfinanzierung in der GEF ausgemacht. Vgl. GEF (2010).

Tabelle 2: © 2010 SÜDWIND Übersicht über die wichtigsten internationalen Fonds zur Klimafinanzierung				
Fond	Ziel	Mittel	Zeitraum	Zuschuss oder Kredit
GEF: Treuhandfond	Klimaschutz	452 Mio. US\$ jährl.	1991–2009	Zuschuss
	Artenvielfalt Gewässerschutz Desertifikation u.a.	1.060 Mio. US\$ jährl.	2010–2014	Zuschuss
UNFCCC: Least Developed Country Fund (LDCF)*	Anpassung (NAPA)	11,8 Mio. US\$ jährl.	2002–2009	Zuschuss
UNFCCC: Special Climate Change Fund (SCCF)*	Anpassung, Technologietransfer, Capacity Building	10,9 Mio. US\$ jährl.	2002–2009	Zuschuss
UNFCCC: Anpassungsfond	Anpassung	3,2 Mrd. US\$ (plus 2% aus dem Verkauf von Emissionszertifikaten**)		Zuschuss
Weltbank: Clean Technology Fund	Vermeidung, Technologietransfer	4,4 Mrd. (weitere 36 Mrd. US\$ an privaten Mitteln)		Mischung aus Zuschüssen, Krediten und Garantien
Weltbank: Strategic Climate Fund	Vermeidung, speziell Waldschutz und Erneuerbare Energien	2,5 Mrd. US\$		Mischung aus Zuschüssen, Krediten und Garantien
* Fonds der Klimarahmenkonvention UNFCCC, LDCF und SCCF werden beide von GEF verwaltet.				
** Der Anpassungsfonds finanziert sich aus einer 2 %-Abgabe aus dem Verkauf von Zertifikaten aus dem Emissionshandel.				
Quellen: GEF (2010), www.climatefundsupdate.org				

Neben der chronischen Unterfinanzierung zeichnet sich der Bereich der Klimafinanzierung eher durch die unermüdliche Neugründung von weiteren Fonds aus, als durch eine verlässliche Zusage zur Bestückung derselben. Hier spielen die Einzelinteressen der Geber und Institutionen eine wichtige Rolle. Vor allem die Weltbank hat zu verschiedenen Schwerpunkten individuelle Fonds ins Leben gerufen (z.B. den Fonds für saubere Technologie oder den strategischen Klimafonds). Daneben gibt es noch eine ganze Reihe multilateraler oder auch bilateraler Fonds (Japan, Großbritannien, Deutschland, Australien oder auch die Europäische Kommission).³⁸ Doppelungen sind häufig, nur eines haben die Fonds gemeinsam: In den Managementstrukturen sind die Entwicklungsländer deutlich unterrepräsentiert. Es scheint vor allem darum zu gehen, möglichst viel von einem ohnehin zu kleinen Kuchen unter der eigenen Kontrolle zu behalten.

Dennoch ist zu erwarten, dass die Klimafinanzierung in den kommenden Jahren Summen mobilisieren wird, die weit über das gegenwärtige Maß hinausgehen. Die Strukturfrage ist angesichts solcher Summen gerade jetzt wichtig. Die Regierungen in den Schwellen- und Entwicklungsländern fordern hier zu Recht mehr Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte. Vor diesem Hintergrund fordern auch viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, dass diese Gelder für Klimaschutz und Anpassung bei der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) verwaltet werden sollten. Sie wollen daher vor allem den Anpassungsfonds stärken, der lange diskutiert und vorbereitet wurde und nun in die Implementierungsphase eingetreten ist. Der Vorteil in den Entscheidungsstrukturen dieses Fonds liegt darin, dass zum Einen die Entwicklungsländer eine knappe Mehrheit besitzen und zum Anderen ein direkter Zugang für Regierungen und Organisationen des Südens möglich ist. Das heißt, sie können unter bestimmten Voraussetzungen Projekte und Programme durch eigene Institutionen umsetzen und müssen diese nicht über Durchführungsorganisationen wie die Weltbank abwickeln.

Insgesamt gesehen ist dieser Fonds noch relativ schwach bestückt, finanziert er sich gegenwärtig noch hauptsächlich aus freiwilligen Beiträgen einiger Industrieländer. Das Finanzvolumen wird jedoch steigen, denn die Hauptfinanzierungsquelle des Fonds ist eine zweiprozentige Abgabe auf Zertifikate aus dem Emissionshandel, die im

Rahmen des projektbasierten Emissionshandels in Entwicklungsländern (Clean Development Mechanism – CDM) ausgegeben werden. Bis Ende 2010 werden so 146 Mio. US-Dollar an Einnahmen erwartet, bis 2012 wird die Summe auf 388 Mio. US-Dollar steigen.³⁹

Neue Finanzierung – neue Schulden?

Neben der Frage nach den strukturellen Formen in der Klimafinanzierung ist von zentraler Bedeutung, inwieweit eine öffentliche Finanzierung in Form von Zuschüssen nötig ist und an welcher Stelle die Privatwirtschaft gefordert ist, ebenfalls Mittel zu mobilisieren. Kreditgestützte Kofinanzierungen sind auch heute schon die Regel, häufig auch unter Beteiligung der Privatwirtschaft. So haben beispielsweise die Zuschüsse des GEF ein Mehrfaches an zusätzlichen Mitteln in Form von Kofinanzierungen in Höhe von insgesamt 38,7 Mrd. US-Dollar mobilisiert. Ähnliches gilt für den Clean Technology Fund.

Große Summen müssen investiert werden, um die bereits bestehende Infrastruktur klimasicher zu machen. Viel entscheidender ist aber die Tatsache, dass teilweise erhebliche Mehrinvestitionen nötig sind, um auch in den Entwicklungsländern so früh wie möglich einen CO₂-armen Entwicklungspfad einzuschlagen. An Mehrinvestitionen ohne entsprechenden zeitnahen Mehrertrag hat die profitorientierte Privatwirtschaft jedoch in der Regel wenig Interesse. Somit sind auch hier öffentliche Investitionen notwendig, um einerseits entsprechende Anreize und andererseits auch ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen.

Dabei ist dringend darauf zu achten, dass weder die Privatinvestitionen noch die öffentlichen Investitionen die Verschuldungssituation der armen Länder verschärfen. In vielen Bereichen, und insbesondere dort, wo es um Energieeffizienz oder um die Erschließung kostenloser, nicht fossiler Energiequellen geht, ist mittelfristig mit nicht unerheblichen Einsparungen zu rechnen, so dass – je nach Entwicklungsstand – auch kreditfinanzierte Investitionen eine wichtige Rol-

³⁸ Für eine umfassende Auflistung weltweiter Klimafonds vgl.: www.climatefundsupdate.org.

³⁹ Vgl. Kaloga / Harmeling (2010).

le spielen können.⁴⁰ Aber gerade angesichts des hohen Investitionsbedarfs ist äußerste Vorsicht geboten. Viele Investitionen in Entwicklungsländer werden über Kreditversicherungsagenturen abgesichert, und das umso häufiger, je unsicherer die Lage ist. Solche Versicherungen, die sich oft eher der Außenwirtschaftsförderung der hiesigen Unternehmen als der Entwicklungsförderung der Empfängerländer verpflichtet fühlen, haben auch in der Vergangenheit zu einer Zunahme der öffentlichen Auslandsverschuldung beigetragen. Läuft ein Projekt schief, gehen die ehemals privaten Forderungen an den Staat über. Die Gefahr ist also groß, dass Entwicklungsländer für etwas zahlen, dass sie selbst nicht verursacht haben, während die Verursacher neue Hebel an die Hand bekommen, die Entwicklungsländer an der Leine der Auslandsverschuldung zu belassen.

Ein Großteil der notwendigen Klimafinanzierung sollte von vornherein nur als Zuschuss vergeben werden. Hierzu gehören zum Beispiel alle Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, denn hierbei geht es genau genommen nicht um einen Akt der Solidarität, sondern um Widergutmachung angerichteter Schäden. Die Entwicklungsländer haben zum Status Quo so gut wie nichts beigetragen und es wäre in der Geschichte wohl einmalig, dass Reparationszahlungen in Form von Krediten vergeben werden. Das gilt auch für die Schwellenländer, die in der Klimafrage eine große zukünftige Verantwortung tragen. Was ihre historische Verantwortung angeht, ist diese aber auch relativ klein, so dass auch sie Anspruch auf Zuschüsse im Bereich der Anpassungsmaßnahmen haben.

Für die ärmsten Länder kommen für die meisten Investitionen ohnehin nur Zuschüsse in Frage. Hier sind die Maßnahmen zum Klimaschutz, zur Anpassung an den Klimawandel und die klassische Entwicklungszusammenarbeit jedoch viel stärker miteinander verknüpft. Zumeist geht es darum, Kapazitäten zu schaffen, um Finanzflüsse überhaupt managen zu können oder mit den künftigen Risiken, seien es Klimafolgen,

Migrationsströme oder interne Konflikte besser umgehen zu können. Solche Investitionen werfen keine direkten Profite ab und müssen daher als Zuschüsse vergeben werden. Auch die Bereitstellung von sauberer Energie z.B. in ländlichen Regionen, die von der öffentlichen Energieversorgung ausgeschlossen sind, oder weitere Reduktionsbemühungen in der Land- und Forstwirtschaft, von denen die Armen in ihrer Lebensweise betroffen sind, dürfen ausschließlich über Zuschüsse finanziert werden.⁴¹ Wichtig bleibt jedoch, dass jegliche Finanzierung dieser Art zusätzlich zu der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit bereit gestellt wird, d.h. sie muss über die 0,7 %-Zusage hinausgehen.

Nicht zuletzt hat der ehemalige Weltbankökonom Nicolas Stern im Auftrag der britischen Regierung im sogenannten Stern-Report aber Folgendes eindrücklich vor Augen geführt: Wenn wir nicht zügig handeln, könnten die Kosten, die durch die Folgen des Klimawandels entstehen, sehr viel höher sein, als heute nötig ist, um solche Folgen zu vermeiden. Der Report zeigt, dass bis zu 5 % des weltweiten BIP nötigenfalls aufgebracht werden müssten.⁴² Wenn wir heute beginnen zu handeln, um die Erderwärmung auf rund 2°C zu begrenzen, liegen die Kosten demgegenüber unter 1% des BIP. Bislang hat sich die internationale Gemeinschaft jedoch nur wenig innovativ gezeigt. Eine solch umfassende Aufgabe ist anspruchsvoll, aber machbar. Es bedarf lediglich ein wenig politischen Mutes, um neue Finanzierungsmechanismen durchzusetzen: Ein konsequenter Handel



Autor des vielfach zitierten Stern-Reports Nicolas Stern, Foto: Internationaler Währungsfond

mit CO₂Emissionen, eine Flugticketabgabe, Finanztransaktionssteuern – es liegen bereits zahlreiche Vorschläge dafür auf dem Tisch. Letztendlich könnten auch Schuldenerlasse für die Länder, die bislang von Erlassen ausgeschlossen sind, zur Finanzierung von Folgekosten beitragen (vgl. hierzu Kapitel 5). In jedem Fall aber muss zügig gehandelt werden. Sonst dürften schon sehr bald einige Entwicklungsländer wieder vor der Frage stehen, wie Armutsbekämpfung finanziert werden kann.

⁴⁰ Oxfam (2010) schätzt, dass höchstens die Hälfte der im Energiesektor anfallenden Kosten über zinsgünstige Kredite finanziert werden sollten. Zwei Drittel der gesamten Kosten im Bereich Emissionsreduktionen im Süden sollten demgegenüber als Zuschuss vergeben werden.

⁴¹ Vgl. Oxfam (2010).

⁴² Vgl. Stern (2006).

3. Die Nahrungsmittelkrise

Allein der fortschreitende Klimawandel wird die Produktion von Nahrungsmitteln in vielen Regionen der Welt stark beeinflussen. In unserem gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem ist dies aber nur ein Faktor, der die Ernährungssicherheit gerade in den ärmsten Regionen zunehmend verschlechtern oder zusätzlich in Gefahr bringen könnte. Die Nahrungsmittelkrise in den Jahren 2007 bis 2008 hat deutlich gemacht, wie auch andere Faktoren, wie beispielsweise Spekulationen auf Nahrungsmittel oder der neue Boom für alternative Energien in Form sogenannter Agrospritpflanzen die ohnehin fragile Ernährungssituation entscheidend beeinflussen

können: Die Preise sind in astronomische Höhen gestiegen und im Zuge der Krise wurde erstmals die traurige Höchstmarke von einer Milliarden Menschen erreicht, die an Hunger leiden. Das ist über 100 Mio. mehr als im Jahr zuvor und entspricht einem Sechstel der gesamten Menschheit.⁴³ Die bescheidenen Erfolge, die im Bereich der Armutsbekämpfung bis zum Jahr 2005 erreicht werden konnten, wurden durch den Preisboom in den Jahren zwischen 2006 und 2008 teilweise zunichte gemacht. Damit ist das Teilziel der MDG, die Zahl der Hungernden bis 2015 auf die Hälfte zu verringern, kaum noch realisierbar.⁴⁴

3.1 Ursachen und Verlauf

Seit dem Jahr 2002 ist ein stetiger und seit Ende des Jahres 2006 ein dramatischer Anstieg bei den Nahrungsmittelpreisen zu beobachten. Nach Angaben der Weltbank sind die Nahrungsmittelpreise zwischen Januar 2002 und Juni 2008 um 130 % und zwischen Januar 2007 und Juni 2008 um durchschnittlich 56 % gestiegen. Besonders betroffen waren die Preise für Getreide und Ölsaaten. So verdreifachten sich die Maispreise zwischen Januar 2005 und der Hochphase Mitte 2008, Gleiches gilt für den Preis für Weizen. Der Reispreis vervierfachte sich sogar fast.⁴⁵ Diesem Preisanstieg war eine Phase relativ niedriger Nahrungsmittelpreise vorangegangen, die schon in den 1980er Jahren eingesetzt hatte. Die Kosten für Nahrungsmittel waren in 30 Jahren um rund die Hälfte gesunken.⁴⁶ Gleichzeitig hatten der technologische Fortschritt in einigen wenigen Ländern, gekoppelt mit hohen Subventionen in vielen Industrienationen die Produktion auf wenige Länder konzentriert, während die Subventionen in den Industrieländern eine an sich preisgünstigere Produktion in den ärmeren Ländern vielfach unrentabel machten. Nach Ausbruch der Finanzmarktkrise sind die Preise für die meisten Agrarprodukte zunächst deutlich gefallen. Dennoch liegen sie noch immer über ihrem Niveau von 2007 und gemessen an einem längerfristigen Trend auch deutlich über dem Niveau der vorangegangenen Jahre. Seit dem

Jahr 2009 ist zudem ein erneuter Anstieg zu verzeichnen.

Zwar konnten einige Länder, wie z.B. die Schwellenländer Brasilien oder Argentinien von den Preisanstiegen profitieren, da sie deutlich mehr Nahrungsmittel exportieren als importieren. Doch gerade die ärmeren Entwicklungsländer, sind zu einem großen Teil Nettoimporteure von Lebensmitteln, d.h. sie importieren mehr als sie exportieren. Die Preissteigerungen hatten somit massive Auswirkungen auf die Menschen und deren Lebensalltag gerade in diesen Ländern. Arme Menschen geben oft mehr als 50 % ihres Einkommens für Nahrung aus, manchmal sogar bis zu 80 %, im Vergleich zu lediglich 10–20 % in den Industrienationen. Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln schlugen daher bei den Ärmsten sehr viel stärker zu Buche als bei Empfängern von höheren Einkommen. Dabei sind insbesondere die städtischen Armen von Nahrungsmittelimporten abhängig. Aber selbst auf dem Land kaufen viele arme Menschen mehr Nahrungsmittel ein, als sie verkaufen.⁴⁷

⁴³ Vgl. WBGU (2008).

⁴⁴ Vgl. Welthungerhilfe (2010).

⁴⁵ Vgl. Weltbank (2008a).

⁴⁶ FAO (2009b).

⁴⁷ FAO (2009b).



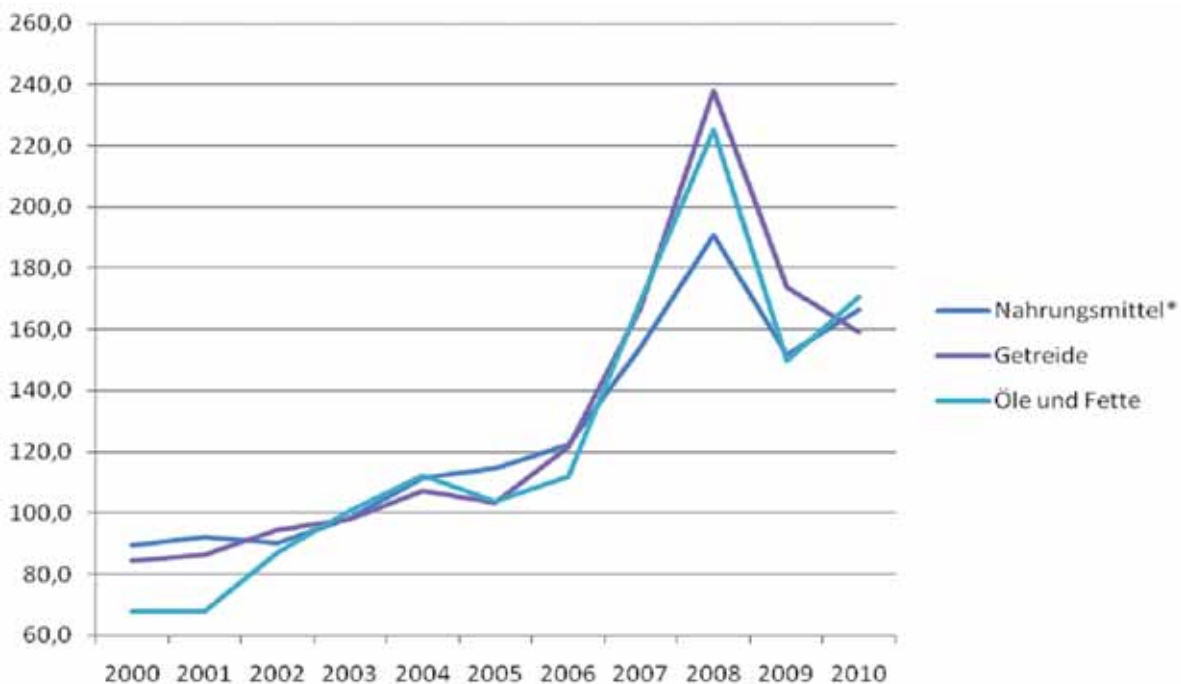
Die Bilder dokumentieren das Ergebnis eines im Februar 2009 in Lusaka durchgeführten Experiments, in dem die Teilnehmer gebeten wurden, zu zeigen, wieviel Nahrungsmittel sie sich derzeit mit 5.000 Kwacha kaufen können (rechtes Bild) und dies mit der Menge zu vergleichen, die sie sich vom gleichen Betrag ein Jahr zuvor leisten konnten (linkes Bild), Quelle: Mwila Mulumbi.

Die Folgen sind Einschnitte bei den Ausgaben für Ernährung, was sich darin äußern kann, dass insgesamt weniger gegessen oder auf einfachere und preiswertere Nahrung umgestellt wird. Häufig wird jedoch auch an anderen Ausgaben gespart, z.B. im Bereich Bildung, wovon in der Regel am stärksten die Mädchen betroffen sind,

oder im Bereich Gesundheit – beides mit verheerenden Auswirkungen auf die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung des Lebensalltags.

Mit Beginn des Jahres 2008 verschärfte sich die Nahrungssituation zunehmend. Mit einer Welle von Hungeraufständen und Revolten in über 30 Ländern scheint die Nahrungsmittelkrise

Abbildung 5:
Preisindex für Nahrungsmittel



* Dieser Index umfasst die wichtigsten Nahrungsmittelgruppen, u.a. Getreide, Öl, Fleisch und Milchprodukte,

Quelle: FAO Food Price Index: <http://www.fao.org/worldfoodsituation/FoodPricesIndex/en/>

ihren Höhepunkt erreicht zu haben. In Peru, Haiti, Burkina Faso, Ägypten, Bangladesch, Indonesien oder Mexiko treibt der Hunger die wütende Bevölkerung auf die Straße (vgl. Kasten auf S. 31). Vielerorts kommt es zu gewaltsamen Aufständen, in Haiti wird die Regierung gestürzt. Zahlreiche Regierungen reagieren auf die Entwicklungen mit Preiskontrollen auf bestimmte Nahrungsmittel (z.B. in Mexiko, China), mit einer Senkung oder Streichung der Importzölle (z.B. in Brasilien, Ecuador) oder der Einführung von Subventionen für die Produktion oder den Kauf von Nahrungsmitteln (z.B. in Bangladesch, Indonesien). Diese Maßnahmen wiederum haben negative Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Umgekehrt wurden aber auch Steuern auf Nahrungsmittelexporte erhoben (Russland, China) oder die Exporte gleich ganz verboten (z.B. in Argentinien, Äthiopien),⁴⁸ mit dem Ziel, die Versorgung auf dem heimischen Markt zu sichern. Im Fall der großen Exporteure wie Russland (Weizen) oder Argentinien (Soja) hat dies die Versorgung der globalen Märkte und der importabhängigen Länder jedoch zusätzlich erschwert. Insbesondere für importierende Länder der Region haben solche Maßnahmen die Preise weiter erhöht.⁴⁹

Wie ist es dazu gekommen?

Ähnlich starke Preisanstiege gab es bereits in den 1970er Jahren. Schlechte Wetterbedingungen kombiniert mit dem Ölpreisschock mündeten in Produktionseinbußen, denen der steigende Bedarf einer wachsenden Bevölkerung gegenüberstand. Gewisse Engpässe auf der Angebotsseite gibt es auch bei der gegenwärtigen Krise. Unmittelbar vor dem rasanten Anstieg der Nahrungsmittelpreise gab es zwar keine Einbrüche in der Nahrungsmittelproduktion, insgesamt erreichte die Getreideproduktion im Erntejahr 2008 sogar ein Allzeithoch.⁵⁰ Wohl aber hatte es in den beiden Jahren zuvor einen Rückgang der Produkti-

⁴⁸ Weitere spezifische Länderinformationen gibt es auf der interaktiven Karte der Financial Times unter http://www.ft.com/cms/s/0/d8184634-07cc-11dd-a922-0000779fd2ac,dwp_uuid=a955630e-3603-11dc-ad42-0000779fd2ac.html.

⁴⁹ Vgl. Paul/Wahlberg (2008).

⁵⁰ Vgl. FAO (2009c).

⁵¹ So hatte Australien, einer der wichtigsten Getreideexporteure weltweit, in den Jahren 2006 und 2007 eine relative schlechte Ernte eingefahren.

Beispiel Ghana: Preissteigerungen belasten den Haushalt

Ghana ist eines der Vorzeigeländer in Afrika. Mit einer vergleichsweise guten Regierungsführung konnten in den vergangenen Jahren erhebliche Erfolge in der Armutsbekämpfung erzielt werden. Lebten 1991/92 noch 52 % der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze, so waren es 2005/06 »nur« noch 29 %. Dennoch gilt Ghana als eines der Länder mit einem besonders hohen Grad an Mangelernährung. Wichtige Nahrungsmittel müssen importiert werden. 45 % der Bevölkerung leben von weniger als 1 US-Dollar pro Tag und vor allem in Teilen Nordghanas leben neun von zehn Menschen unterhalb der Armutslinie.

Der Norden Ghanas ist auch der Teil, der am stärksten unter extremen Wetterbedingungen leidet. Im Jahr 2007 kam es in der Region zu Überschwemmungen und Dürren mit erheblichen Ernteverlusten. Im Jahr 2008 schließlich erschwerten die dramatisch steigenden Lebensmittelpreise die Situation zusätzlich. In der Hauptstadt Accra waren die Brotpreise von 0,80 US-Dollar im Januar auf 1,80 US-Dollar im Mai 2008 angestiegen. Auch ein Sack Mais verteuerte sich von 40 US-Dollar auf 75 US-Dollar.

Mit einer Mischung aus dem Verzicht von Einfuhrzöllen auf wichtige Nahrungsmittel und Subventionen für Fischer und Landwirte kündigt Präsident John Kufuor im Mai 2008 schließlich ein Hilfspaket von insgesamt 1 Mrd. US-Dollar an. Dieses Maßnahmenpaket wird in einer Zeit aufgelegt, als der ghanaische Haushalt ohnehin stark unter Druck geraten ist. Die Importrechnung allein für Erdöl ist von 500 Mio. US-Dollar im Jahr 2005 auf 2,1 Mrd. US-Dollar Ende 2007 gestiegen. War bei den Haushaltsplanungen noch von Preisen von 85 US-Dollar pro Barrel ausgegangen worden, so belief sich der Ölpreis nunmehr auf 135 US-Dollar.

Quelle: IRIN (2008).

on bei einigen Produkten gegeben,⁵¹ was bei stetig steigendem Konsum mit dafür verantwortlich war, dass die Lagerbestände im Jahr 2008 auf

einem sehr niedrigen Niveau angelangt waren.⁵² Lagerbestände können extreme Preisschwankungen auffangen, indem je nach Preislage die Bestände aufgefüllt oder geleert werden. Wenn sie aber weitgehend aufgebraucht sind, sind die Länder abrupten Veränderungen auf der Angebots- oder Nachfrageseite ausgeliefert.

Strukturelle Defizite in der Agrarpolitik haben die Angebotsseite zusätzlich geschwächt, denn in vielen Entwicklungsländern kam es zu einer sinkenden Produktivität im Agrarsektor. Während die Erträge in den am wenigsten entwickelten Ländern in den 1980er Jahren noch um durchschnittlich 3–6 % wuchsen, steigen sie gegenwärtig nur um etwa 1–2 %.⁵³ Sinkende Verfügbarkeiten von fruchtbarem Ackerland vor allem für Landwirte mit kleineren Anbauflächen spielen hierbei ebenso eine Rolle wie eine verfehlte Agrarpolitik im Zuge der Strukturanpassungen, die vorrangig auf Exportförderung gesetzt und dabei die einheimische Produktion von Nahrungsmitteln und vor allem staatliche Unterstützung in diesem Bereich vernachlässigt hat (vgl. Kasten). Durch die Liberalisierung der Märkte wurde die einheimische Produktion der Konkurrenz oft hoch subventionierter Agrarprodukte aus den Industrienationen ausgesetzt.

Und nun kommt die steigende Nachfrage ins Spiel. Der steigende Bedarf einer wachsenden Bevölkerung allein kann hierfür jedoch nicht alleine herangezogen werden. Neu bei der gegenwärtigen Krise ist, dass nicht nur ein paar, sondern im Wesentlichen alle Nahrungsmittel sowie auch andere Rohstoffe vom Preisboom betroffen sind. Auch sind die kurzfristigen Preisschwankungen (Volatilität) sehr viel stärker als jemals zuvor. Zwischen Januar 2008 und Mai 2008 waren die Preisschwankungen für Weizen doppelt so groß wie im vorangegangenen Jahr, für Reis sogar fünfmal so groß.⁵⁴ Wie lässt sich all das erklären? Dass eine globale Nahrungskrise in diesem Ausmaß entstehen konnte, ist mit dem Aufeinandertreffen von langfristigen, strukturellen Faktoren, sowie akuten, gegenwärtigen Entwicklungen zu erklären. Die Ursachen sind vielschichtig und oftmals zueinander interdependent.

⁵² Vgl. FAO (2009b).

⁵³ Vgl. UNCTAD (2008).

⁵⁴ Vgl. FAO (2009b).

⁵⁵ Vgl. Paul / Wahlberg (2008).

⁵⁶ Vgl. Paul / Wahlberg (2008).

Bevölkerungswachstum und neues Konsumverhalten

Angeichts einer rasant wachsenden Bevölkerung mit einem jährlichen Wachstum von 78 Mio. Menschen nimmt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln beständig zu. Schon jetzt kommt die globale Nahrungsproduktion dem Bedarf kaum nach. Insbesondere in den Industrienationen, die wichtige Erzeugerländer sind, ist die Produktivität bereits sehr hoch. Sie lässt sich durch neue Investitionen nicht mehr in dem Maße steigern, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Da auch die Produktionskosten aufgrund steigender Öl- und Düngemittelpreise tendenziell steigen, gibt es bereits Zweifel, dass unter Beibehaltung der gegenwärtigen energieintensiven Produktionsweise die Produktion überhaupt noch mit dem Bevölkerungswachstum mithalten kann.⁵⁵

Hinzu kommt, dass gerade in bevölkerungsreichen Ländern wie China und Indien das Entwicklungsniveau immer weiter zunimmt. Immer mehr Menschen konsumieren mehr und höherwertige Lebensmittel. Vor allem der erhöhte Konsum von Fleisch- und Milchprodukten stellt ein zunehmendes Problem für die Nahrungsmittelproduktion dar. In China kam es z.B. seit 1985 zu einer Steigerung der Fleischnachfrage um 150 %.⁵⁶ Fleischproduktion hat jedoch einen sehr viel höheren Flächenbedarf landwirtschaftlicher Nutzflächen für Weidefläche und die Futtermittelproduktion. Das Konsumverhalten von immer mehr Menschen gerade in den aufstrebenden Schwellenländern gleicht sich dabei mehr und mehr dem energie- und flächenintensiven und daher nicht nachhaltigen Konsummuster an, das die westliche Welt schon seit Jahren prägt.

Solche Veränderungen sind jedoch graduell und gehen nicht plötzlich vonstatten. Diese beiden Faktoren sind daher relevant für die längerfristige Entwicklung der Nachfrageseite, vor allem in der Zukunft. Sie können aber den plötzlichen Anstieg der Nahrungsmittelpreise in dem gegebenen Ausmaß kaum erklären.

Boom der Agrotreibstoffe

Von einer weiteren Seite wurde die Nachfrage kräftig angekurbelt, dem Boom von Agrotreibstoffen. Die Basis der Agrotreibstoffe stellen nachwachsende Rohstoffe dar, die zu Ethanol

Strukturanpassung und Nahrungsmittelproduktion

Vor allem nach Ausbruch der Schuldenkrise der Entwicklungsländer in den 1980er Jahren mussten sich viele Länder, sofern sie die Unterstützung ihrer Gläubiger suchten, einer marktliberalen Wirtschaftsordnung unterordnen, die noch heute weitgehend das wirtschaftspolitische Denken weltweit bestimmt. Grundprinzipien dieser Wirtschaftsordnung sind der freie Handel mit Waren und Dienstleistungen, der weitgehende Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und der ungehinderte Kapitalverkehr. Um auch zukünftig Schulden bezahlen zu können, sollten zudem die Einnahmen des Staates gesteigert und die Ausgaben begrenzt werden. Eine Konzentration auf Exportförderung und Privatisierung vieler Staatsbetriebe waren daher wichtige Eckpfeiler in solchen Politikempfehlungen. Auch der kontinuierliche Abbau von Nahrungsmittelvorräten (z.B. in Malawi) ist der strengen Auflagenpolitik vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank geschuldet.

In Bezug auf die Produktion von Nahrungsmitteln wurden im Zuge der Strukturanpassungen eine Reihe staatlicher Leistungen gestrichen, die zuvor die Bauern auf dem Land begünstigt hatten. Hierzu zählen z.B. Preiskontrollen oder Subventionen für Düngemittel, Saatgut und Pestizide, staatliche Mikrokreditsysteme und Beratungen. Der Rückzug des Staates bewirkte allerdings nicht, wie erhofft, ein Ansteigen der privaten Investitionen in die Landwirtschaft. Vielerorts wurden private Investitionen in die Landwirtschaft oder die ländliche Infrastruktur durch den Rückzug des Staates sogar eher abgeschreckt, denn das Umfeld schien nun unsicherer geworden zu sein. Die Lücke, die der Staat hinterließ, wurde nicht durch den Privatsektor geschlossen. Auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit, die sich ebenso aus diesem Bereich zurückzog, konnte die Lücke nicht schließen. In den Jahren zwischen 1980 und 2002 gingen die Finanzmittel internationaler Geberorganisationen in die Landwirtschaft von 3,4 Mrd. US-Dollar auf

0,5 Mrd. US-Dollar zurück. Auch die staatliche Entwicklungshilfe ging von 2,8 Mrd. US-Dollar auf 1,7 Mrd. US-Dollar zurück.

Durch die Liberalisierung des Handels kam hinzu, dass viele landwirtschaftliche Produkte beispielsweise aus Afrika nicht mehr mit den hoch subventionierten Agrarprodukten aus dem Norden konkurrieren konnten. Nach neuesten Untersuchungen der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gehen diese Subventionen mit einem rasch wachsenden Import an Grundnahrungsmitteln einher. Das Ergebnis war für viele, insbesondere in den ärmeren Ländern, dass sie von Nahrungsmittelexporteuren zu Nahrungsmittelimporteuren wurden.

Gleichzeitig wurden im Zuge der Exportorientierung diejenigen Großbetriebe begünstigt, die auf den guten landwirtschaftlichen Nutzflächen vorrangig Exportprodukte wie Kaffee, Kakao oder tropische Früchte anbauten. Viele Länder konzentrierten sich so stark auf einige wenige Agrarprodukte, dass ihr Haushalt nun von diesen Exporten besonders abhängig ist. Eine schlechte Ernte oder ein plötzlicher Preisverfall schlagen dann besonders stark zu Buche. Durch die Tatsache, dass viele Länder gleiche oder ähnliche Politikempfehlungen erhielten, kam es zudem durch die weltweiten Produktionssteigerungen zu einem größeren Angebot und somit zu einem Preisverfall für eben diese Produkte.

In der jüngsten Krise hatte das fatale Auswirkungen. So schätzen die Vereinten Nationen, dass im Zuge der Nahrungsmittelkrise die extreme Armut in Subsahara-Afrika um fast 8 % gestiegen ist (bei sonst gleichen Bedingungen). Die Erfolge bei der Armutsbekämpfung der vergangenen Jahre sind zu einem erheblichen Teil damit wieder zunichte gemacht worden.

Quelle: UNCTAD (2008), Bello (2010).

(aus stärke- bzw. zuckerreichen Pflanzen wie Mais, Weizen oder Zuckerrohr) oder Biodiesel (aus Ölsaaten wie Raps oder Ölpalmen) verarbeitet werden. Agrotreibstoffe haben im Zuge

des fortschreitenden Klimawandels immer mehr an Aufmerksamkeit gewonnen, denn sie sollen den CO₂-Ausstoß verringern. Theoretisch ist Agrotreibstoff CO₂-neutral, denn es wird beim

Verbrennen nur so viel CO₂ frei gegeben, wie die Pflanze während ihres Wachstums gebunden hat. Für eine korrekte CO₂-Bilanz muss aber der CO₂-Ausstoß der gesamten Verarbeitungskette einberechnet werden. Düngemiteinsatz während des Anbaus, Emissionen durch Ernte, Verarbeitung und den Transport schwächen diese Bilanz erheblich. Schließlich hängt der Beitrag zum Klimaschutz auch von der Ausgangspflanze der Energiegewinnung ab: So ist Zuckerrohr sehr viel effizienter für die Gewinnung von Ethanol als Mais. Werden für den Anbau von Energiepflanzen gar Waldbestände gerodet oder Feuchtgebiete trocken gelegt, um neue Anbauflächen zu schaffen, wird sogar deutlich mehr CO₂ freigesetzt, als über die Nutzung von Agrotreibstoffen über Jahrzehnte eingespart werden kann. Die CO₂-Bilanz ist dann über viele Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte negativ.⁵⁷

Trotz solcher Gefahren steht der Arosprit auch weiterhin auf der politischen Agenda. Derzeit spielt er mit 2,2 % der globalen Bioenergie jedoch nur eine kleine Rolle.⁵⁸ Es ist davon auszugehen, dass das nicht zwingend so bleibt, denn der Wunsch nach unabhängiger Energieversorgung im Bereich der Treibstoffe hat bereits Anreize gesetzt, die diesen Boom verstärken werden: In der Europäischen Union soll beispielsweise der Anteil von Biosprit am gesamten Kraftstoffverbrauch bis 2010 auf 5,75 % steigen. Neben der Gefahr der weiteren Rodung von Regenwald ist auch eine Konsequenz, dass Nahrungsmittelpflanzen vermehrt für die Produktion von Agrosprit verwendet werden, statt für die Ernährung der Weltbevölkerung. Anbauflächen werden dann für Energiepflanzen genutzt, statt für den Anbau von Nahrungsmitteln. In den USA beispielsweise wird bereits rund ein Drittel der

Maisproduktion in Ethanol umgewandelt (verglichen mit nur 5 % vor zehn Jahren) und rund die Hälfte des Pflanzenöls in der EU wird zu Biodiesel verarbeitet.⁵⁹ Dass ein solcher Nachfrageboom die Preise in die Höhe treibt, zeigt nicht zuletzt auch die sogenannte Tortilla-Krise in Mexiko (vgl. Kasten). Wie hoch der Einfluss dieses Booms allgemein ist, wird indes von den verschiedenen Seiten sehr unterschiedlich bewertet. Die beiden Extreme werden durch eine Studie der Weltbank dargestellt, die davon ausgeht, dass die Produktion von Agrokraftstoff für 70 % des Preisschocks verantwortlich ist, im Vergleich zu einer Angabe der US-Regierung in Höhe von 3 %. Dazwischen liegt das Internationale Institut für Ernährungspolitik (IFPRI), das von etwa 30 % ausgeht.⁶⁰

Nicht nur der Weltmarkt für Nahrungsmittel ist von solchen Nachfrageentwicklungen betroffen, es gibt auch direkte Auswirkungen in den Entwicklungsländern selbst. Denn die EU wird zur Erreichung der Beimischungsquote einen großen Teil des Agrosprits aus Entwicklungsländern importieren müssen. Hierfür hat bereits ein Wettrennen um die besten Anbauflächen und die größten Marktanteile eingesetzt. Vertreibungen und Ausbeutung bis hin zu Schuldknechtschaft sind nicht selten die Folge, wie Beispiele aus Indonesien, Kolumbien, Brasilien oder Tansania zeigen. Die ärmsten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen sind diesem Risiko meist am stärksten ausgesetzt.⁶¹

So trägt der Agrotreibstoffboom weniger zu einer Herabsetzung von Treibhausgasen bei, als vielmehr zu einer Gefahr von Nahrungsunsicherheit in der Welt. Stetig steigende Preise aufgrund der erhöhten Nachfrage und Umwidmung von Nahrungsmitteln in Spirit werden dazu ebenso beitragen, wie die zunehmende Gefahr von erheblichen Preisschwankungen, da der Nahrungsmittelmarkt stärker an den Energiemarkt gekoppelt wird. Nicht zuletzt eröffnet diese Perspektive einem weiteren Akteur, der bereits zum Verlauf der Nahrungsmittelkrise 2008 erheblich beigetragen hat, alle Türen und Tore: Dem Spekulant.

Spekulation mit Nahrungsmitteln

Alle oben genannten Faktoren sind entscheidend für die Preisbildung auf den Rohstoffmärkten, sie werden mit Sicherheit auch in Zukunft

⁵⁷ Wenn Regenwald für die Gewinnung von Palmöl gerodet wird, hat die Verbrennung von Biodiesel aus Palmöl erst nach 86 Jahren positive Auswirkungen auf die CO₂-Bilanz. Wenn unter diesem Regenwald Torf war, dauert es sogar mehr als 400 Jahre. Über 300 Jahre dauert es, bis die Öko-Bilanz positiv ist, wenn in Brasilien Regenwald für den Anbau von Soja zur Spritgewinnung gerodet wird. Vgl. CIFOR (2009).

⁵⁸ Der größte Teil (86 %) entfällt auf die Nutzung traditioneller Bioenergie, also etwa die Verwendung von Holz zum Kochen. Der Rest ist moderne Bioenergie jenseits von Treibstoffen, z.B. die Verwendung von Bioabfällen zur Stromerzeugung durch Biogasanlagen.

⁵⁹ Vgl. FAO (2009b), IFPRI (2008).

⁶⁰ Vgl. WBGU (2008).

⁶¹ Zu den Folgen des Agrospritbooms auf die Lebenssituation der Ärmsten vgl. Oxfam (2007), Gaia Foundation et al. (2008).

Beispiel Mexiko: Die Tortilla-Krise

Besonders Lateinamerika und die Karibik sind in Folge der Handelsliberalisierung zunehmend abhängig von Maisimporten aus den USA geworden. Bis in die 1990er Jahre deckte Mexiko seinen Maisbedarf weitgehend durch eigene Produktion ab. Im Jahr 1994 trat das Land dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA bei, einem Wirtschaftsverbund zur Schaffung einer Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Zahlreiche Zölle wurden gesenkt und mexikanische Landwirte sahen sich einem unfairen Wettbewerb ausgesetzt, da die Agrarerzeugnisse in den USA hoch subventioniert werden. Durch den Wegfall der Zollschranken konnte die einheimische Maisproduktion nicht mehr mit dem subventionierten Billigmais aus den USA konkurrieren und führte dazu, dass Mexiko inzwischen fast die Hälfte des jährlichen Bedarfs von 39 Mio. Tonnen Mais importieren muss, hauptsächlich aus den USA. Durch den Produktionsrückgang in Mexiko ist die Existenzgrundlage vieler Menschen, vor allem der mexikanischen Kleinbauern, bedroht. Die Maisimporte machen Mexiko zunehmend abhängig von den Preisen des Weltmarkts.

Als ein Grund für die Preissteigerungen gilt der Anstieg der Nutzung von Agrosprit. Gerade im Nachbarland USA, von dessen Exporten Mexiko besonders abhängig ist, ist der Anteil der Maisernte, der zu Ethanol verarbeitet wird, stetig gewachsen. Als die Preise für Mais und Maismehl immer weiter anstiegen, kam es Anfang des Jahres 2007 in Mexiko zur sogenannten »Tortilla-Krise«. Die Tortilla ist das Grundnahrungsmittel der mexikanischen Bevölkerung und unterlag direkt den Auswirkungen der Preissteigerungen. Die Preise für Maismehl, dem Basiselement der Tortilla, stiegen von 40 Cent pro kg auf 75 Cent pro kg, was eine Verdopplung der Preise für die Tortilla mit sich brachte. Damit verschlechterte sich die Nahrungssituation der mexikanischen Bevölkerung, bei der ohnehin schon mehr als 20 Mio. Mexikaner als extrem arm gelten. Tausende von Menschen gingen auf die Straße, um sich gegen die enormen Preisexplosionen zu wehren.

Quellen: FAO (2009d), Telepolis (2007)



Proteste in Mexiko-City im Januar 2007, Foto: Flickr.com

den Trend für die Nahrungsmittelpreise eher nach oben als nach unten gehen lassen. Es sind aber Entwicklungen, die längerfristig wirken und je nach Geschwindigkeit die Preise auch mehr oder weniger rasch steigen lassen können. Die dramatischen Preisanstiege, insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 können sie aber kaum erklären. Auffällig ist auch, dass nach Ausbruch der Finanzkrise die Preise fast ebenso dramatisch wieder gefallen sind (vgl. **Abbildung 5**). Vieles deutet darauf hin, dass es sich bei diesen dramatischen Auswüchsen um eine klassische Spekulationsblase handelt.

Diese Art der Spekulation beruht auf einem an den Rohstoffbörsen üblichen und eigentlich auch sinnvollen Versicherungsmechanismus, den sogenannten Termingeschäften (engl. futures). Bei Termingeschäften wird zwischen dem Produzenten (Verkäufer der Ware) und dem Abnehmer (Käufer) gewissermaßen ein Vertrag abgeschlossen, in dem der Abnehmer sich verpflichtet, die Ware zu einem zum Vertragszeitpunkt festgelegten Preis zu kaufen. Für beide Seiten hat dies den klaren Vorteil der besseren Kalkulierbarkeit und Sicherheit. Der Produzent kann sich so gegen fallende Preise, der Abnehmer gegen steigende Preise absichern.

Bei tendenziell steigenden Preisen sind solche Termingeschäfte aber nicht nur für die Händler interessant, sondern zunehmend auch für institutionelle Investoren, die nicht selbst mit Rohstoffen handeln, aber für die von ihnen verwalteten Gelder möglichst hohe Renditen suchen.⁶² Für diese Investoren sind vor allem im Vorfeld der globalen Finanzkrise (vgl. Kapitel 4) solche Investitionen auf den Rohstoffmärkten interessant geworden. Je mehr der Hypothekenmarkt in den USA zu kippen drohte – lange Zeit vermeintlicher Garant für hohe Rendite – desto mehr investierten sie auf den Rohstoffmärkten, was wiederum die Preise für Nahrungsmittel wei-

ter nach oben drückte. Eine Studie der Lehman Brothers Bank gibt an, dass die Summen, die in kombinierte Rohstoffindices investiert wurden (von denen agrarische Rohstoffe zwischen 10 % und 20 % ausmachen) zwischen dem Jahr 2003 und März 2008, von 13 Mrd. US-Dollar auf 260 Mrd. US-Dollar gestiegen sind.⁶³ Bestandteil solcher Rohstoffindices und Ziel der Spekulationen war auch Erdöl. Dies hatte Auswirkungen auf die Produktion von Nahrungsmitteln, da damit auch die Preise für Düngemittel stiegen, die aufgrund ihrer energieintensiven Herstellung stark vom Ölpreis abhängen.

Mittlerweile haben sich auf den internationalen Märkten die Preise zwar wieder etwas erholt, liegen aber dennoch deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Besonders in den meisten Entwicklungsländern sind die Preise noch immer doppelt so hoch wie zu Zeiten der relativen Niedrigpreisphase zu Beginn des Jahrtausends. Aus den genannten Gründen sind Investitionen in agrarische Rohstoffe auch in Zukunft lukrativ. Wenn die rein spekulativen Tätigkeiten nicht klaren Regeln unterworfen werden, so könnten ähnliche Preisblasen und -sprünge auch in Zukunft die Preise für Nahrungsmittel weitgehend mitbestimmen. Je größer aber solche Preissprünge ausfallen, desto höher sind auch die möglichen Gewinnchancen für die Spekulanten, mit der Folge, dass eben die Preissprünge selbst die spekulativen Attacken noch weiter verstärken können.⁶⁴ Umgekehrt stellen genau solche Preissprünge aber eine ernst zu nehmende Gefahr für die Ernährungssicherheit in vielen Ländern dieser Erde dar. Mehr Transparenz im Rohstoffhandel und klare Regeln gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln sollten somit auch ein Gebot des Rechts auf Nahrung sein.

Es ist schwer zu beurteilen, welchen Anteil die Spekulation auf Nahrungsmittel tatsächlich an den mittelfristigen Preisentwicklungen ab dem Jahr 2003 hatte. Vor allem die blasenähnliche Entwicklung zwischen 2007 und 2008 mit einem starkem Anstieg und einem ebenso abrupten Rückgang spricht aber sehr für eine nicht unerhebliche Bedeutung dieses Faktors. Einige Experten gehen davon aus, dass Spekulationen insgesamt die Preisentwicklung erheblich beeinflussen, die Märkte instabiler machen und periodisch zu spekulativen Blasen führen, und dass sie an der Nahrungsmittelkrise den »Löwenanteil« ausgemacht haben.⁶⁵

⁶² Europäische Banken werben gar für Ihre »strukturierten Finanzprodukte im Agrarbereich«: »Die genannten Gründe sprechen gegenwärtig für eine derartige Investition und sind sichere Voraussetzungen für nachhaltig steigende Preise und satte Gewinne« (Bank ABN Amro, Niederlande).

⁶³ Zitiert nach Wahl (2008).

⁶⁴ Vgl. FAO (2009b).

⁶⁵ Vgl. Wahl (2008).

Wie sieht die Zukunft aus?

Wir haben es aufgrund der verschiedenen, oben aufgeführten Faktoren auch in Zukunft mit einer deutlich steigenden Nachfrage zu tun. Bevölkerungswachstum, steigender Wohlstand und neue Konsummuster, sowie der steigende Bedarf an Agrosprit werden die Nachfrage dauerhaft hoch halten bzw. steigern. Diese steigende Nachfrage trifft auf der Angebotsseite zum Einen auf eine nur langsam wachsende Produktion, zum Anderen auf klimatische Bedingungen, die in vielen Regionen auch für die Zukunft begrenzende Faktoren darstellen.

Langfristig steigende Preise können Produktionssteigerungen hervorrufen, da neue Anreize für Investitionen geschaffen werden. Jedoch sind gerade in den ärmsten Ländern Infrastruktur, Dienstleistungs- und Bankensysteme nicht gut genug ausgebaut, als dass dort eine rasche Anpassung möglich wäre.⁶⁶ Hier machen sich auch die jahrzehntelange Vernachlässigung der Landwirtschaft, die mangelnden Investitionen in technischen Fortschritt sowie eine kaum vorhandene Beratung bemerkbar. Zum Zweiten stellen auch der Klimawandel und die Verfügbarkeit von fruchtbarem Land und Wasser eine klare Grenze für Produktionssteigerungen vor allem in den Entwicklungsländern dar (vgl. Kapitel 2).

Zwar können durch den Klimawandel neue Anbauflächen erschlossen werden. Die Produktion in vielen entwickelten Ländern könnte durch längere Anbauzeiten um 8 % steigen und Verluste in den Entwicklungsländern teilweise ausgleichen⁶⁷. Dies gilt aber zum Einen nur für einen globalen Temperaturanstieg bis 3°C, zum Anderen würde dies zwangsläufig zu einer weiteren Verschärfung der weltweiten Ungleichheit führen. Denn während Entwicklungsländer noch

stärker abhängig werden von Nahrungsmittelimporten, könnten sie umgekehrt empfindliche Einbußen bei ihren Agrarexportprodukten (Kaffee, Kakao etc.) erleben.⁶⁸

Zudem ist davon auszugehen, dass der Ölpreis tendenziell steigt bzw. hoch bleibt, so dass auch die Nahrungsmittelpreise, die an den Energiemarkt gekoppelt sind, den Tiefstand der Jahrtausendwende wohl nicht mehr erreichen werden. Besonders gefährdet sind daher Länder, die ihren Bedarf an Erdöl und Lebensmitteln zu einem

Beispiel Bangladesch: Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise

Vor der Krise konnte Bangladesch große wirtschaftliche und auch soziale Erfolge verzeichnen. Zwischen 2003 und 2008 lag das Wirtschaftswachstum durchschnittlich bei 6 % und vor allem im Bildungssektor wurden große Fortschritte erzielt. Allerdings gibt es auch immer wieder Rückschläge in der Armutsbekämpfung. So fegte der Tropensturm Sidr im November 2007 über das Land und forderte nicht nur viele Menschenleben und vernichtete Teile der Reisernte, sondern richtete auch Schäden in dreistelliger Millionenhöhe an.

Da viele arme Haushalte bis zu 40 % ihres Einkommens alleine für Reis ausgeben, traf sie der Preisschock besonders hart: Im Juli 2008 war der Reispreis 45 % höher als ein Jahr zuvor. Ende des Jahres 2008 gab ein durchschnittlicher Haushalt in Bangladesch 62 % seines Einkommens für Lebensmittel aus. Im Jahr 2005 waren es noch 52 % gewesen. Gerade für die armen Haushalte, wo dieser Anteil sehr viel höher liegt, bedeutete das, dass sie entsprechende Ausgaben im Bereich Gesundheit und Bildung kürzen mussten. Zu den Bewältigungsstrategien der Haushalte zählt auch die Einnahme von weniger Mahlzeiten oder von minderwertigen Lebensmitteln. Nach dem Höhepunkt der Nahrungsmittelkrise ergab eine Studie des Welternährungsprogramms, dass sich die Zahl der stark Unterernährten seit 2005 deutlich vergrößert hat und ein Viertel aller Menschen in Bangladesch leidet unter extremer Ernährungsunsicherheit.

Quelle: FAO / WFP (2009).

⁶⁶ IFPRI geht davon aus, dass ein Preisanstieg von 10 % zu einer Produktionssteigerung von nur 1 % oder 2 % führt. Vgl. IFPRI (2008).

⁶⁷ Vgl. UNDP (2007).

⁶⁸ Berechnungen gehen beispielsweise davon aus, dass ganz Afrika zu den Verlierern der Preissteigerungen zählt. In Nord- und Ostafrika könnte sich 2007–2008 die Handelsbilanz sogar um mehr als 1 % des BIP verschlechtert haben. In Süd- und Westafrika, in weiten Teilen Südasiens, in Mittel- und im westlichen Südamerika, sowie im Nahen Osten waren die relativen Verluste etwas niedriger. Die nördlichen Breitengrade (USA, Kanada, Russland und Frankreich) aber auch Australien und die pazifischen Inseln, sowie der östliche Teil Südamerikas hingegen zählen zu den Gewinnern. Vgl. WBGU (2008), Graphische Darstellung auf S. 72.

hohen Anteil über Importe abdecken müssen und die zudem einen hohen Anteil an Unterernährten haben. Von 22 Entwicklungsländern, die die FAO hier als besonders gefährdet einstuft, liegen allein 17 in Afrika.⁶⁹

Selbst angesichts des Klimawandels ist es jedoch nicht unmöglich, auch die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Denn nach Berechnungen des UNDP werden weltweit durchaus genügend Nahrungsmittel produziert, um alle Menschen ausreichend und gesund ernähren zu können, die Verfügbarkeit dieser Lebensmittel ist jedoch so verteilt, dass es auf der einen Seite einen enormen Überfluss gibt und anderswo einen erheblichen Mangel. Gerade da, wo

die Armut am größten ist, wie beispielsweise in den ländlichen Regionen der Entwicklungsländer, müsste die Landwirtschaft so gefördert werden, dass die Bauern von steigenden Lebensmittelpreisen profitieren. Das beinhaltet neben einem gerechten Zugang zu Land und Krediten auch eine angemessene Beratung und eine faire Integration in den Weltmarkt. Fair bedeutet hier aber auch, dass die Subventionen der Industrienationen sukzessive zurückgefahren werden müssen, um auch in den Entwicklungsländern die Produktion wieder rentabel zu machen. Dies erfordert hohe Investitionen in den Agrarsektor, die auch zu einem nicht unerheblichen Teil vom Staat aus geleistet werden müssen.

3.2 Kosten für die Entwicklungsländer

Beispiel Ecuador: Hohe Öleinnahmen

Ecuador ist ein ressourcenreiches Land, neben Bananen, Krabben und Schnittblumen, bringt Erdöl als das wichtigste Exportprodukt rund 50 % der gesamten Exporteinnahmen ein. Ecuadors Staatshaushalt konnte daher von den steigenden Weltmarktpreisen für Öl profitieren.

Der Preis für ecuadorianisches Rohöl stieg von 30 US-Dollar pro Barrel im Jahr 2004 auf 60 US-Dollar im Jahr 2007 und erreichte schließlich mit 117 US-Dollar im Juni 2008 seinen Höhepunkt, bevor er im Sturzflug bis zum Dezember 2008 nur noch 26 US-Dollar erreichte. Entsprechend stiegen die Exporteinnahmen aus Erdöl von 3,9 Mrd. US-Dollar im Jahr 2004 auf 7,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 2007 und konnten trotz des einsetzenden Preisverfalls im Jahr 2008 sogar noch den Höchstwert von 10,6 Mrd. US-Dollar erzielen.

Im gleichen Zeitraum machte sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise für die ecuadorianische Bevölkerung bemerkbar. Nahrungsmittel verteuerten sich um rund ein Drittel zwischen 2004 und Mitte 2008.

Quelle: Zentralbank Ecuador
(<http://www.bce.fin.ec>)

Der Preisanstieg fiel für die einzelnen landwirtschaftlichen Produkte unterschiedlich aus. Am deutlichsten stieg der Preis für Grundnahrungsmittel, darunter Getreide und Milchprodukte, aber auch für Ölsamen. Tropische Produkte wie Kaffee oder Kakao und einige agrarische Rohstoffe wie Baumwolle oder Gummi, die auf der Exportliste vieler Entwicklungsländer stehen, sind demgegenüber weniger stark gestiegen. Das hatte dramatische Auswirkungen auf die Haushaltssituation vieler Entwicklungsländer (vgl. Kasten S. 35). Viele dieser Länder haben sich in der Vergangenheit mehr und mehr auf den Export agrarischer Produkte spezialisiert und darüber die Produktion für den inländischen Konsum mehr und mehr vernachlässigt. Zahlreiche Länder sind sogar von Nahrungsmittelexporteuren zu Nahrungsmittelimporteuren geworden. Zwar konnten sie mit ihren Exportprodukten Preissteigerungen und damit auch höhere Einnahmen erzielen, die Ausgaben, die sie für die Importe an Nahrungsmitteln tätigen mussten, lagen jedoch um ein Vielfaches höher, so dass sich die Haushaltslage insgesamt verschlechterte.

Für die Haushaltslage eines Landes sind aber auch andere Rohstoffpreise interessant, vor allem die für Erdöl, Gas und andere mineralische Rohstoffe. So konnten die Länder, die solche Rohstoffe exportieren, durchaus von den Preissteigerungen profitieren. Bolivien beispielsweise konnte in der Hochpreisphase für seine Gasex-

⁶⁹ Zitiert nach WBGU (2008).

Beispiel Äthiopien: Der IWF springt ein

Nach der verheerenden Dürre im Jahr 2002 hat sich Äthiopien schnell erholt und kann seither auf ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von etwa 10 % zurück blicken. Das verdankt Äthiopien u.a. einem stetig steigendem Export vor allem aus dem Agrarsektor mit Kaffee als dem wichtigsten Exportgut. Gleichzeitig sind aber auch die Importe sogar in noch stärkerem Maße gestiegen. Zwar kommt es im Zuge des globalen Preisbooms auch zu einem Preisanstieg für Kaffee um 28 %, allerdings stellt dies kaum einen Ausgleich für die hohen Importkosten dar, die als Folge massiver Infrastrukturprojekte, aber auch der dramatisch gestiegenen Nahrungsmittelpreise Äthiopiens Haushalt stark belasten.

Schlechte Ernten nach einer erneuten Dürre machen im Jahr 2008 vermehrt Getreideimporte notwendig. In der Hoffnung, dass die Nahrungsmittelpreise wieder fallen würden, hat die äthiopische Regierung zunächst ihre Getreidevorräte weitgehend aufgebraucht. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. Da die ebenfalls gestiegenen Energie- und Düngemittelpreise auch die Produktion und den Transport verteuerten, hat sich nach Angaben des Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) der Getreidepreis vor Ort in nur einem Jahr verdreifacht. Im Sommer 2008 erklärt das WFP, dass allein in Äthiopien 10 Mio. Menschen, das entspricht 12 % der Bevölkerung von externer Nahrungsmittelhilfe abhängig sind.

Insgesamt muss Äthiopien 22 % seines Bedarfs an Getreide importieren. Somit ist das Land übermäßig stark von der Nahrungsmittelkrise betroffen. Hinzu kommen die Preissteigerungen für Rohöl, von dessen Importen Äthiopien zu 100% abhängig ist. Nach Angaben der äthiopischen Regierung wurden die Kosten für die Preissteigerungen, sowie die Notgetreideinfuhren auf insgesamt 550–770 Mio. US-Dollar über zwei Jahre veranschlagt, das sind 2–3 % des BIP im Haushaltsjahr 2007/08. Die internationalen Währungsreserven sanken dramatisch. Konnte Äthiopien im Jahr 2005 noch rund vier Monate an Importen abdecken, so war es Ende des Jahres 2008 nur noch ein Monat.

Somit sah sich die äthiopische Regierung gezwungen, im Januar 2009 einen Kredit beim IWF zu beantragen, um die Haushaltslage zu stabilisieren. Der IWF gewährt einen Kredit in Höhe von 52 Mio. US-Dollar im Rahmen einer speziellen Kreditlinie für einkommensschwache Länder, die zügig helfen soll, externe Schocks zu meistern. Ein halbes Jahr später, als auch die Finanzkrise seine Wirkungen zeigte (vgl. Kapitel 4), wurde im Rahmen derselben Kreditlinie erneut ein Kredit vergeben, diesmal in Höhe von 241 Mio. US-Dollar. Zwei Mal musste Äthiopien daher einen Kredit aufnehmen, um externe Schocks aufzufangen, für deren Entstehen das Land so gut wie gar nichts beigetragen hat.

Quelle: IWF (2010b), IWF/Regierung Äthiopiens (2009); BBC online (2008).

porte sogar hohe Devisenreserven anhäufen und auch Sambia erzielte hohe Gewinne durch rasant gestiegene Kupferpreise. Für die meisten Länder konnten diese Mehreinnahmen jedoch die höheren Importrechnungen nicht ausgleichen, vor allem weil die Unternehmen von hohen Weltmarktpreisen meist sehr viel mehr profitieren als die Staatskasse.

So hat die Nahrungsmittelkrise deutlich vor Augen geführt, dass es gerade auch im Bereich der Nahrungsproduktion strukturelle Defizite gibt. Umfassende Maßnahmen seitens der Regierungen zur Förderung des Agrarsektors, aber auch zum Ausbau der sozialen Sicherungsnetze sind ebenso notwendig wie eine Profilschärfung

in der internationalen Zusammenarbeit. Zu Zeiten, als die internationalen Finanzmittel verstärkt in die Landwirtschaft flossen, konnte eine deutlich stärkere Verbesserung der Ernährungssituation festgestellt werden als heute.⁷⁰ Genau diese Investitionen sind nicht nur in den letzten Jahren deutlich zurück gegangen, sie geraten gerade angesichts der unmittelbar auf dem Fuße folgenden Finanz- und Wirtschaftskrise weiter in Gefahr. Denn die Geschichte hat gezeigt, dass sinkende Investitionen in Folge von Wirtschaftskrisen auch den Kapitalbestand im Agrarsektor sinken lassen.⁷¹

⁷⁰ Vgl. FAO / WFP (2009).

⁷¹ Ebd.

4. Die Finanz- und Wirtschaftskrise

Während die Klimakrise gegenwärtig in den Haushalten vieler Länder noch gar nicht ausreichend berücksichtigt ist und somit in der Zukunft mit erheblichen Defiziten zu rechnen ist, stellte die Nahrungsmittelkrise gerade für die importierenden Länder bereits einen singulären externen Schock dar, mit dem viele nur unter erheblichen Anstrengungen fertig wurden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die nicht von den Entwicklungsländern, sondern von Finanzinstituten,

Aufsichtsbehörden und Spekulanten im Norden ausgelöst wurde, hat eine Reihe solcher Schocks zur Folge. Und während hierzulande schon wieder fleißig spekuliert wird, Banken große Gewinne einfahren und vielfach von einem erneuten Aufschwung auch für Afrika die Rede ist, haben die Auswirkungen der Finanzmarktkrise in den Entwicklungsländern doch einschneidende Veränderungen mit sich gebracht und die nationalen Haushalte teilweise erheblich belastet.

4.1 Die Ursachen liegen im Norden

Der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 markiert den endgültigen Ausbruch einer Krise, die ihre Ursprünge vor allem in den Finanzzentren des Nordens, allen voran in den USA und in Europa, hat. Die Auswüchse auf dem US-Immobilienmarkt, die letztendlich mit ihren Zahlungsausfällen zum Auslöser der Krise wurden, sind dabei nur ein Beispiel, wie über weltweite finanzpolitische Deregulierung immer mächtiger werdende Finanzanleger neue und immer kompliziertere und hochriskante Finanzprodukte auf den Markt bringen konnten, ohne dass diese im Hinblick auf ihr Risiko hin überwacht wurden.

Schon seit den 1980er Jahren lässt sich beobachten, dass sich das Finanzvermögen weitaus stärker vermehrt als das weltweite Bruttosozialprodukt, d.h. die Summe aller in der Welt produzierten Waren und Dienstleistungen. Suchten in den frühen Zeiten des Industriekapitalismus noch die Unternehmen nach Geld, um ihre Investitionen tätigen zu können und so die Produktion zu steigern, drehte sich dieses Verhältnis nach und nach um. Nun waren es immer größere Vermögen, die auf der Suche nach guten und renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten waren, die die Industrie vielfach nicht mehr bieten konnte. In dieser neuen Form des Finanzkapitalismus erhält eine neue Dienstleistungsbranche Aufwind, deren primäres Ziel es ist, Finanzvermögen zu bündeln und in Konkurrenz mit anderen Finanzinvestoren die höchsten Renditen für die Finanzvermögen zu erwirtschaften. Damit koppelt sich der Finanzsektor zunehmend von der Realwirtschaft ab und wird zu einem eigenständigen

und dominierenden Akteur in den Volkswirtschaften der Industrieländer. Zu diesen Finanzinvestoren gehören nicht nur die Investmentbanken, die sich dieser Branche verschrieben haben, sondern mit der zunehmenden Privatisierung sozialer Sicherungssysteme immer mehr auch die Pensionsfonds oder Versicherungsunternehmen. Insgesamt verwalten sie 80 Bio. US-Dollar und sind damit zu einem mächtigen Akteur in Wirtschaft und Politik geworden.⁷²

Diese Entwicklungen treffen um die Jahrtausendwende auf eine länger andauernde Phase niedriger Zinsen in den USA. Nach dem Platzen der Internetblase wollte die US-Regierung so finanzielle Mittel in die Wirtschaft pumpen, um sie wieder anzukurbeln. Obwohl die US-amerikanischen Staatsanleihen damit wenig rentabel waren, wurden sie dennoch stark nachgefragt, denn der US-Dollar gilt den Staaten weltweit als die Topwährung für Devisenreserven. Die asiatischen Länder und andere Schwellenländer wiederum, die im Zuge der Asienkrise in Schwierigkeiten geraten waren, häuften just in dieser Niedrigzinsphase in hohem Maße Devisenreserven an, um für die nächste Krise besser gewappnet zu sein. Über einen relativ langen Zeitraum konnte sich also der US-amerikanische

⁷² Vgl. Hufschmid (2009). Hier finden sich auch detaillierte Beschreibungen darüber, wie sich das kapitalistische System in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Auch wird beschrieben, wie Finanzanleger Druck auf Unternehmen und Regierungen ausüben und so über die Jahre einen weitgehend deregulierten Kapitalmarkt schaffen konnten und das Verhältnis von Kapital und Arbeit immer stärker auf die Interessen der Kapitaleigner ausgerichtet wird (»Shareholder Value«).



Im Zuge der sinkenden Immobilienpreise kam es zu zahlreichen Zwangsversteigerungen in den USA, Foto: Jeff Turner

Staat billig verschulden und das Zinsniveau für Banken und Privatpersonen niedrig halten. Die niedrigen Zinsen führten zu einer weiteren Ausweitung des bereits aufgeblähten Banksektors. Banken verschuldeten sich günstig, um das Geld in Finanzprodukte zu stecken, für die sie glaubten mit hoher Sicherheit eine höhere Rendite erzielen zu können, als der Kredit an Kosten verursachte. Privatpersonen nutzten die billigen Kredite für den verstärkten Konsum oder für Anschaffungen wie Häuser oder Autos, die sie sich vielfach eigentlich nicht leisten konnten.

Investoren suchen höhere Rendite

Viele Investoren waren mit den niedrigen Zinsen auf US-amerikanische Staatsanleihen allerdings nicht zufrieden. Sie begaben sich auf die Suche nach neuen, besser rentierlichen Anlagemöglichkeiten und wurden dabei fündig und findig. Über die neu erfundene Möglichkeit, Kredite zu bündeln und scheinbar als Wertpapiere an Investoren zu vergeben (Verbriefung) schien

es plötzlich möglich, risikoreiche Kredite in sichere Wertpapiere zu verwandeln. Die Bank, die den Kredit vergab, hatte so das Risiko ausbleibender Zahlungen an den Investor weitergegeben, der das Wertpapier kaufte. Hinzu kam, dass Ratingagenturen den gebündelten Krediten gute Noten gaben: Die auf ihnen beruhenden Wertpapiere wurden so sicher eingeschätzt wie US-Staatsanleihen, brachten aber etwas mehr Zinsen ein. Damit war dem Missbrauch in der Kreditvergabe gerade bei den Hypothekendarlehen Tür und Tor geöffnet: Die Zinsen waren niedrig, Kredite konnten ohne die übliche Bonitätsprüfung vergeben werden und die Immobilienpreise stiegen. Sollte ein Schuldner zahlungsunfähig werden, würde man mit dem Verkauf des Hauses den Kredit immer tilgen können, lautete das Kredo der Investmentbanker.

Das System kollabierte, als die Immobilienpreise in den USA sanken. Damit wurden weitere Schwachstellen des deregulierten Finanzsystems offengelegt. Es zeigte sich nun, dass viele Banken selbst nicht ausreichende Rücklagen gebildet hatten, und dem massiven Wertverlust

ihrer verbriefen Kredite und der damit einhergehenden Panik auf den Finanzmärkten nicht Stand halten konnten. Die Bilanzen vieler Banken waren ernsthaft in Gefahr und ein drohender Konkurs nah. Das Vertrauen der Banken un-

tereinander schwand zunehmend aufgrund der äußerst intransparenten Ausgestaltung der Finanzprodukte. Um das Bankenwesen nicht völlig zum Erliegen zu bringen, musste der Staat mit milliardenschweren Krediten eingreifen.⁷³

4.2 Auswirkungen auf die Entwicklungsländer

Zum Beginn der Finanzkrise glaubte man vielerorts noch, dass vor allem die ärmeren Entwicklungsländer kaum von den Auswirkungen betroffen sein würden, weil sie von den internationalen Finanzmärkten ohnehin weitgehend abgekoppelt sind. Auch hatten sie sich an den hochspekulativen Geschäften mit den krisenauslösenden Derivaten nicht beteiligt. So urteilte selbst Äthiopiens Regierungschef Meles Zenawi im Oktober 2008 vor dem Parlament, dass »drastische Auswirkungen [...] nicht zu befürchten« seien, da es in dem Land keine Börse gäbe und auch ein Großteil der Menschen nicht einmal einen Zugang zu Konten bei den ohnehin staatlichen Banken habe.⁷⁴

Auch für die Schwellenländer gilt, dass sie gegen die Auswirkungen einer solchen Krise größtenteils besser gerüstet waren: Sie hatten aus den vergangenen Krisen (Mexikokrise, 1994/1995 und Asienkrise, 1997/1998) gelernt und hatten ihr Bankensystem stabiler gemacht, indem sie z.B. die Eigenkapitalunterlegung sehr viel strenger festlegten als die westlichen Industrienationen.⁷⁵ Zudem hatten viele Länder über die Jahre hohe Devisenreserven angelegt, um im Falle einer erneuten Krise und eines massiven Kapitalabflusses Handlungsspielraum zu bewahren und nötigenfalls die eigene Währung besser stützen zu können.⁷⁶ Dies war ein sehr teurer Versicherungsschutz, der über die Jahre auch durch Kürzungen der Staatsausgaben z.B. im Sozialbereich erkaufte werden musste. Vielen rohstoffreichen Ländern kamen aber auch die stetig steigenden Rohstoffpreise der Vorkrisenjahre zugute, die teilweise eine erhebliche Erhöhung der Devisenreserven ermöglichte, wie das Beispiel Bolivien zeigt. Als die Krise dann tatsächlich in Form von Kapitalabflüssen auch auf die Entwicklungsländer übergriff, bewährte sich der Versicherungsschutz für die entsprechenden Länder, die dadurch nicht nur in der Lage waren, ihre Währung zu stützen, sondern teilweise auch genug Finanzmittel hatten um umfassende

Konjunkturprogramme aufzulegen (z.B. China, Indonesien oder Brasilien).

In anderen Ländern, die keine nennenswerten Rohstoffvorkommen besitzen oder daraus nicht genügend Staatseinnahmen generieren konnten, und die zudem stark von Nahrungsmittelimporten abhängen, war die Situation umgekehrt. Durch die massiven Preisanstiege von Nahrungsmitteln waren ihre Devisenreserven weitgehend aufgebraucht, oder sie hatten sogar zusätzliche Überbrückungskredite aufgenommen. Je nach Ausgangssituation und Abhängigkeiten von den Faktoren, die für die verschiedenen Ansteckungswege der Finanzmarktkrise relevant sind, lässt sich sagen, dass die Länder damit unterschiedlich stark von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise betroffen waren.

4.2.1 Finanzmärkte und internationale Kapitalflüsse

In der Tat waren die Banken in den Entwicklungsländern nicht in die Transfers hochspekulativer Anleihepapiere involviert. Dennoch wurden sie auch über die Finanzmärkte von negativen Auswirkungen getroffen, vor allem durch Kapitalabflüsse und/oder in Form von erschwertem Zugang zu Kapital und sinkenden Investitionen (vgl. Abbildung 6). Besonders dramatisch war der massive Einbruch bei der Kreditvergabe. Nach Ausbruch der Finanzkrise war es zu einer erheblichen Vertrauenskrise zwischen den Ban-

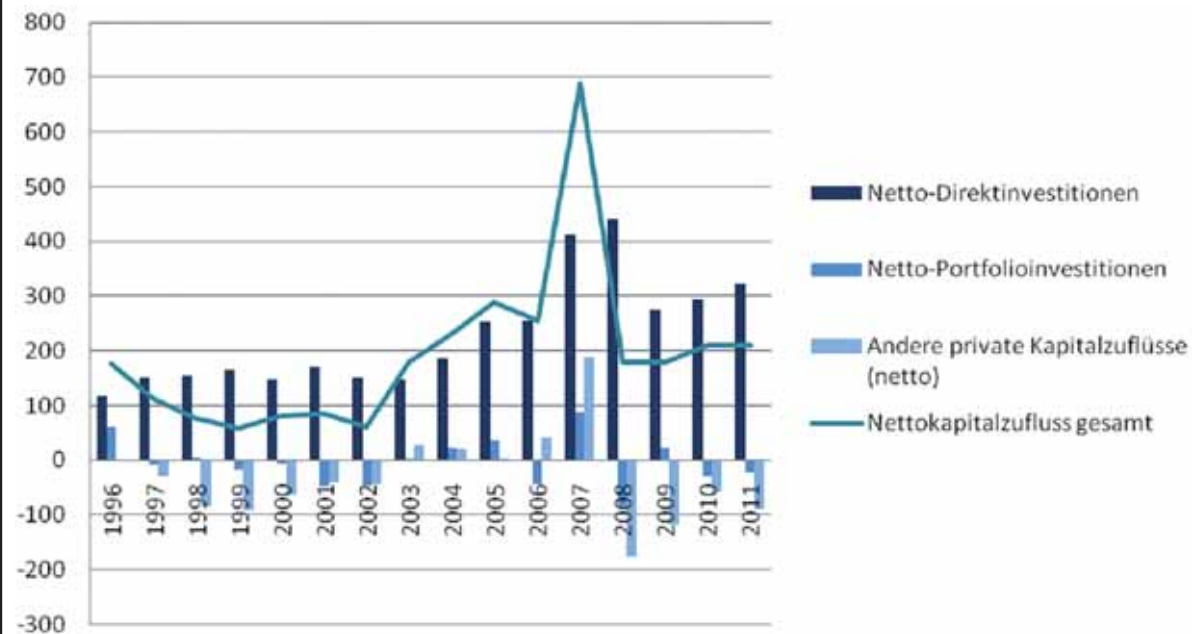
⁷³ Die genannten Ursachen und Auslöser der Finanzkrise sind sehr komplex und können hier nur sehr verkürzt dargestellt werden. Zu einer ausführlichen Beschreibung vgl. Schneeweiß (2010).

⁷⁴ Vgl. DIE ZEIT, 27.11.2008, Nr. 49

⁷⁵ Vgl. Schneeweiß (2010).

⁷⁶ Allein in den Jahren 2006 und 2007 erhöhten sich die Devisenreserven der Schwellen- und Entwicklungsländer um 1,9 Bio. US-Dollar (IWF, 2010a).

Abbildung 6:
Privater Nettokapitalzufluss in Schwellen- und Entwicklungsländer



Quelle: IWF (2010a).

ken gekommen, die dazu führte, dass sich die Banken selbst in den Industrieländern kaum noch Geld untereinander liehen. Diese Scheu bekamen auch die Schwellen- und Entwicklungsländer bereits im letzten Quartal 2008 zu spüren. Teils aus Risikoscheu, teils weil die international agierenden Banken Geld für die Sanierung ihrer eigenen Bilanzen benötigten, wurden weniger Kredite vergeben, so dass insgesamt die Kreditvergabe an Banken und Unternehmen in Schwellenländern 2008 um 40 % zurückging.⁷⁷

Obwohl das Bankensystem in vielen Schwellenländern relativ stabil und eigenständig war, sickerte die Kreditklemme auch zu den kleineren und mittleren Unternehmen durch. Und obwohl dank der massiven staatlichen Eingriffe in den Industrieländern der Kreditverkehr ab Mitte des Jahres 2009 langsam wieder Fahrt aufnahm, haben eben jene Länder und Unternehmen, die eher als unsicher eingestuft werden, bis ins Jahr 2010 mit einem erschwerten Zugang zu Krediten zu kämpfen. Die Länder mit niedrigen Einkommen litten vor allem unter einem massiven Rückgang der Handelskredite, so dass Unternehmen in diesen Ländern den Export ihrer Waren nicht mehr vorfinanzieren konnten. Auch viele Staaten waren, insbesondere nach den Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise, von externen Krediten abhängig. Diese Abhängigkeit müssen die Län-

der nun teuer bezahlen, denn diese Kredite sind mit einem höheren Kreditrisikoaufschlag verbunden. So zahlten beispielsweise Ghana, Pakistan und Vietnam im Januar 2009 5–15 % mehr Zinsen als im Jahr zuvor.⁷⁸ Hohe Kreditkosten sind auch ein Grund dafür, dass in vielen Ländern, die Nahrungsmittel kreditfinanziert importieren müssen, die gesunkenen Nahrungsmittelpreise nach Ausbruch der Finanzkrise nicht an die Endverbraucher weitergegeben werden konnten.

Auch die Portfolioinvestitionen⁷⁹ mussten einen starken Rückgang verzeichnen (vgl. **Abbildung 6**). Das Interesse der Anleger ist bei diesen Investitionen eher kurzfristiger Natur und kann bei sich ändernden Gewinnerwartungen auch sehr schnell wieder abgezogen werden. Schwankungen bei dieser Anlageform sind daher krisentypisch und in den vergangenen Jahrzehnten auch keine Seltenheit gewesen. Die Achterbahnfahrt nach Ausbruch der gegenwärtigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verdeutlicht dies.⁸⁰

⁷⁷ Vgl. Schneeweiß (2010).

⁷⁸ Vgl. Schneeweiß (2010).

⁷⁹ Portfolioinvestitionen sind Kapitalanlagen in Form von Aktien oder Wertpapieren in ausländische Unternehmen, mit denen die Anleger an den Gewinnen der Unternehmen teilhaben wollen.

⁸⁰ Laut Angaben des IWF flossen im Jahr 2008 84,7 Mrd. US-Dollar aus den Schwellen- und Entwicklungsländern ab. Nach einer kurzen Erholung mit erneuten Zuflüssen in 2009 sind die Prognosen für 2010 und 2011 erneut negativ. Vgl. IWF (2010a).

Die ausländischen Direktinvestitionen haben sich demgegenüber als etwas stabiler erwiesen, wobei auch sie gegenüber den Boomjahren 2007 und 2008 erheblich zurückgegangen sind⁸¹ (vgl. **Abbildung 6**). Dennoch lagen sie damit noch immer über dem Niveau von 2006. Hier spielen längerfristige Interessen der Investoren eine größere Rolle, da es nicht nur um Mitnahmeeffekte von Gewinnen geht, sondern um eine reale Beteiligung an existierenden Unternehmen, die auch auf die Kontrolle über die Geschäftstätigkeit des Unternehmens abzielt. Dennoch sind im Zuge der Krise die Mutterkonzerne in Schwierigkeiten geraten und halten sich seither mit Investitionsvorhaben zurück. Gerade in vielen Ländern mit niedrigen Einkommen sind die ausländischen Direktinvestitionen aber stark auf den Rohstoffsektor konzentriert. Geringe Gewinnerwartungen aufgrund gesunkener Rohstoffpreise und erschwerte Bedingungen, entsprechendes Kapital auf den Finanzmärkten zu bekommen, haben solche Investitionsvorhaben verzögert oder verhindert (z.B. in Laos oder Mosambik).⁸²

Insgesamt gilt jedoch, dass ausländische Direktinvestitionen in den Industrienationen stärker zurückgegangen sind, als in den Schwellen-

und Entwicklungsländern. Und dieser Trend wird sich auch weiter fortsetzen, wobei vor allem einige wenige Schwellenländer, wie China, Brasilien und Indien Ziel dieser Investitionen sind.⁸³

4.2.2 Welthandel und Exporteinnahmen

Die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer gerieten von zwei Seiten unter Druck: Sinkende Nachfrage einerseits und ein Rückgang der Preise andererseits. Zum Einen ging im Zuge der Finanzkrise die Nachfrage nach Rohstoffen und verarbeiteten Waren zurück. Insgesamt ist das Handelsvolumen im Jahr 2009 um 10,7 % zurückgegangen.⁸⁴ Die Länder mit niedrigem Einkommen waren davon stärker betroffen, die

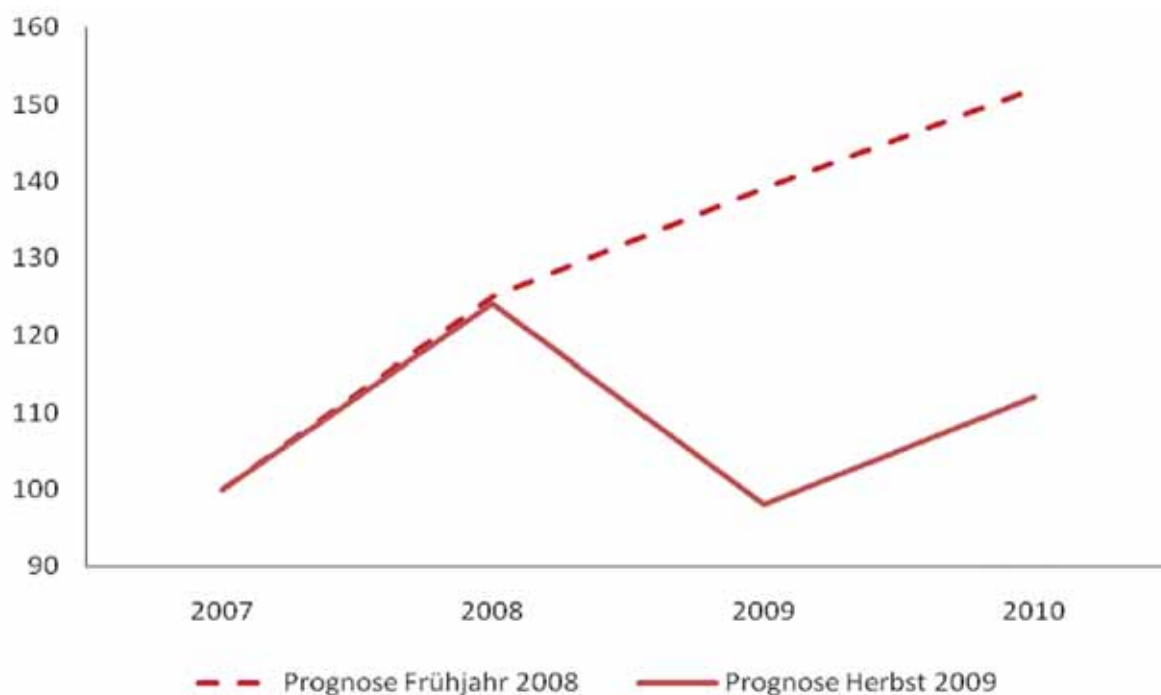
⁸¹ In 2009 schrumpften die Direktinvestitionen um 37,5 %, wobei unsicher ist, in wie weit der Ausbruch der Krise gegen Ende des Jahres 2008 bereits Investitionsvorhaben beeinträchtigt hat. Vgl. IWF (2010a).

⁸² Vgl. IWF (2009a).

⁸³ Vgl. Schneeweiß (2010). Zitiert wird hier eine Umfrage der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung UNCTAD.

⁸⁴ Vgl. IWF (2010a).

Abbildung 7:
Prognosen über Güterexporte in Ländern mit niedrigem Einkommen



Quelle: IWF (2009b).

Exporte an Gütern und Dienstleistungen aus diesen Ländern gingen im Jahr 2009 um 16 % zurück.⁸⁵ Das liegt vor allem an der gesunkenen Nachfrage in den industrialisierten Ländern, wohin die meisten Exporte gehen. Selbst wenn die Prognosen auch für diese Ländergruppe wieder einen Aufwärtstrend aufweisen, bedeutet dies dennoch, dass das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht ist. Verglichen mit den Prognosen, die vor Ausbruch der Krise gemacht wurden, sind die Verluste dramatisch (vgl. **Abbildung 7**).

Besonders betroffen vom Nachfragerückgang waren solche Produkte, deren Gebrauch nicht überlebensnotwendig ist, also z.B. Kleider, Elektronik oder Spielsachen. Viele Entwicklungsländer hatten sich durch die niedrigeren Lohnkosten in diesen Sektoren eine verarbeitende Industrie aufgebaut. Dadurch konnten zwar tatsächlich in den vergangenen Jahren Impulse für wirtschaftliches Wachstum gesetzt werden. Gleichzeitig ist aber auch die Abhängigkeit von den Exporteinnahmen gestiegen, ohne dass ausreichend Impulse auch für die weiterverarbeitende Industrie im Inland und die Stärkung der Binnennachfrage gesetzt wurden. Die Schaffung von Arbeitsplätzen unter meist menschenunwürdigen Bedingungen,⁸⁶ die ausschließlich von der Nachfrage aus dem Ausland abhängen, ist somit Hauptbestandteil dieses Entwicklungsmotors. Eben solche Arbeitsplätze, die vielfach von Frauen besetzt sind, fielen nun reihenweise der Krise zum Opfer oder Arbeitsbedingungen verschlechterten sich weiter (vgl. Kasten). Bis zum Frühjahr 2009 mussten beispielsweise in China 670.000 kleinere und mittlere Unternehmen schließen, wodurch etwa 25 Mio. Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. In Mexiko stieg bis Mitte des Jahres 2009 die Zahl der Arbeitslosen von 4 Mio. auf 6 Mio. Auch Diamantenschleifer in Indien, sowie Textilarbeiterinnen in Vietnam und Kambodscha verloren reihenweise ihre Arbeitsplätze.⁸⁷

Gleichzeitig geraten die Exporteinnahmen seitens der drastisch eingebrochenen Preise unter Druck. **Abbildung 8** zeigt, dass die Preise für Energie und Industrierohstoffe unmittelbar

Beispiel Bangladesch: Auswirkungen der Finanzkrise

Die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge, die Bangladesch in den Jahren vor der Krise erzielt hatte, waren schon durch die Nahrungsmittelkrise ernsthaft in Gefahr geraten. In diese prekäre Situation der Nahrungsunsicherheit setzte nun die Finanzmarktkrise ein. Das wichtigste Exportprodukt, billige Textilwaren, macht rund 80 % der Exporte aus. Etwa die Hälfte davon geht in die EU, ein Viertel in die USA. Aber auch Krabben, Jute und Tee machen einen erheblichen Teil bei den Exporten aus. Nach der Rezession in den beiden Hauptabnahmeregionen für Bangladeschs Waren, gingen die Exportmengen in der zweiten Jahreshälfte 2008 erstmals seit Jahren wieder zurück. Vor allem der Export von Fisch und Jute ging deutlich zurück, im Januar 2009 sogar um 20 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Demgegenüber konnte Bangladesch, das sich auf die Produktion extrem billiger Textilwaren spezialisiert hat, ab einem bestimmten Zeitpunkt sogar zusätzliche Näherinnen einstellen, weil sich die Nachfrage von höherwertigen Produkten zu besonders billiger Kleidung verschob. Hierbei war allerdings zu beobachten, dass sich die ohnehin schon dramatischen Arbeitsbedingungen zusätzlich verschlechterten. Solche Arbeitsplätze entstanden oft am untersten Ende der Lohnkette abseits des regulären Arbeitsmarktes im informellen Bereich, wohingegen im formellen Arbeitsmarkt Arbeitsplätze wegfielen. Dies ist sowohl dem Druck der Einkäufer geschuldet, die niedrigere Preise zahlen, aber natürlich auch der zunehmenden Angst der Näherinnen selbst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder der Not, jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen.

Diese Entwicklungen trafen das Land zu einem Zeitpunkt, als es gerade mit den Auswirkungen des Tropensturms Sidr (November 2007) und der Nahrungsmittelkrise 2008 fertig werden musste.

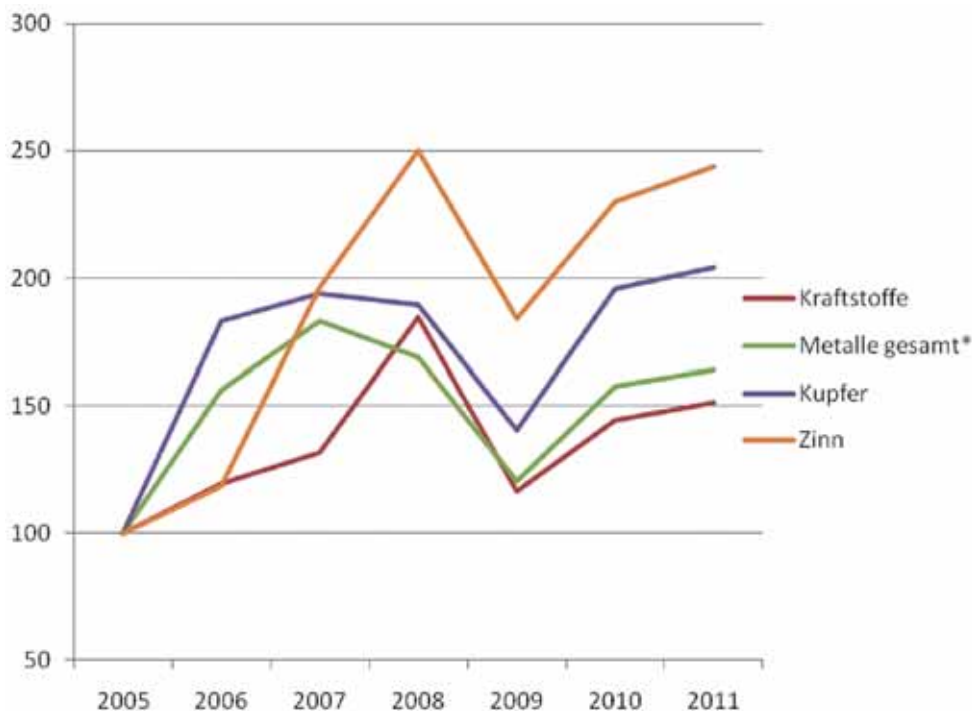
Quelle: FAO / WFP 2009, Schneeweiß (2010)

⁸⁵ Vgl. IWF (2009b). In dieser Schätzung aus dem Herbst 2009 ging der IWF noch von einem weltweiten Rückgang des Handels von 12 % aus.

⁸⁶ Vgl. Wick (2009).

⁸⁷ Verschiedene Quellen, zitiert nach Schneeweiß (2010).

Abbildung 8:
Preisentwicklung von metallischen und Energierohstoffen



* inkl. Kupfer, Aluminium, Eisenerz, Zinn, Nickel, Zink, Uran

Quelle: IWF (2010a).

vor Krisenausbruch ein absolutes Rekordhoch erreicht hatten.⁸⁸ Von diesen hohen Preisen für ihre Exportprodukte konnten viele Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren durchaus profitieren. Vor allem die Preise für Rohöl stiegen deutlich, damit verbunden aber auch die Preise für Nahrungsmittel. Insgesamt sind dadurch die Länder unterschiedlich stark von den Auswirkungen betroffen. Ölexportierende Länder wie Nigeria, die Demokratische Republik Kongo oder Bolivien (Erdgas) konnten durch das Rekordhoch deutliche Gewinne verzeichnen, auch Sambia konnte dank der stark gestiegenen Kupferpreise Zusatzeinnahmen einfahren. In Nigeria litt aber gerade die arme Bevölkerung unter den ebenfalls gestiegenen Nahrungsmittelpreisen, da sie keinen Anteil am Anstieg des Rohölpreises hatte.⁸⁹

Dennoch hatten die Rekordpreise den rohstoffexportierenden Entwicklungsländern höhere Staatseinnahmen beschert, die nun im Zuge der Krise einbrachen. Seit Mitte 2008 fielen die bereits zuvor leicht gesunkenen Metallpreise und der Erdölpreis dramatisch im Wesentlichen auf das Niveau von 2005 oder 2006. Solche Länder,

deren BIP zum großen Teil von nur ein oder zwei Exportprodukten abhängt, waren davon besonders betroffen.⁹⁰ So waren Massenentlassungen aufgrund von Werksschließungen beinahe an der Tagesordnung. In der Republik Kongo wurden beispielsweise 100.000 Minenarbeiter entlassen, in Südafrika 40.000, in Sambia waren es 8.500 Arbeiter.⁹¹ Der Versuch, Investoren durch Steuersenkungen zu halten verringerte darüber hinaus die Staatseinnahmen. Da sich solche Vergünstigungen nicht so leicht wieder rückgängig machen lassen, wie sie eingeführt werden, haben sie trotz mittlerweile wieder gestiegener Preise einen nachhaltigen Effekt auf die Staatseinnahmen. Umgekehrt brachte insbesondere der Fall des Rohölpreises für all die ölimportierenden Länder eine deutliche Erleichterung gegenüber

⁸⁸ Inflationsbereinigt lagen aber selbst Mitte 2008 die Preise der meisten Rohstoffe nicht oder nur unwesentlich über den Preisen von 1974. Vgl. Schneeweiß (2010).

⁸⁹ Vgl. Martens/Schultheiß (2010).

⁹⁰ Dazu gehören z.B. Botswana (Diamanten), Sambia (Kupfer) oder Mozambik (Aluminium).

⁹¹ Verschiedene Quellen, zitiert nach Schneeweiß (2010) und Martens / Schultheiß (2010).

dem Rekordhoch 2008, der den Preisverfall für ihre Exportprodukte (z.B. Kaffee, Nahrungsmittel oder Baumwolle) wenigstens teilweise auffangen konnte.

4.2.3 Rücküberweisungen

Auch die Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten sind für viele Entwicklungsländer ein zunehmend wichtiger Beitrag zur Ankurbelung der heimischen Wirtschaft. Im Jahr 2008 flossen insgesamt 336 Mrd. US-Dollar als Rücküberweisungen in die Entwicklungsländer.⁹² Damit waren diese Finanzflüsse fast dreimal so hoch wie die Mittel aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Für nicht wenige Länder machen diese jährlichen Überweisungen einen erheblichen Anteil am BIP aus, im Extremfall bis zu 50 % (vgl. **Abbildung 9**). Diese Überweisungen erreichen in der Regel Familien in den unteren Einkommensschichten und sind daher beson-

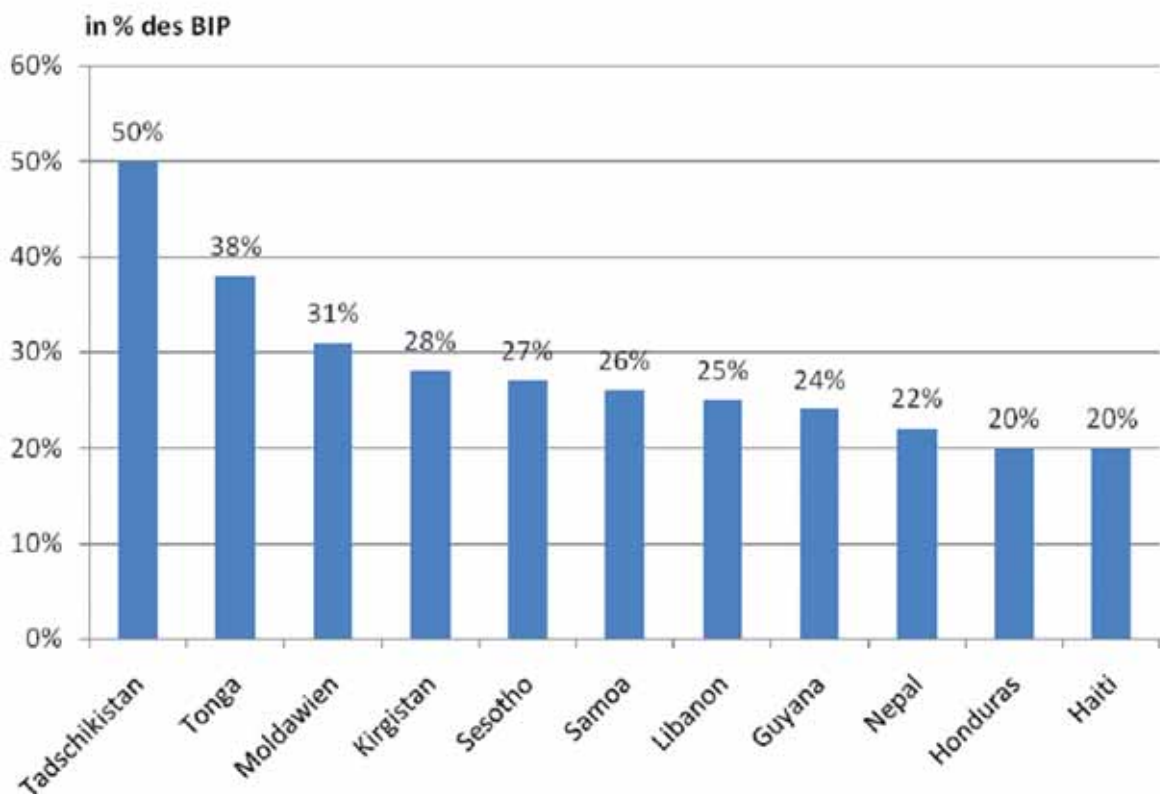
ders belebend für die Wirtschaft, denn diese Bevölkerungsgruppen geben einen großen Teil ihres Einkommens direkt wieder für Konsumgüter, Gesundheitsleistungen oder die Ausbildung aus.

Die Rücküberweisungen sind vor allem in den Jahren vor der Krise jährlich stark gestiegen, im Jahr 2007 um 23,1 % und im Jahr 2008 sogar noch um 15,9 %. Damit haben sie vor allem in den Jahren vor der Krise einen entscheidenden Beitrag geleistet, die hohen Finanzierungsbedürfnisse in ihren Heimatländern zu befriedigen. Im Jahr 2009 sank die Summe auf 316 Mrd. US-Dollar, damit wurde ein Rückgang von 6 % zum Vorjahr verzeichnet. Am stärksten davon betroffen waren die europäischen und zentralasiatischen Entwicklungsländer (–20,7 %) sowie die Länder aus Lateinamerika und der Karibik (–12,3 %).⁹³ Schätzungen gehen davon aus, dass im Jahr 2010 die Rücküberweisungen wieder um 6,2 % ansteigen.

⁹² Vgl. Weltbank (2010).

⁹³ Vgl. Weltbank (2010).

Abbildung 9:
Anteil der Rücküberweisungen am BIP ausgewählter Länder, 2008



Quelle: Weltbank (2010).

Ist es in der Vergangenheit zu einem wirtschaftlichen Abschwung oder auch einer Naturkatastrophe in den Heimatländern gekommen, haben sich diese Finanzflüsse in der Regel auch als sta-

Beispiel Ecuador: Einbußen im Staatshaushalt

Erdöl ist das wichtigste Exportprodukt Ecuadors. Mit Bananen, Schnittblumen, Krabben, Kakao und Kaffee tragen aber auch zahlreiche agrarische Produkte zu den Exporteinnahmen bei. Zunehmend wichtiger in den vergangenen Jahren sind auch die Einnahmen aus den Rücküberweisungen geworden, die im Jahr 2008 5,4 % des BIP ausmachten. Ecuador wird daher besonders über diese beiden Kanäle, Rückgang der Exporteinnahmen und der Rücküberweisungen, von der Finanzmarktkrise betroffen. Insgesamt gingen dem Land mit 13 Mio. Einwohnern 218.000 Arbeitsplätze verloren, vor allem in den exportorientierten landwirtschaftlichen Sektoren an der Küste.

Als ölexportierendes Land schlägt dabei der sinkende Ölpreis besonders stark zu Buche. Im ersten Halbjahr 2009 sanken die Exporteinnahmen von Öl um 61 % von 6,2 Mrd. US-Dollar auf 2,4 Mrd. US-Dollar. Insgesamt fielen die Güterexporte im Jahr 2009 um 25 % gegenüber dem Rekordjahr 2008. Die Rücküberweisungen gingen bereits im Jahr 2008 von ihrem Höchststand in 2007 um 8,6 % zurück und fielen im Jahr 2009 dann um weitere 11,6 %. Das liegt vor allem daran, dass die Hauptzielländer der Migration die USA und Spanien sind, die beide verhältnismäßig stark von den Finanzmarktkrise betroffen waren.

Insgesamt hatte Ecuador im Jahr 2009 ein Haushaltsdefizit von knapp über 2 Mrd. US-Dollar zu verzeichnen. Neue Kredite bei den internationalen Finanzinstitutionen aber auch Vereinbarungen mit China über Projekte im Erdöl- und Energiesektor sollen die Lücken schließen. Mit China wurde eine Kreditvereinbarung über 1 Mrd. US-Dollar geschlossen, für die Ecuador 7,25 % Zinsen zahlen muss. Somit leidet auch Ecuador unter dem hohen Zinsniveau, dass für viele Länder nach Ausbruch der Finanzmarktkrise bittere Realität war.

Quellen: erlassjahr.de / Kindernothilfe (2010).

bil oder gar antizyklisch erwiesen, d.h. es floss im Krisenfall mehr Geld in die entsprechenden Heimatländer, um die Familien zu unterstützen. Da sich aber im Zuge der weltweiten Finanzkrise und der wirtschaftlichen Rezession insbesondere auch in den Zielländern die Arbeitsmarktsituation für Migrantinnen und Migranten verschlechtert hat, brach diese Möglichkeit für viele weg. In den USA, in Europa und auch in den Öl- und Gasindustrien in Russland und dem Nahen Osten wurden zahlreiche Menschen entlassen oder es verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen derart, dass weniger Geld nach Hause überwiesen werden konnte.

Auch wenn es zum ersten Mal seit vielen Jahren rückläufige Tendenzen in diesem Bereich gegeben hat, so haben sich die Rücküberweisungen im Vergleich zu den privaten Kapitalflüssen als vergleichsweise stabil erwiesen. Die Weltbank misst den Rücküberweisungen daher einen wichtigen stabilisierenden Impuls gerade in Krisenzeiten bei. In den großen Empfängerländern wie Philippinen, Bangladesch und Nepal, konnten beispielsweise auch in der Krise die Rücküberweisungen das gestiegene Handelsbilanzdefizit auffangen.⁹⁴ Vor diesem Hintergrund ist der Einbruch dieses so wichtigen Finanzflusses von Nord nach Süd vor allem als erheblicher Rückschlag positiver Entwicklungsimpulse der vergangenen Jahre zu werten. Denn ohne die Krise, so haben Prognosen vorausgesehen, wäre der Anstieg der Rücküberweisungen ungehindert weiter gegangen. Nach der Krise nun erholen sie sich hingegen aufgrund ungesicherter Arbeitsbedingungen mit sehr moderaten Wachstumsraten nur langsam.

4.2.4 Rückgang der Entwicklungshilfe

Gerade für die ärmsten Länder stellen auch die Mittel aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zum BIP dar. Gleichzeitig gilt in den Industrienationen dieser Sektor als weiches Politikfeld, der im Zuge von Kürzungen oft schneller betroffen ist als andere Sektoren. Zudem wird die Zahlung der Entwicklungszusammenarbeit gemeinhin im Verhältnis zum BIP angegeben. Wenn in den Industrienationen das BIP sinkt, der Prozentsatz der Entwick-

⁹⁴ Vgl. Weltbank (2010)

lungshilfe aber auf gleichem Niveau gehalten wird, so sinken damit auch die absoluten Zahlen dessen, was als Entwicklungshilfe in den Süden fließt. Tatsächlich ist die Summe der Mittel aus den 23 Geberländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in absoluten Zahlen gesunken, von 122,3 Mrd. US-Dollar (2008) auf 119,6 Mrd. US-Dollar (2009). Dennoch ist aufgrund des gesunkenen BIP die Quote sogar minimal angestiegen von 0,30 % des BIP auf 0,31 %.

Innerhalb der EU ist das Bild dabei durchaus unterschiedlich. Während einige Länder drastische Kürzungen in diesem Bereich vorgenommen haben (z.B. Österreich und Italien um 31 % oder Irland um 19 %), so haben andere Länder ihre Ausgaben sogar erhöht (z.B. Frankreich um 17 %, Großbritannien um 15 %).⁹⁵ Hier verbirgt sich möglicherweise auch der Versuch, den vereinbarten Stufenplan der EU auch trotz der Krise einzuhalten. Im Jahr 2005 hatte die EU vereinbart, ihre Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,56 % des BIP anzuheben, um bis zum Jahr 2015 endlich das lange vereinbarte 0,7 %-Ziel einhalten zu können. Mit realen Anteilen von 0,44 % für das Jahr 2009 bedürfte es allerdings einer erheblichen Anstrengung der meisten Länder, um diese erste Stufe zu nehmen. Das deutsche Entwicklungsministerium hat unter der neuen Führung das Ziel bereits in Frage gestellt.⁹⁶ Die Quote sank im Jahr 2009 von 0,38 % auf 0,35 %. Weltweit erfüllen bislang nur fünf Länder die Vereinbarung, das sind Schweden, Norwegen, Luxemburg, Dänemark, und die Niederlande.

Bislang gleichen sich die unterschiedlichen Handlungsweisen der verschiedenen Gebernationen aus und es ist noch nicht zu dem deutlichen Rückgang der gesamten Entwicklungshilfe gekommen, der befürchtet wurde. Dennoch sind diese Fakten vor dem Hintergrund eben jenes Versprechens und des vereinbarten Stufenplans zu sehen. Angesichts der angespannten Haushaltslage in den Industrieländern nach dem Aufspannen umfassender Bankenrettungsschirme und dem Auflegen massiver Konjunkturprogramme ist die Zukunft insgesamt sehr ungewiss. Untersuchungen bei früheren Krisen deuten darauf hin, dass in den ersten Jahren nach der Krise die Hilfe zunächst stabil blieb, wobei die Rückgänge in den darauffolgenden fünf Jahren sehr viel drastischer ausfielen.⁹⁷ Angesichts der auch in Deutschland einsetzenden Spardiskussion und

im Hinblick auf die aufziehende Eurokrise, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind, ist ein ähnliches Szenario durchaus denkbar. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 und die mittelfristige Finanzplanung mit den vorgesehenen Kürzungen bis ins Jahr 2014 sehen zunächst keine Steigerungen im Haushalt des Entwicklungshilfeministerium vor. Bei steigendem BIP würde das also tatsächlich ein Rückgang der 0,7 %-Quote bedeuten.

Selbst im Fall von stabilen Finanzflüssen ist und bleibt eine Abkehr von dem vereinbarten 0,7 %-Ziel inakzeptabel. Der neueste Bericht über die Erreichung der MDG zeigt, dass in vielen Regionen die Erreichung der Ziele noch keinesfalls gesichert ist. Nicht eingehaltene Zusagen sowie unzureichende und zu wenig fokussierte Mittelzuwendungen haben zu Fehlbeträgen in vielen Gebieten geführt, was vor allem durch die Nahrungsmittel- und Finanzmarktkrise weiter verschärft wurde.⁹⁸

Zusätzlich zu den großen Herausforderungen, die die Entwicklungsländer bei der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele, der Bekämpfung von Armut und der Sicherung sozialer Dienstleistungen haben, müssen sie nun die Folgen einer Krise abfedern, zu deren Ausbruch sie kaum etwas beigetragen haben. Ebenso wie in den Industrieländern umfangreiche Konjunkturprogramme aufgelegt werden, müsste dies auch in den Entwicklungsländern geschehen. Staatliche Investitionen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, oder Transferzahlungen für besonders betroffene Bevölkerungsgruppen, all das ist in den Entwicklungsländern angesichts sinkender Staatseinnahmen und erschwelter Kreditaufnahme besonders schwierig. Nur wenige Länder (China, Argentinien, Mexiko, Indonesien, Philippinen, Malaysia oder Südafrika) haben nennenswerte Konjunkturprogramme aufgelegt. Gerade die ärmsten Länder, die auch in hohem Maße von der Entwicklungshilfe abhängen, sind hierzu meist nicht in der Lage. Der Finanzbedarf ist groß, ebenso wie die Gefahr, dass er so weit möglich über inländische und ausländische Kreditaufnahme (vgl. Kapitel 4.4) gedeckt wird.

⁹⁵ Vgl. OECD/DAC (2009).

⁹⁶ Tagesspiegel vom 09.03.2010: Die Sparflamme; <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/die-sparflamme/1715282.html>

⁹⁷ Zitiert nach: Schneeweiß (2010).

⁹⁸ Vgl. United Nations (2010).

Beispiel Ghana: Ansteckung auf vier Wegen

Ghana ist eine sehr kleine und offene Wirtschaft, in der auch die Industrie und viele Arbeitsplätze von den Exporten abhängen. Das Land ist sowohl abhängig vom Handel, als auch von den Mitteln aus der internationalen Zusammenarbeit. Gleichzeitig hat es in den vergangenen Jahren viele Kapitalzuflüsse aus Direktinvestitionen und Rücküberweisungen gegeben. Das macht das Land anfällig für alle vier beschriebenen Ansteckungswege. Wenn auch die Auswirkungen jedes einzelnen Ansteckungsweges nicht extrem sein mögen, so stellt das mögliche Zusammenwirken aller Faktoren durchaus eine Gefahr dar.

Insgesamt waren zwei der wichtigsten Exportprodukte Ghanas, Gold und Kakao, nicht von dem massiven Preisverfall betroffen. Vor allem im Bausektor waren dennoch viele ungelernete Arbeiter Opfer der Krise. Bei sinkenden Bauaktivitäten sahen sie sich einer steigenden Zahl von Arbeitssuchenden gegenüber, die vom Land auf der Suche nach Arbeit in die Städte kamen.

Ghanas Währung verlor zudem 30 % an Wert gegenüber dem US-Dollar. Bei einer weltweit gleichbleibenden Nachfrage wäre das gut für die Exportindustrie, weil die Exporte für das Ausland dann billiger werden. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise machte sich

aber vielmehr die Verteuerung der Importe bemerkbar, z.B. für Nahrungsmittel, Rohöl und Düngemittel. Gleichzeitig verteuert es auch die Schuldendienstzahlungen an das Ausland, die üblicherweise in den Währungen der jeweiligen Gläubigerländer gezahlt werden. Insgesamt sanken die Exporte beispielsweise für Holz (um 27 % Anfang des Jahres 2009) und die Rücküberweisungen gingen um 16 % zurück.

Auch die weltweite Kreditklemme hatte ihre Auswirkungen auf Ghana: Weil ein indisches Unternehmen keinen Kredit bekam, blieben ganze Schiffsladungen von Shea-Nüssen im Hafen liegen. Die Frauen im Nordwesten Ghanas, die sich mit dem Sammeln dieser Nüsse ihren Lebensunterhalt verdienen, konnten ihre Ernte nicht mehr absetzen. Die Händler wollten sie nicht annehmen, denn sie konnten sie nicht mehr exportieren, die Lagerbestände waren bereits voll. Im Land selbst ist der Absatzmarkt begrenzt und bringt wenig Geld. Somit gehören diese Frauen im Nordwesten Ghanas zu den am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen. Daneben sind auch ungelernete Arbeiter, z.B. aufgrund des Exporteinbruchs in der Holzindustrie und im Bausektor von der Krise betroffen.

Quellen: FAO/WFP (2009), Schneeweiß (2010), Green / King / Miller-Dawkins (2010).



Verarbeitung der Shea-Nüsse in Ghana, Foto: www.sheabutter-ghana.de

4.3 Ist die Krise schon vorbei?

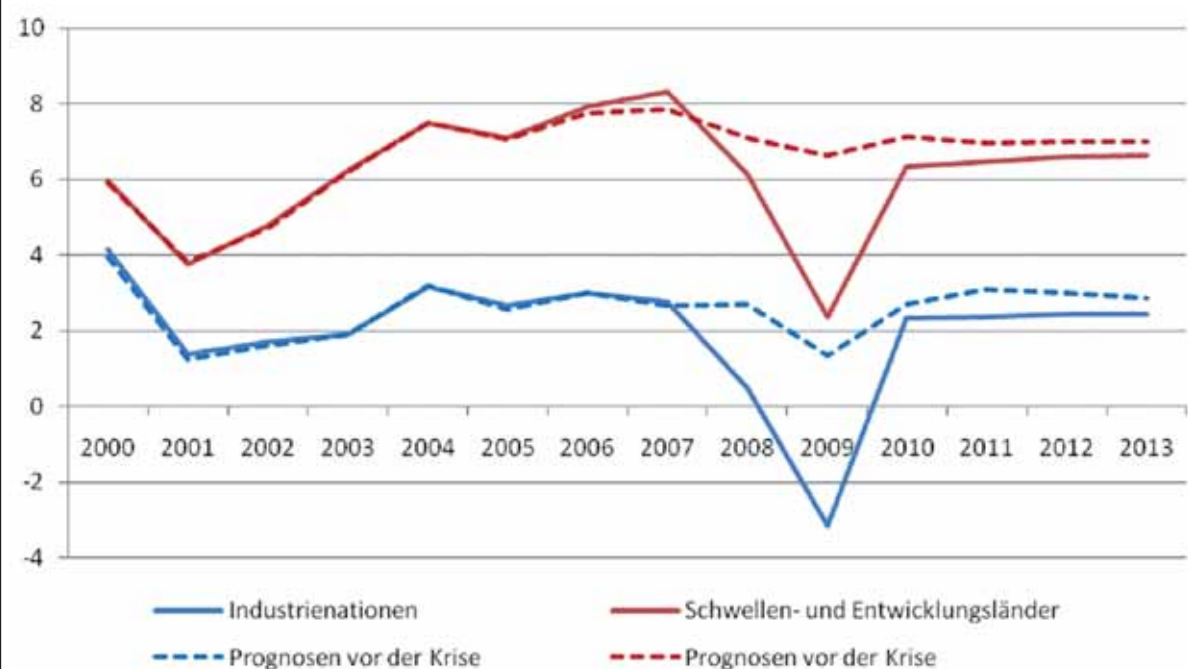
Alle oben beschriebenen Effekte mit den jeweils unterschiedlichen Auswirkungen auf die verschiedenen Länder haben weltweit für deutliche Wachstumseinbußen gesorgt. Wachstum war in den vergangenen Jahren ein wesentlicher Motor, um die Armut zu verringern, auch wenn es, wie beispielsweise in Afrika, kein hinreichender Faktor zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele war. Aber selbst in Subsahara-Afrika lag das Wachstum vor der Krise deutlich über 6 %, in erheblichem Maße beeinflusst von den hohen Rohstoffpreisen. Noch im April 2008 diagnostizierte der IWF ein anhaltend hohes Wachstum für die Schwellen- und Entwicklungsländer (zwischen 6,6 % und 7,1 %) bis zum Jahr 2013. Diese Prognosen mussten nach der Krise nach unten korrigiert werden (vgl. **Abbildung 10**). In den gegenwärtigen Prognosen zeigt die Entwicklung den Verlauf einer V-förmigen Kurve. Demnach hat es einen massiven Einbruch gegeben, der sich auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern vor allem im Jahr 2009 bemerkbar gemacht hat. Schon 2010 sollen die Wachstumsraten jedoch wieder nahezu an die ursprünglichen Prognosen anschließen.⁹⁹

Selbst, wenn sich diese Prognosen bewahrheiten und das Wachstum nach der Krise nachhaltig sein sollte, können selbst kurzfristige Wachstumseinbrüche erhebliche Auswirkungen auf die Situation der Armen haben. Durch die erschwerten Bedingungen bei den Kreditfinanzierungen und bei geringeren Exporten und geringerem Wachstum als erwartet, sinken die Staatseinnahmen. Davon betroffen sind häufig die sozialen Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit. Experten der Weltbank gehen davon aus, dass schon bei einem um 1 % verminderten Wachstum 20 Mio. Menschen in den Entwicklungsländern zusätzlich in die Armut abrutschen könnten.¹⁰⁰ Im Jahr 2008 war ein Rückgang von etwa 1 % und im Jahr 2009 von mehr als 4 % zu ver-

⁹⁹ Der IWF hat seine Schätzung in der aktuellsten Prognose (World Economic Outlook, Update Juli 2010) wieder etwas nach oben korrigiert und geht nun für das Jahr 2010 von einem Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern von 6,8 % aus, wobei allein China wieder Wachstumsraten von über 10,0 % verbuchen kann. In Subsahara-Afrika werden 5,0 % für 2010 und eine weitere Steigerung auf 5,9 % 2011 erwartet.

¹⁰⁰ Weltbank (2008b).

Abbildung 10:
Prognosen über das Wirtschaftswachstum vor und nach der Krise



Quelle: IWF (2007), IWF (2008), IWF (2010b).

zeichnen. Auch für die Jahre 2010 und 2011 liegen die Wachstumserwartungen selbst bei dem optimistischen gegenwärtigen Stand noch unter den ursprünglichen Prognosen. Vor allem bleiben die Entwicklungsländer von den Entwicklungen im internationalen Handel, den Rohstoffpreisen und den Kapitalflüssen und damit von der nur sehr langsamen Erholung in den Industrieländern abhängig, die noch zu schwach ist, um die Produktionslücke zu schließen, die durch die Krise entstanden ist. Gerade für die Länder mit niedrigem Einkommen könnte der Rückgang von Investitionen die Wachstumspotentiale auch in den kommenden Jahren behindern.¹⁰¹

Sicherlich haben die massiven Bankenrettungs- und Konjunkturpakete der Regierungen im Norden und in vielen Schwellenländern dazu beigetragen, dass eine unmittelbare schwere Depression zunächst verhindert werden konnte. Tatsächlich hat sich die Situation auf dem Kreditmarkt entspannt, Rohstoffpreise und Exporte sind wieder angestiegen und Investitionen lohnen sich wieder. Aber ist die Krise deshalb ausgestanden? Für die konkrete Lebenssituation der Menschen trifft das nicht unbedingt zu. So gibt es beispielsweise Aussagen, dass Neueinstellungen oft mit schlechteren Arbeitsbedingungen einhergehen als vor der Krise, weil Arbeitgeber versuchen, die entstandenen Verluste nun über niedrigere Löhne abzuwälzen.¹⁰² Ähnliches gilt für Staatseinnahmen, denn die Zugeständnisse, die viele Staaten möglichen Investoren in Form von weiteren Vergünstigungen gemacht haben, bleiben oft bestehen. Da, wo Kinder in der Krise von der Schule genommen wurden, eine schwangere Frau oder Kinder einer Mangelernährung ausgesetzt waren, können Nachwirkungen oder Schädigungen nachhaltig sein.

Auch stehen die Wachstumsaussichten und vor allem die zukünftige Krisenfestigkeit auf tönernen Füßen. Zum Einen hat sich im Bereich der Finanzmarktregulierung zu wenig getan, als dass die Märkte tatsächlich sicherer geworden wären. Vielfach haben Banken und Investoren wieder angefangen, das günstige Geld der Zentralbanken für spekulative Zwecke zu nutzen. Die Finanzprodukte, die am Ausbruch der Krise maßgeblich beteiligt waren, die Kreditausfallversicherungen, wurden ungehindert weiter eingesetzt und waren so auch am Aufzug der Eurokrise beteiligt. Zum Zweiten ist auch die rasche und nachhaltige Trendwende bei den Wachs-

tumsraten noch keinesfalls gesichert. Der IWF selbst hat in seiner neuesten Aktualisierung der Wirtschaftsaussichten von neuen Risiken für den Wirtschaftsaufschwung gesprochen. So könnten sich z.B. im Zuge der Eurokrise ein sinkendes Vertrauen und ein möglicher Nachfragerückgang vor allem in Europa sowohl auf die Kreditverfügbarkeit als auch auf die internationale Nachfrage auswirken. Die Exportchancen der Entwicklungsländer unterlägen damit einer erneuten Gefährdung.¹⁰³

Zum Dritten haben sich auch grundlegende ökonomische und strukturelle Ungleichgewichte nicht angeglichen. Eine der maßgeblichen Ursachen der Krise waren die weltweiten Unterschiede zwischen den Ländern, die mehr konsumieren als produzieren, allen voran die USA, und Ländern wie China, Deutschland und Japan, die ihr Wachstum vorrangig auf dem Export aufbauen. Damit waren die USA zwar ein wichtiger Wachstumsmotor in den Vorkrisenjahren, dieser Motor wurde aber kreditfinanziert angetrieben. Die hohe (und durch die Rettungsaktionen gestiegene) Verschuldung von Staaten und Bürgern wird in den kommenden Jahren zurückgefahren werden müssen, und das nicht nur in den USA, sondern überall in den Industrieländern. Schon bei den ersten Anzeichen eines Aufschwungs wird überall vom Sparzwang gesprochen, um die ausufernde Staatsverschuldung zurückzufahren.¹⁰⁴ Die Kürzungen von staatlichen Investitionen oder von wichtigen Sozialleistungen ebenso wie die weltweit gestiegene Arbeitslosigkeit könnten so zu einem weiteren Hemmschuh für eine schnelle und nachhaltige Erholung werden.

¹⁰¹ Vgl. UN/DESA (2010).

¹⁰² Vgl. Schneeweiß (2010): In Sambia bieten Kupferminenbetreiber trotz Weltmarktpreisen, die nahezu wieder auf Rekordniveau liegen, ihren Arbeitern Lohnerhöhungen an, die weit unter der Inflationsrate liegen. Auch aus Mosambik wird ein Beispiel zitiert, wonach Arbeitgeber die Finanzkrise verschieben, um Lohnerhöhungen so niedrig wie möglich zu halten.

¹⁰³ Vgl. IWF (2010b).

¹⁰⁴ So fordert der IWF, dass nach 2010 Strategien für den Schuldenabbau greifen sollen (IWF, 2010b), eine Aufforderung, der auch die G8/G20 im Juni 2010 in Kanada folgten, als die Industrienationen sich auf eine Halbierung der Staatsdefizite bis 2013 einigten.

4.4 Finanzkrise und Verschuldung

Auch in vielen Entwicklungsländern hat sich die Verschuldungssituation erheblich verschlechtert. So erlitten viele Rohstoffexporteure in der Krise größere Bilanzdefizite, was teilweise mit vorhandenen Devisenreserven ausgeglichen werden konnte. Da diese aber nicht unerschöpflich sind, kam es im weiteren Verlauf vielfach auch zu einer erhöhten Kreditaufnahme. Nach Aussagen der Weltbank hatten mehr als 43 Entwicklungs- und Schwellenländer im Jahr 2008 ein Leistungsbilanzdefizit von über 10 % des BIP zu verzeichnen. In den vergangenen Jahren waren solche Defizite über Kapitalflüsse aus Investitionen und Rücküberweisungen abgemildert worden. Diese Finanzierungswege brechen nun im Zuge der Finanzkrise ein.¹⁰⁵

Wenn die Devisenreserven aufgebraucht sind, müssen die Defizite durch eine verstärkte Kreditaufnahme im Inland oder im Ausland gedeckt werden. Insgesamt schätzt der IWF, dass die Haushaltsdefizite in drei Viertel aller armen Länder im Zuge der Finanzkrise steigen und benennt selbst das Risiko, dass einige dieser Länder erneut in eine kritische Verschuldungssituation geraten können.¹⁰⁶ In der Regel wird die Gefahr mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer umsichtigen Fiskalpolitik abgetan. Im Klartext heißt das, dass schon sehr bald wieder gespart werden muss.

¹⁰⁵ Vgl. Weltbank (2009c).

¹⁰⁶ Vgl. IWF (2009b).

Beispiel Indonesien: Konjunkturpakete zur Arbeitsbeschaffung

Auch in Indonesien hat die Krise gerade auf dem Arbeitsmarkt zu verschlechterten Arbeitsbedingungen geführt. Durch verkürzte Arbeitszeit und geringere Löhne konnten viele Arbeiterinnen und Arbeiter weniger Geld an ihre Familien auf dem Land überweisen. Auch Sozialleistungen gingen zurück. Einige Firmen nutzten die Finanzmarktkrise als Gelegenheit, um alt gediente Arbeiter durch jüngere zu ersetzen, denen ein geringerer Lohn gezahlt wurde. In einer Fabrik in Serang wurden beispielsweise 79 Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen, die mehr als acht Jahre dort gearbeitet hatten. Kurz darauf wurden jüngere Arbeiter zu ungünstigeren Bedingungen eingestellt. Ältere Frauen hatten besonders unter diesem Trend zu leiden.

Besonders betroffen waren auch die ausgelagerten Arbeitsplätze im informellen Sektor in der so genannten Heimarbeit. So berichtete beispielsweise die indonesische Regierung von 65.200 Entlassungen aufgrund der Finanzmarktkrise, Arbeitgeber gaben aber unter Einbeziehung der ausgelagerten Arbeitsplätze und der Tagelöhner 150.000 bis 200.000 Arbeitsplatzverluste an. Aber selbst viele, die ihre Arbeit behalten hatten, gaben an, dass sie aufgrund der gesunkenen Einkommen beispielsweise ihre Essgewohnheiten ändern mussten.

Fleisch und Fisch wurden vom Speiseplan gestrichen. Arbeitslosigkeit führt hingegen oft zu einer reduzierten Nahrungsaufnahme von nur zwei statt vormals drei Mahlzeiten pro Tag, die Milch für das Babyfläschchen wurde verdünnt, insbesondere Mütter verzichteten auf Nahrung zugunsten ihrer Kinder und Männer.

Aufgrund einer vergleichsweise guten Haushaltslage war Indonesien in der Lage, staatlich finanzierte Konjunkturpakete aufzulegen, die mit 1,4 % des BIP aber geringer ausfielen als in anderen Ländern der Region. Dafür hatten sie einen stärker armuts- und nachfrageorientierten Fokus. Zusätzlich erhielt Indonesien Kredite von der Asiatischen Entwicklungsbank, um Infrastrukturprojekte durchzuführen. Da diese Konjunkturstimuli auch auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet war und vor allem auch kleinere Projekte in den Gemeinden begünstigte, konnten Arbeitsplatzverluste teilweise aufgefangen werden. Zusätzlich wurden Kredite für kleine und mittlere Unternehmen bewilligt und es wurde in landwirtschaftliche Projekte investiert, die auch zum Ziel hatten, die Landwirtschaft vom exportorientierten Fokus stärker auf die inländische Nachfrage umzulenken.

Quelle: Green / King / Miller-Dawkins (2010).

Dabei gilt für die Schwellen- und Entwicklungsländer genau das, was auch für die Industrienationen gilt: In Zeiten einer Krise und eines Konjunkturabschwungs muss der Staat investieren und die Wirtschaft ankurbeln. Tatsächlich haben vor allem die Schwellenländer zum Teil Konjunkturpakete in erheblichen Größenordnungen aufgelegt. Allen voran steht China, das ein Konjunkturpaket von insgesamt 13 % des BIP über zwei Jahre angekündigt hat. Aber auch Malaysia, Argentinien, Chile, Saudi Arabien und Ungarn haben im Jahr 2009 teilweise weit über 2 % ihres BIP zur Ankurbelung der Konjunktur ausgegeben. Insgesamt haben 32 Länder solche Maßnahmen angekündigt.¹⁰⁷ Die meisten Entwicklungsländer haben hierfür jedoch keine Spielräume. Insbesondere in solchen Ländern, in denen schon im Zuge der Nahrungsmittelkrise weite Teile der Devisenreserven aufgebraucht waren und zusätzliche Kredite aufgenommen werden mussten (z.B. Kenia, Äthiopien¹⁰⁸) standen kaum eigene Mittel zur Verfügung und weitere Kredite auf den internationalen Finanzmärkten waren schwer zu bekommen und teuer.

Nach Schätzungen der Weltbank fehlten den Entwicklungs- und Schwellenländern zwischen 350 und 635 Mrd. US-Dollar allein im Jahr 2009, davon 30 bis 45 Mrd. US-Dollar in Subsahara-Afrika.¹⁰⁹ Entsprechend hat die Kreditaufnahme deutlich zugenommen. Um den hohen Finanzierungsbedarf abzudecken, wurden vor allem über den IWF und die Weltbank neue Finanzierungen bereit gestellt. 500 Mrd. US-Dollar sollten allein über den IWF kanalisiert werden. Bis zum September 2009 hatten 32 Länder insgesamt 170 Mrd. US-Dollar an neuen Krediten mit dem IWF vereinbart. Nur 2,5 Mrd. US-Dollar davon waren tatsächlich besonders zinsgünstige Kredite.¹¹⁰ Die Weltbank hat Zahlungen in Höhe von 58,8 Mrd. US-Dollar angekündigt.

Die 20 Schwellen- und Industrieländer, die sich zur Krisenbewältigung in der Gruppe der 20 (G-20) zusammen geschlossen haben, wollen weitere 250 Mrd. US-Dollar für Handelskredite bereitstellen. Was für die Schaffung von Liquidität und die Wiederbelebung des Handels gut sein mag, bedeutet für die Entwicklungsländer jedoch, dass sie die von ihnen nicht verschuldete Finanzkrise mit neuen Krediten bewältigen müssen. Die gleiche Wirkung von mehr Liquidität hätte ein einfaches Schuldenmoratorium gehabt. Wären für die Länder mit niedrigem

Einkommen die Schuldendienstzahlungen in den Jahren 2009 und 2010 ausgesetzt worden, hätten sie insgesamt 26 Mrd. US-Dollar mehr zur Krisenbewältigung zur Verfügung gehabt, ohne sich weiter verschulden zu müssen.¹¹¹

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer ließen nicht lange auf sich warten: 28 Länder mit niedrigem Einkommen hatten bereits im März 2009 die kritische Marke von 60 % Verschuldung im Verhältnis zum BIP wieder überschritten. Das waren mehr als doppelt so viele wie vor der Krise, als dies nur für 12 Länder zutraf. Auch die Weltbank und UNCTAD verwiesen auf die Gefahr zunehmender Verschuldung und ernster Probleme für bis zu 48 der ärmsten Länder.¹¹² Im April 2010 schließlich kommt eine Studie des IWF zu dem Ergebnis, dass bereits 17 Länder mit niedrigem Einkommen ein hohes Verschuldungsrisiko haben und 18 weitere Länder ein mittleres Risiko. Sieben Länder befinden sich nach dieser Untersuchung bereits in einer Situation der Überschuldung.

Auch auf die bereits bestehenden Schulden hatte die Finanzkrise ihre Auswirkungen: Viele Währungen von Entwicklungsländern wurden stark gegenüber den harten Währungen abgewertet,¹¹³ in denen die Schulden gegenüber dem Ausland notiert sind. In der ersten Jahreshälfte 2009 wurden beispielsweise die Währungen in Subsahara-Afrika im Schnitt um 25 % gegenüber dem Dollar abgewertet. Der sambische Kwacha verlor 30 % an Wert. Dies kann zwar

¹⁰⁷ Zitiert nach: Martens/Schultheiß (2009). Hier findet sich auch eine ausführliche Tabelle über die geplanten und für 2009 geschätzten Ausgaben von 32 Ländern zur Konjunkturankurbelung (s. Seite 51).

¹⁰⁸ Bereits im September 2008 hatte der IWF für Länder mit niedrigem Einkommen eine spezielle Kreditlinie zur Abfederung von Preisschocks eingerichtet (Exogenous Shocks Facility: Vgl. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2008/POLO91908A.htm>). Von dieser Möglichkeit machten z.B. Äthiopien und Malawi im Januar 2009, Kenia im Juni 2009, und Äthiopien erneut im August 2009 Gebrauch (vgl. auch Kasten auf S. 35).

¹⁰⁹ Vgl. Weltbank (2009c).

¹¹⁰ Vgl. Eurodad (2009).

¹¹¹ Vgl. UNCTAD (2009).

¹¹² Vgl. Eurodad (2009): Die hier zitierten Quellen sind IWF (2009a), Weltbank (2009c), UNCTAD (2009).

¹¹³ Die starken Kapitalabflüsse üben Druck auf die einheimischen Währungen aus. Das Geld, das abgezogen wird, wird in ausländische Währung umgetauscht, so dass die ausländische Währung stärker nachgefragt und die einheimische Währung stärker angeboten wird.

dazu beitragen, dass die Exporte begünstigt werden, aber bei einer am Boden liegenden Weltkonjunktur sind solche Auswirkungen gering im Vergleich zu der Verteuerung der Schulden.¹¹⁴ Der Wertverlust der einheimischen Währungen hat in vielen armen Ländern dazu geführt, dass selbst bei gleichem Bestand der Wert der Schulden stieg.

Das Wechselkursproblem könnte die Schuldensituation vieler Länder auch dauerhaft verschlechtern. Denn wenn die Wirtschaft in den USA das Problem ihres chronischen Handelsdefizits tatsächlich angehen sollte, dann müssten dort die Zinsen erhöht werden, was mit einem höheren Dollarkurs verbunden wäre. Dadurch werden auch für die Entwicklungsländer die in ausländischer Währung gehandelten Importe (z.B. wichtige Investitionsgüter, Rohstoffe oder Nahrungsmittel) teurer. Sowohl der Zinsanstieg als auch ein steigender Dollarkurs sind ungünstig für die verschuldeten Länder. Denn die Schuldentrückzahlung in US-Dollar wird teurer und die Aufnahme neuer Schulden zur Finanzierung der Importe oder Leistungsbilanzdefizite verteuert sich weiter.

Wenn eine erneute Schuldenspirale vermieden werden soll, müssen vor allem für die ärmsten Länder Zuschüsse zur Bewältigung der Krise und zur Ankurbelung der Konjunktur bereit gestellt werden. Doch wer soll das bezahlen und wie soll es finanziert werden? In der Nacharbeit der Krise wird es nicht nur um die Frage gehen, wie mehr Geld bereitgestellt werden kann, sondern auch um systemische Fragen nach einem

Abbildung 11:
2 Bio. US-Dollar zur Ankurbelung der Konjunktur

	Konjunkturpaket 2009-2010 (in Mrd. US-Dollar)	Geschätzte Ausgaben 2009	
		in Mrd. US-Dollar	in Prozent des BIP
Argentinien	13,2	13,2	3,9
Australien	26,5	11,66	1,1
Belgien	2,52	2,52	0,5
Brasilien	3,6	3,6	0,2
Chile	4,0	4,0	2,2
China	586,0	257,84	6,1
Deutschland	103,3	44,42	1,2
Frankreich	32,75	33,0	1,1
Großbritannien	36,36	33,81	1,2
Indien	4,0	4,0	0,3
Indonesien	6,15	6,15	1,2
Italien	6,3	6,3	0,3
Japan	110	70,4	1,5
Kanada	31,06	15,53	1,0
Korea	25,0	12,5	1,3
Malaysia	18,2	9,1	4,2
Mexiko	54,0	22,14	1,9
Niederlande	7,56	7,56	0,8
Neuseeland	5,0	5,0	3,7
Norwegen	2,9	2,9	0,6
Philippinen	6,84	3,42	1,3
Portugal	2,77	2,77	1,1
Russland	20,0	20,0	1,1
Saudi Arabien	60,0	21,0	4,0
Schweiz	1,34	1,34	0,3
Spanien	14,05	14,05	0,8
Südafrika	3,76	3,76	1,3
Thailand	8,32	3,16	1,2
Ungarn	6,5	6,5	4,0
USA	787,0	251,84	1,8
Vietnam	1,0	1,0	1,1
Gesamt	1.989,98	894,48	
davon:			
Industrieländer	1.194,41	515,60	
Entwicklungs- und Schwellenländer	795,57	378,87	

Quelle: Martens/Schultheiß (2009).

alternativen Wachstumsmodell, nach Umverteilung und Steuergerechtigkeit. Gerade die Finanzmarktkrise hat die Schwächen des gegenwärtigen Systems mehr als deutlich vor Augen geführt. Damit verbunden ist aber auch eine Chance, dass neue Lösungsinstrumente auch an systemischen Voraussetzungen rütteln.

¹¹⁴ Vgl. Eurodad (2009).

5. Wege für die Klima- und Entwicklungsfinanzierung

5.1 Drei Krisen – ein System

Es ist kein unglücklicher Zufall, dass sich die Weltgemeinschaft gleich mit mehreren Krisen gleichzeitig auseinandersetzen muss. Die Klimakrise schwelt schon lange und geht zurück auf einen energieintensiven Entwicklungspfad in den Industrienationen, der heutige und zukünftige ökologische Kosten weitgehend ausblendet. In ihr werden die Grenzen des Wachstums in Form von Ressourcenknappheit, Überlastung des ökologischen Raums und Gefährdung der biologischen Vielfalt am deutlichsten.

Das äußert zaghafte Umdenken auch bei den Mainstreamökonominnen hin zu einem umweltverträglicheren (»grünen«) Wachstum macht deutlich, dass Wirtschaftsinteressen in den Entscheidungen der Politik sehr viel stärker verankert sind als das gesellschaftliche Interesse des Allgemeinwohls. Das zaghafte Umdenken konzentriert sich allenfalls auf die Frage, wie Wirtschaftswachstum mit weniger Ressourcen- und Energieverbrauch stattfinden kann. Es fragt nicht, ob die Bemessungsgrundlage für den gegenwärtigen Wachstumsbegriff eigentlich die Richtige ist. Was genau soll eigentlich wachsen? Die Produktion von Waren und Dienstleistungen, der monetäre Wohlstand (meist nur für einige wenige), oder die Qualität von Bildung oder Gesundheitsversorgung, faire Arbeitsbedingungen für alle oder ganz einfach das Wohlbefinden des Einzelnen?¹¹⁵

Ebenso deutlich werden die Zusammenhänge in dem zeitlichen Zusammentreffen der Nahrungsmittel- und Energiekrise mit der Finanzmarktkrise. Auch hier haben die Interessen der Finanzwirtschaft die Politik immer stärker zurückgedrängt. Die Folge waren weitgehend deregulierte Märkte, die es der Finanzbranche ermöglichten, immer mehr und ausdifferenzierte, letztlich aber undurchschaubare Produkte auf den Markt zu bringen, die eine hohe Rendite bei vermeintlich niedrigem Risiko versprochen. Es ist geltendes Paradigma, dass der Staat sich weitgehend aus dem wirtschaftlichen Treiben herauszuhalten hat, der Markt sich am besten

von selbst regelt und das knappe Gut Geld zwar die Anlagemöglichkeit mit der höchsten Renditeerwartung sucht, gleichzeitig aber auch die Risikoeinschätzung in die Anlageentscheidung einbezieht.

Es ist damit ein Entwicklungsmodell entstanden, das nicht nur auf permanentes (wirtschaftliches) Wachstum setzt, sondern zunehmend auch den Menschen aus dem Zentrum des wirtschaftlichen Handelns herausnimmt, und stattdessen Wirtschafts- und Kapitalinteressen hofiert. Die teilweise überzogenen Renditeerwartungen von Anlegern und Banken gehen dabei weit über die Steigerungsmöglichkeiten der Realwirtschaft hinaus. Die eigentliche Funktion der Finanzwirtschaft, die Bereitstellung von Liquidität für die Wirtschaft, ist zunehmend verschwunden. Die Finanzmärkte und ihre Akteure wurden somit zu den wesentlichen Treibern der Probleme unserer Zeit, die sich in den drei globalen Krisen widerspiegeln: ökologische Gefahren und Klimawandel, soziale Ungleichheiten, Armut und Hunger weltweit, sowie ökonomische Instabilitäten.¹¹⁶ Mit dem Zusammentreffen der drei Krisen ist eben jenes Entwicklungsmodell in die Krise geraten.

Die Kosten tragen die Entwicklungsländer

Für alle drei Krisen tragen die Entwicklungsländer entweder absolut oder relativ zu ihren Wirtschaftsleistungen die höchsten Kosten. Bei der Nahrungsmittelkrise und der Finanzmarktkrise sind diese Kosten real schon angefallen z.B. in Form von höheren Importpreisen für Nahrungsmittel, ungünstigen Finanzierungsmöglichkeiten oder dramatischen Exporteinbrüchen. Die Unterstützung, die die Länder dabei erhalten ha-

¹¹⁵ Vgl. Brot für die Welt / EED / Südwind (2010).

¹¹⁶ Vgl. Müller (2010).

ben, ist nicht selten selbst kreditfinanziert, meist über den IWF. Mindestens für die ärmsten Länder, aber auch für zahlreiche weitere Länder, die unverschuldet in Mitleidenschaft der Krise geraten sind, muss eine Zuschussfinanzierung sicher gestellt werden. Auch verstärkte Investitionen in die Landwirtschaft zum Schutz vor den zu erwartenden Anstiegen der Nahrungsmittelpreise und zur Stärkung der Eigenversorgung müssen zukünftig bezuschusst werden. In Bezug auf die Nahrungsmittelpreise ist die internationale Gemeinschaft vor allem darin gefordert, der Spekulation mit Nahrungsmitteln Einhalt zu gebieten.

Auch in Bezug auf die Klimakrise sind regional unterschiedlich bereits hohe Kosten entstanden, z.B. in Form von Ernteausfällen, Tropenstürmen oder Überschwemmungen. Diese Kosten sind schwieriger zuzuordnen, da es klimatisch bedingte Katastrophen auch vorher schon gegeben hat. Je größer und aufsehenerregender die Katastrophe durch die Medien transportiert wird, desto höher ist in der Regel auch das Spendenaufkommen von staatlicher und privater Seite. Zahlreiche kleine Katastrophen, Anpassungsprozesse und Auswirkungen klimatischer Veränderungen, die sich stärker im Verborgenen abspielen sind bislang jedoch hoffnungslos unterfinanziert. Vor allem aber sind die zukünftigen Herausforderungen in der

Klimafrage enorm. Gerade für die ärmsten Länder müssen hier entsprechende Finanzausgaben aus dem Norden, von den Hauptverursachern des Klimawandels, deutlich machen, dass es der internationalen Gemeinschaft nicht nur ernst ist mit der Bekämpfung des Klimawandels, sondern auch damit, dass die Auswirkungen den Kampf gegen Hunger und Armut nicht noch weiter erschweren. Dazu gehört ein klares Bekenntnis zu den MDG mit der entsprechenden Aufstockung der Entwicklungshilfe auf das lange versprochene 0,7 %-Ziel gekoppelt mit einer zusätzlichen Klimafinanzierung.

In den kommenden Jahren belaufen sich allein die Anpassungskosten auf 50 bis 100 Mrd. US-Dollar jährlich. Diese müssten ausschließlich als Zuschuss vergeben werden. Hinzu kommt eine ähnlich hohe Summe für die Vermeidung von CO₂-Emissionen auch im Süden, die allenfalls für einige weiter entwickelte Schwellenländer teilweise als Kredit vergeben werden könnten. Damit sind aber noch nicht alle Klimafolgekosten verhindert, denn es wird noch immer zu klimabedingten Katastrophen kommen, für die Soforthilfe bereit gestellt werden muss. Die auch schon in der Vergangenheit beobachtete stetige Zunahme der Katastrophenhilfe darf indes nicht zulasten einer langfristigen Entwicklungsfinanzierung gehen.

5.2 Die Krise als Chance nutzen

Wie soll das alles bezahlt werden? Und wie kann das geschehen, ohne dass die Entwicklungsländer, die am wenigsten zum Entstehen der verschiedenen Krisenkonstellationen beigetragen haben, erneut in eine Verschuldungsfalle geraten? Bei der Diskussion um Lösungs- und Finanzierungsmöglichkeiten muss es vor allem auch um die systemischen Fragen gehen. Die Diskussion fängt bei strukturellen Fragen der internationalen Kooperation und Wirtschaftsbeziehungen an und geht über Fragen unseres Entwicklungsmodells und unserer gegenwärtigen Lebensstile bis zu systemischen Fragen von der Rolle des Allgemeinwohls und des Staates als Garant desselben in Relation zu den Interessen von Wirtschaft und Kapital. Das alles wird an dieser Stelle nicht diskutiert werden können. Aber auch die Diskussion um Finanzierungsmöglichkeiten bietet bereits viel Raum,

Antworten auf die Ursachen der gegenwärtigen Krisen unserer Zeit einzubeziehen.

5.2.1 Wer soll das bezahlen?

Seit die enormen Rettungspakete für die Finanzbranche und im weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise auch für Länder der Eurozone riesige Löcher in die Haushalte der Industrieländer gerissen haben, ist die Diskussion um neue Finanzierungsmöglichkeiten allgegenwärtig geworden. Schon jetzt wird betont, dass die enormen globalen Zukunftsaufgaben nicht alleine über die öffentlichen Mittel der Industrienationen gestemmt werden können. Dies gilt umso mehr, als im Zuge der Finanzmarktkrise und der hohen Staatsverschuldung in den Industrienationen der Sparzwang die Haushaltsverhandlungen

Beispiel Ecudao: »Besser gut leben als besser leben«¹¹⁷

Was macht gutes Leben eigentlich aus? Geht es um materiellen Wohlstand oder können der Erhalt der Umwelt und ein solidarisches Miteinander zu einem besseren Leben beitragen? Für den ecuadorianischen Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta ist klar: »Ohne ein grundsätzliches Umdenken laufen arme und reiche Länder gleichermaßen auf einen kollektiven Selbstmord zu.« Acosta, der lange Zeit auch in der westlichen Welt studiert und gelebt hat, ist es gelungen, die Weltanschauung andiner Völker vom »Guten Leben« (auf Quechua »sumak kawsay«) aus der romantisierenden und folkloristischen Ecke zu holen und fest in der ecuadorianischen Verfassung zu verankern. »Sumak kawsay« bedeutet für die andinen Völker des Landes vor allem ein harmonisches Miteinander von Mensch und Natur, mit besonderer Berücksichtigung gemeinschaftlicher Werte, die allen Mitgliedern gleichermaßen materielle, soziale und spirituelle Zufriedenheit gewährleisten soll. Individuelles Handeln darf nicht auf Kosten anderer Mitglieder gehen und darf die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährden.

Die Verankerung dieses Grundsatzes in der neuen ecuadorianischen Verfassung von 2008 (wie zuvor schon in der bolivianischen Verfassung) ist dabei durchaus auch als theoretisches Gegenkonzept zum gängigen Modell stetigen materiellen Wachstums zu sehen. Noch findet das Konzept im politischen Tagesgeschäft selbst der linken Regierungen in Lateinamerika nicht unbedingt eine umfassende Anwendung, doch darf der Vorschlag der ecuadorianischen Regierung, Teile der Erdölvorkommen unangetastet zu lassen (vgl. Kasten auf S. 58) als ein erster Versuch gedeutet werden, ökologische Grundsätze stärker zu berücksichtigen und den Menschen und seine Lebensqualität stärker in den Mittelpunkt wirtschaftlichen und staatlichen Handelns zu stellen.

*Quelle: Süddeutsche Zeitung
vom 11. Januar 2010.*

der kommenden Jahre dominieren wird, wohingegen sowohl im Bereich der Entwicklungsfinanzierung, als auch im Bereich der Klimafinanzierung eine drastische Aufstockung schon mit sofortiger Wirkung notwendig wäre.

Gleichzeitig wird bereits sehr offen die Unreichbarkeit des 0,7 %-Ziels diskutiert und neben der Mischung öffentlicher und privater Mittel vor allem die Steigerung der Effektivität propagiert.¹¹⁸ So wünschenswert solche Maßnahmen auch sein mögen, angesichts der enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen, müssen sie zusätzlich zu einer Steigerung der Entwicklungszusammenarbeit stattfinden. Angesichts knapper Haushaltskassen ist die Gefahr aber sehr real, dass eine Steigerung der Effektivität gegen die Erreichung des 0,7 %-Ziels ausgespielt wird.

Auch die Mischung öffentlicher und privater Mittel ist gängige Praxis in der bisherigen Entwicklungsfinanzierung. Nicht selten sind solche Kooperationsvorhaben mit der (Teil-)Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen verbunden. Die Erfahrungen, vor allem in den ärmeren Entwicklungsländern sind dabei durchaus gemischt. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass weder die erhofften Effizienzsteigerungen zugunsten einer Armutsbekämpfung stattgefunden haben, noch im Vergleich zum Einsatz öffentlicher Mittel ausreichend private Mittel mobilisiert werden konnten.¹¹⁹ Öffentlich finanzierte Begleitmaßnahmen, wie Sektorreformen und Institutionenförderung, die das Risiko der privaten Investoren senken sollen, sind dabei teilweise kreditfinanziert und gehen damit zu Lasten der Partnerländer.¹²⁰

Im Bereich eines klimafreundlichen Technologietransfers, also der Bereitstellung von neuen Technologien, die es auch Entwicklungsländern ermöglichen, ihren Ausstoß an CO₂ zu reduzieren, können private Investitionen unter bestimmten Bedingungen durchaus eine wichtige Rolle spielen. Dies betrifft vor allem die weiter

¹¹⁷ Titel eines Artikels in der Süddeutschen Zeitung vom 11.01.2010.

¹¹⁸ Vgl. Wolff (2010). Vgl. auch die Äußerungen des Ministers Dirk Niebel (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) über die Erreichbarkeit des 0,7 %-Ziels und die Effektivität von Entwicklungszusammenarbeit im März 2010. Abrufbar unter: <http://www.handelsblatt.com/newsticker/politik/entwicklungshilfe-niebel-stellt-entwicklungshilfeziel-infrage;2541507>

¹¹⁹ Vgl. Gtz/KfW (2005), zitiert nach Fritz (2006).

¹²⁰ Fritz (2006).

entwickelten Schwellenländer. Sie können durch einen solchen Transfer nicht nur hohe CO₂-Einsparungen verbuchen, sondern das vermittelte Wissen in einem entsprechenden institutionellen Umfeld auch oft besser anwenden, anpassen und für sich weiter entwickeln. Gerade in den ärmsten Entwicklungsländern, wo es viel grundsätzlicher z.B. um die Bereitstellung von Energie in bislang nicht erschlossenen Gebieten geht, wo die ärmsten und am stärksten Betroffenen oft in entlegenen Gebieten leben oder wo es um den Aufbau notwendiger Institutionen geht, ist vor allem der öffentliche Sektor gefragt. Es muss vorrangig mit Zuschüssen gearbeitet werden, um die Verschuldung nicht zusätzlich anzukurbeln.

Letztlich werden verschiedene Instrumente angewandt werden müssen, um die notwendigen Summen aufbringen zu können. Eine ganze Reihe von Vorschlägen liegt dafür bereits auf dem Tisch. Dank der hohen Haushaltsdefizite in den Industrieländern im Zuge der Finanzmarktkrise kommen nun auch solche Instrumente in die Diskussion, die auch versuchen, die Krisenverursacher zur Finanzierung heranzuziehen.¹²¹ So sollen beispielsweise über verschiedene Instrumente die Verursacher des Klimawandels zur Kasse gebeten werden. Die Idee dahinter ist, dass eine Art Gebühr oder Steuer umweltschädigendes Verhalten abstrafft. Somit können nicht nur neue Ressourcen mobilisiert werden, sondern es findet auch eine Lenkungsfunktion hin zu verstärktem ökologischem Handeln statt. Über eine ähnliche Lenkungswirkung im Bereich der Finanzmarktregulierung verfügt die Besteuerung von Finanztransaktionen. Andere Instrumente wiederum versuchen, Geldmittel in Entwicklungsländern bereit zu stellen, ohne dass neue öffentliche Gelder mobilisiert werden müssen. Einige dieser Instrumente sollen im Folgenden vorgestellt werden.

5.2.2 Emissionshandel

Im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen in Kyoto haben sich die Industrienationen dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2012 den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Um dies zu erreichen, haben einige Staaten beispielsweise ein Handelssystem mit Emissionszertifikaten eingerichtet, in dem einzelne Länder

oder Industrien die Berechtigung zum Ausstoß von Treibhausgasen (in Form von Zertifikaten) kaufen oder verkaufen können. Hierfür wird zunächst eine Obergrenze an Treibhausgasemissionen für ein bestimmtes Territorium und einen bestimmten Zeitraum festgelegt. Diese Gesamtmenge an zulässigen Treibhausgasemissionen wird auf die beteiligten Industrien umgelegt und jeweils entsprechende Zertifikate zugeteilt oder versteigert. Wer mit der zugeteilten Menge nicht auskommt, sondern mehr Emissionen ausstößt, kann entsprechende Zertifikate von solchen Unternehmen kaufen, die in den Umweltschutz investiert haben und so die Zielmarke sogar unterschreiten konnten. Der größte und umfassendste Handel mit solchen Zertifikaten findet im Emissionshandelssystem der EU statt.

Obwohl das europäische Handelssystem für Emissionsrechte im internationalen Vergleich als vergleichsweise fortschrittlich gilt, hat es etliche Defizite. Diese haben u.a. dazu beigetragen, dass bei weitem nicht so viele Gelder generiert wurden (und damit auch zu wenige Anreize für die Industrie geschaffen wurden) wie möglich gewesen wäre. So gibt es für zahlreiche Industrien Ausnahmeregelungen bis hin zur gesamten Befreiung.¹²² Auch soll der Flugverkehr erst ab 2012 in das Handelssystem einbezogen werden, der Schiffsverkehr bleibt weiterhin ausgeschlossen. Vor allem aber waren die kostenfreien Zuteilungen an die einzelnen Industrien viel zu hoch. Denn nur wenn die Gesamtmenge, die ausgestoßen werden darf, ausreichend gering ist, werden erstens Anreize für klimafreundliche Investitionen geschaffen und zweitens über die Versteigerung der Zertifikate, die zugekauft werden müssen, mehr Gelder mobilisiert.

Im Jahr 2013 tritt auch das Europäische Handelssystem in eine neue Phase, dessen Ausgestaltung wichtig sein wird für die Frage, wie viele Gelder generiert werden können und wie hoch somit auch die Lenkungswirkung für den not-

¹²¹ Insbesondere in der Diskussion um die Entwicklungsfinanzierung zur Erreichung der MDG wurden noch viele andere Vorschläge gemacht, die hier nicht alle aufgezählt werden können. Sie reichen von der Einführung einer weltweiten Lotterie über verschiedene marktbasierende Ansätze und Wirtschaftsabkommen bis hin zu Vorschlägen für internationale Steuern z.B. auf Waffenkäufe, Luxusgüter und privaten Initiativen, über viele Kleinstbeträge im Internethandel größere Summen zu mobilisieren. Vgl. hierzu <http://www.leadinggroup.org/rubrique20.html>

¹²² Gegenwärtig sind rund 12.000 Anlagen in 30 Ländern im System integriert.

wendigen Umbau der Wirtschaft ist. Insgesamt sollen dann im Schnitt 50 % der Zertifikate versteigert werden.¹²³ Der Erlös läge dann bis zum Jahr 2020 bei etwa 26 Mrd. Euro, die an die nationalen Haushalte verteilt werden. Welcher Anteil davon dann tatsächlich in die Klima- und Entwicklungsfinanzierung fließt, liegt bei den nationalen Entscheidungsgremien.

Als globale Weiterentwicklung eines solchen Systems hat die Norwegische Regierung im Vorfeld der Klimaverhandlungen auf Bali im Jahr 2009 einen Vorschlag eingebracht, nach dem ab 2012 für alle Industrienationen nationale Emissionsrechte in Teilen versteigert werden könnten, um so eine verlässliche Klimafinanzierung bereit stellen zu können. Jedes Industrieland, das das Kyoto Protokoll unterzeichnet und sich zu Treibhausgasreduktionen verpflichtet hat, erwirbt eine bestimmte Menge solcher Rechte, die in der Höhe seinen selbst gemachten Reduktionsverpflichtungen entsprechen. Ähnlich wie im Emissionshandelssystem der EU könnten solche Rechte nun gratis ausgegeben oder in Teilen versteigert werden. Vorausgesetzt, die USA würde sich an einem solchen Vorschlag beteiligen, könnten je Prozentpunkt, der versteigert wird, 9,2 Mrd. US-Dollar eingespielt werden.¹²⁴ Würden also nur 5 % dieser nationalen Zuteilungen versteigert, entspräche das 46 Mrd. US-Dollar. Damit könnten bereits die jährlichen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel teilweise finanziert werden.

Dieser Vorschlag spielt in den gegenwärtigen internationalen Debatten leider keine große Rolle mehr. Umso wichtiger ist eine konsequente Weiterentwicklung des Emissionshandelssystems der EU, bei dem die Einsparziele so hoch angesetzt werden, dass sie den internationalen Herausforderungen des Klimawandels und der Verantwortung der EU entsprechen.¹²⁵ Allein in Deutschland könnten so 6 Mrd. Euro jährlich bereit gestellt werden.¹²⁶

5.2.3 Flugticketabgabe

Der Flugverkehr verursacht jährlich 730 Mt CO₂-Emissionen mit enormen Wachstumsraten in den letzten Jahren. Gingen diese Entwicklungen unvermindert weiter, könnte der Flugverkehr bis zum Jahr 2050 bereits 25 % des globalen Emissionsausstoßes ausmachen. Über teils erhebli-

che Steuervergünstigungen in vielen Ländern, wie beispielsweise die Befreiung von der Kerosin- oder Mehrwertsteuer, wird der Flugverkehr gegenüber anderen Verkehrsmitteln sogar noch stark begünstigt.¹²⁷ Eine Abgabe auf Flugtickets soll daher nicht nur Gelder mobilisieren, sie soll auch diesen Wettbewerbsvorteil abbauen und den kleinen Teil der Weltbevölkerung zur Verantwortung ziehen, der damit zum Klimawandel beiträgt. Die Abgabe auf Flugtickets ist ein Instrument, das bereits seit einigen Jahren von Ländern wie Frankreich, Großbritannien oder Chile u.a. auch zur Entwicklungsfinanzierung eingeführt wurde. Auf diese Weise wurde über kleine zusätzliche Gebühren in drei Jahren 1 Mrd. US-Dollar zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria bereit gestellt.¹²⁸

In Deutschland ist dieses Instrument im Rahmen der Spardiskussionen nach der Finanzmarktkrise auf die Agenda gekommen. Es ist Teil des Sparpakets der Bundesregierung, mit dem jedes Jahr 10 Mrd. Euro eingespart werden sollen. 1 Mrd. Euro käme demnach über eine fixe Abgabe pro Flug zwischen 9 Euro und 40 Euro für Kurz-, Mittel- oder Langstrecken zusammen.¹²⁹ Dies ist ein bescheidener Anfang. Der Frachtverkehr ist weiterhin nicht mit einbezogen. Eine stärker gestaffelte Abgabe, die die Entfernung, den Platzbedarf z.B. von Business oder First Class Plätzen, Auslastung und Gewicht berücksichtigt, könnte auch unter Einbeziehung des Frachtverkehrs das Dreifache einbringen. Dann könnte beispielsweise jedes Flugzeug als Ganzes nach Entfernung und Gesamtgewicht (unabhängig von Ladung oder Anzahl der mitfliegenden Passagiere) belastet werden.

¹²³ Dabei soll beispielsweise im Stromsektor eine 100 % Versteigerung gelten, die Airlines müssen auch weiterhin nur 15% ihrer Zertifikate ersteigern. Bis 2020 soll es aber gar keine freien Zuteilungen mehr geben. Vgl. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/35&format=HTML&age=0&language=EN&guiLanguage=en>.

¹²⁴ Vgl. Center for Clean Air Policy (2009). Ausgehend von einem Preis von 40€/Tonne CO₂.

¹²⁵ Um die Emissionsreduktionen bis 2050 auf einen guten Pfad zu lenken, sollten bis 2020 nicht nur 20 % Einsparungen, sondern 40 % angestrebt werden.

¹²⁶ Vgl. FÖS (2010). Ausgehend von einem Preis von 30 € / Tonne.

¹²⁷ Allein in Deutschland belaufen sich die Subventionen durch die Steuerbefreiungen auf 11 Mrd. Euro. Vgl. Umweltbundesamt (2010).

¹²⁸ Vgl. <http://www.unitaid.eu/>

¹²⁹ Diese Sätze sollen allerdings wieder gesenkt werden, wenn der Flugverkehr 2012 in das Emissionshandelssystem der EU einbezogen wird.

Der große Vorteil einer solchen Abgabe ist ihr gutes nationales Umsetzungspotential, wie die genannten Beispiele zeigen. Umgekehrt werden von der Luftfahrtindustrie immer auch Wettbewerbsnachteile als Gegenargument vorgebracht.¹³⁰ Wenn eine Flugticketabgabe in der Höhe festgelegt werden soll, dass sie tatsächlich ökologische Lenkungswirkung erzielt, wäre eine internationale (oder wenigstens EU-weite) Einführung sicher wünschenswert. Eine Initiative der Malediven hatte den Vorschlag gemacht, dass weltweit 6 US-Dollar pro Ticket in der Economy Class und 62 US-Dollar in der Premium Class für Anpassungsfinanzierung an den Klimawandel erhoben und in den Anpassungsfonds (UNFCCC) fließen sollte. Dadurch könnten 8–10 Mrd. US-Dollar jährlich generiert werden.

Für eine nennenswerte Lenkungswirkung sind solche oder die in Deutschland vorgesehenen Sätze jedoch zu gering. In Großbritannien werden gegenwärtig je nach Entfernung bis zu 200 Euro erhoben. Die Einbeziehung des Flugverkehrs in das Emissionshandelssystem der EU könnte bei einer weitgehenden Versteigerung der Zertifikate und angemessenen Reduktionsverpflichtungen eine solche Lenkungswirkung besser erfüllen. Dann könnte eine zusätzliche Abgabe eben denen zugute kommen, die unter den Emissionen am stärksten zu leiden haben, d.h. den Menschen in den Entwicklungsländern, und in einen entsprechenden Fonds fließen. Solange dies nicht gewährleistet ist, muss jedoch – wie in Frankreich und Großbritannien – das Geld nicht nur zum Stopfen von Haushaltslöchern, sondern auch maßgeblich für eine Klima- und Armutsfinanzierung verwendet werden.

5.2.4 Die ökologische Schuld und Entschuldung

Mit dem hohen Finanzierungsbedarf, den die Folgen des Klimawandels und die Herausforderungen für einen CO₂-armen Entwicklungspfad mit sich bringen werden, steigt die Gefahr einer neuen Verschuldungswelle, wenn nicht ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Gerade von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Kampagnen aus dem Süden ist die Forderung laut geworden, dass es eigentlich der Norden ist, der angesichts des enormen historischen und gegenwärtigen CO₂-Ausstoßes, dem jahrhun-

dertelangen Raubbau und dem Verbrauch von Ressourcen und globalen öffentlichen Gütern beim Süden in einer ökologischen Schuld steht. Die Forderungen beziehen daher auch einen umfassenden Schuldenerlass ein.

Eine solche Verrechnung von ökologischer Schuld mit tatsächlichen Schulden hat einen gewissen Charme, birgt aber auch Gefahren. Damit würde eine Entschuldungs- mit einer Reparationsdebatte vermischt, denen jeweils eine unterschiedliche Argumentationsgrundlage unterliegt. Bei der Entschuldungsdebatte geht es darum, welche entwicklungspolitischen Wirkungen Kredite haben und unter welchen Bedingungen sie auch in Zukunft sinnvoll einen Beitrag zur Entwicklung leisten können. Ein Pauschalerlass auch solcher Kredite, die entwicklungspolitisch sinnvoll waren, gewissermaßen als Freikauf des Nordens, könnte dann eine sinnvolle zukünftige Kreditvergabe entmutigen. Umgekehrt sollten Forderungen, die als illegitim gelten, weil sie beispielsweise an Diktatoren vergeben wurden, und teilweise sogar dazu dienten, die eigene Bevölkerung zu unterdrücken, von vorne herein gestrichen werden, ohne dies mit irgendeiner »ökologischen Schuld« zu verrechnen.

Tatsächlich aber haben Schuldenerlasse für die ärmsten Länder in den vergangenen Jahren einen Beitrag dafür geleistet, dass in den entschuldeten Ländern Haushaltsmittel für soziale Ausgaben frei gesetzt wurden, die vormals in den Schuldendienst gesteckt wurden.¹³¹ Vor allem im Rahmen der Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete arme Länder (HIPC) konnten mit Beginn des Jahrtausends und besonders ab 2005 teilweise erhebliche Mittel freigesetzt werden. In vielen Ländern hat es dadurch tatsächlich Erhöhungen im Sozialhaushalt gegeben. Viele arme Länder und alle Länder mit mittleren Einkommen sind von dieser Initiative allerdings ausgeschlossen.

Somit können auch bestehende Schulden, selbst wenn sie aus entwicklungspolitischer Sicht sinnvoll waren, zur Klima- und Entwicklungsfinanzierung herangezogen werden. Ein Instru-

¹³⁰ Fraport-Chef Stefan Schulte hält den Gesetzesentwurf der Bundesregierung jedoch für akzeptabel und erwartet keine Abwanderungen auf andere Fluggesellschaften durch die geplante Abgabe. Vgl. Beitrag in der Süddeutschen Zeitung vom 23.07.2010: »Frankfurter Flughafen kann mit Steuer leben.«

¹³¹ Im Durchschnitt sind die Sozialausgaben in den entschuldeten Ländern um 2 % des BIP gestiegen. Vgl. IWF/Weltbank (2009).

Beispiel Ecuador: Die Yasuní-ITT Initiative

Eine wegweisende Initiative, die auch Schuldenerlasse mit einbezieht, stellt der Vorschlag der ecuadorianischen Regierung zum Schutz des Regenwaldes dar. Er sieht vor, dass Erdölreserven, die im Nationalpark Yasuní lagern, nicht gefördert werden, und dafür Ausgleichszahlungen der internationalen Gemeinschaft an die ecuadorianische Regierung gezahlt werden, die diese Einnahmen wiederum in Projekte der Armutsbekämpfung, der sauberen Energiegewinnung und des Umweltschutzes steckt.

Der Korridor Ishpingo-Tambococha-Tiputini (ITT) liegt im Nationalpark Yasuní und zeichnet sich nicht nur durch eine einzigartige Artenvielfalt aus, in der auf engstem Raum 165 Säugetier- und 630 Vogelarten leben. In diesen Raum haben sich auch zwei Völker aus der indigenen Huaorani Kultur zurückgezogen, um in freiwilliger Isolation zu leben. Diese beiden Völker und die geschützte Artenvielfalt wären durch die Förderung von Erdöl bedroht. In dem Gebiet werden 846 Mio. Barrel Rohöl vermutet, das entspricht einem Fünftel der bestätigten Vorkommen Ecuadors und dem weltweiten Ölverbrauch von nur acht Tagen. Bleibt dieses Öl im Boden, wird ein CO₂-Ausstoß von etwa 400 Mio. Tonnen vermieden. Hinzu kommt die positive CO₂-Wirkung durch die vermiedene Abholzung von Regenwaldgebieten.

Erdöl ist eines der wichtigsten Exportprodukte für das kleine südamerikanische Land, in dem noch immer 38 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. Die Einnahmen aus dem Ölexport wären daher wichtig für das Land. Da sowohl der Schutz des Regenwaldes als auch der vermiedene CO₂-Ausstoß im internationalen Interesse stehen, sieht der Vorschlag der ecuadorianischen Regierung vor, dass sich die internationale Gemeinschaft zur Hälfte an den Kosten der entgangenen Einnahmen beteiligen soll. In den kommenden 13 Jahren soll die internationale Gemeinschaft rund 2,7 Mrd. US-Dollar aufbringen und in einen Treuhandfonds einzahlen, aus dessen Zinsen die sozialen und Umweltprojekte finanziert werden sollen.

Die Initiative wurde bereits im Jahr 2007 von der ecuadorianischen Regierung vorgestellt und fand weltweit rasch breite Unterstützung, darunter auch beim deutschen und Europäischen Parlament. Lange Zeit gab es dennoch innerhalb der ecuadorianischen Regierung ein Tauziehen und mehrmals drohte Präsident Rafael Correa das Projekt platzen zu lassen und mit den Bohrungen zu beginnen. Im August 2010 schließlich wurde eine Vereinbarung zwischen Vertretern der ecuadorianischen Regierung und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP für die Einrichtung eines

Treuhandfonds unterzeichnet. In einen solchen Fonds könnten beispielsweise auch Mittel aus einem Schuldenerlass fließen.

Der Yasuni-Nationalpark in Ecuador mit seiner einzigartigen Artenvielfalt, Foto: Geoff Gallice / Flickr.com



Quellen: Acosta (2009), Tageszeitung taz vom 05.08.2010.

ment hierfür ist schon seit langer Zeit bekannt, findet aber nur noch sehr wenig Anwendung: Die Schuldenumwandlung für Entwicklung. Hierfür werden seitens des Gläubigers bestehende Schulden gestrichen unter der Voraussetzung, dass der Schuldner (je nach Entwicklungsstand) einen bestimmten Prozentsatz, zumeist in einheimischer Währung, in einen sozialen Fonds oder ein bestimmtes Entwicklungs- oder auch Klimaschutz- oder Anpassungsprojekt steckt. Die Schweiz hatte sich Ende der 1990er Jahre aller seiner Forderungen an die Entwicklungsländer auf diese Weise entledigt und sogenannte Gegenwertfonds gebildet. Gegenwärtig macht sich auch der Globale Fond zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria dieses Instrument zunutze, allerdings noch in sehr bescheidenem Umfang.¹³²

Das Potential dieser Finanzierungsmaßnahme könnte enorm sein. Gegenwärtig beträgt die Verschuldung der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen 1,4 Bio. US-Dollar, der jährliche Schuldendienst des öffentlichen Sektors beläuft sich auf 206 Mrd. US-Dollar.¹³³ Solange die Schuldenerlasse jeglicher Art aber auf das 0,7 %-Ziel angerechnet werden, was in den meisten Industrieländern der Fall ist, ist das für die Entwicklungsländer gewissermaßen ein Nullsummenspiel. Wird die entsprechende Quote nicht erhöht, bedeutet ein Schuldenerlass, dass weniger frisches Geld in den Entwicklungshaushalt fließt. Aber auch viele private Gläubiger halten noch Forderungen, die nicht bedient werden. Ende des Jahres 2004 lagen hier Zahlungsrückstände in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar vor. Anstatt solche Forderungen zu hohen Abschlägen auf dem freien Markt z.B. an Hedge Fonds zu verkaufen, die später auf dem Klageweg den vollen Betrag plus Zinsen einfordern, könnten hier mit entsprechender internationaler Unterstützung Finanzmittel in sinnvolle Entwicklungs- und Klimaprojekte umgelenkt werden.

5.2.5 Finanztransaktionssteuer

Insbesondere nach Ausbruch der Finanzmarktkrise haben Forderungen nach der Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen an Bedeutung gewonnen. Die Finanzkrise hat in einzigartiger Weise die Schwächen des deregulierten Finanzmarktes offen gelegt. Beobachtungen

deuten darauf hin, dass es auf den Finanzmärkten eher ein Übermaß an Liquidität gibt. Gerade der spekulative und technische Handel mit Derivaten (»Wetten«) ruft Überreaktionen des Marktes und exzessive Preisschwankungen hervor.¹³⁴ Von daher verfolgen solche Forderungen vor allem auch regulierende und stabilisierende Effekte. Mit diesem Anspruch haben sie eine lange Tradition. Schon in den 1930er Jahren forderte der Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes mittels einer Steuer auf Finanztransaktionen auf den Aktienmärkten spekulative Geschäfte stärker einzudämmen. In den 1970er Jahren brachte James Tobin eine Transaktionssteuer auf Devisengeschäfte ins Gespräch, die auch von der weltweiten attac-Bewegung aufgegriffen wurde.

Im Rahmen dieser Bewegung fand auch der Ertragsaspekt mehr und mehr Bedeutung. Mittels einer Steuer, die nunmehr auf alle Finanztransaktionen gefordert wird, können selbst bei einem minimalen Steuersatz sehr hohe Summen mobilisiert werden, die, so die Forderung der sozialen Bewegungen, in die großen globalen Herausforderungen unserer Zeit investiert werden könnten, allen voran die Klima- und Entwicklungsfinanzierung. Angedacht ist eine allgemeine Steuer auf alle Finanztransaktionen, d.h. sowohl auf Transaktionen mit Währungen und Derivaten, als auch mit Aktien, Rohstoffen oder Nahrungsmitteln. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat berechnet, dass bei einer weltweiten Einführung einer derartigen Finanztransaktionssteuer von 0,05 % 600 Mrd. US-Dollar generiert werden könnten, das entspricht 1,2 % des weltweiten BIP. 289 Mrd. US-Dollar (1,63 % des BIP) entfielen dabei auf Europa.¹³⁵

Auch wenn eine solche Steuer allein sicher nicht alle spekulativen Blasen in der Zukunft verhindern kann, so hätte selbst eine geringe Besteuerung stabilisierende Effekte mit einer Lenkungswirkung auf die Finanzmärkte. Durch sie werden gerade die kurzfristigen spekulativen

¹³² Bislang haben nur Deutschland und Australien Schuldenumwandlungen mit Indonesien und Pakistan ausgehandelt.

¹³³ Vgl. Weltbank (2009c).

¹³⁴ Vgl. Schulmeister (2009).

¹³⁵ Vgl. Schulmeister (2010). Diese Berechnungen berücksichtigen bereits, dass durch die Steuer einige Transaktionen durch den gewünschten Lenkungseffekt nicht mehr stattfinden würden.

Geschäfte uninteressant, wohingegen die Steuer für längerfristige Geschäfte nicht ins Gewicht fällt. Vor diesem Hintergrund ist es verwunderlich, dass die Politik sich noch immer zögerlich zeigt, eine Finanztransaktionssteuer umzusetzen. Weniger verwunderlich ist es hingegen, dass sie seitens der Politik überhaupt erst auf die Agenda gesetzt wurde, nachdem die Haushaltslöcher im Zuge der Rettungspakete zur Bewältigung der Finanzmarktkrise immer unbeherrschbarer zu werden drohten. In Europa hat vor allem nach der Eurokrise die Diskussion an Fahrt aufgenommen. Eine Beteiligung der wichtigsten Umschlagsplätze in Europa, London und Frankfurt, wäre dabei von zentraler Bedeutung.

Neben den stabilisierenden Effekten ist vor allem das Ertragspotential interessant. Gleichzeitig wären die Einnahmen vor allem in den großen Finanzzentren besonders hoch, da dort viele Transaktionen stattfinden. Aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit wäre es angesichts so hoher Summen wichtig, dass die Gelder nicht nur zum Stopfen von nationalen Haushaltslöchern verwendet werden. Selbst wenn der Zusammenhang zwischen Finanztransaktionssteuer und Klima- und Entwicklungsfinanzierung nicht so plausibel sein mag, wie beispielsweise bei der Flugticketabgabe oder dem Emissionshandel, wo die Verursacher klimaschädlicher Emissionen direkt belastet werden, sollten derartige Instrumente, vor allem wegen ihres hohen Potentials dennoch maßgeblich auch für die Klima- und Entwicklungsfinanzierung eingesetzt werden.

5.2.6 Schließen von Steueroasen

Schließlich und endlich geht es nicht nur darum, wie weltweit zusätzlich Geld mobilisiert werden kann, um es ärmeren Ländern zur Bewältigung der globalen Krisen zur Verfügung zu stellen. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit wird immer häufiger davon gesprochen, dass es auch in der Verantwortung der Entwicklungsländer selbst liegt, interne Mittel zu mobilisieren. Dies geschieht über Steuersysteme, die in vielen Entwicklungsländern zu wenig ausgebildet sind und nur über schwache Regulierungsbehörden verfügen. Die Folge ist, dass hohe Steuereinnahmen beispielsweise über die Mehrwertsteuer erzielt werden, die arme Menschen über Gebühr

belastet und verhältnismäßig leicht zu erheben ist. Die Besteuerung von Vermögen und Einkommen reicher Eliten oder großer, oft ausländischer Unternehmen trägt demgegenüber einen verhältnismäßig geringen Beitrag zum gesamten Steueraufkommen bei.

Das liegt aber nicht nur an nationalen Steuersystemen und staatlichen Institutionen, die sie überwachen sollen, sondern auch an der internationalen Infrastruktur und der Existenz von Steuer- und Verdunkelungsoasen. In solchen Steueroasen herrscht niedrige oder keine Besteuerung. Sie erlauben es vor allem Großunternehmen und reichen Einzelpersonen, ihre Gewinne und Vermögen zu transferieren und sich so ihrer Verantwortung zu entziehen, einen fairen Beitrag zur Aufrechterhaltung nationaler Infrastruktur, wie Straßen, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu leisten. Äußerste Geheimhaltung und Intransparenz sind oberste Devisen in solchen Schattenfinanzzentren, aus denen nur wenige, vornehmlich die reichsten Menschen, Nutzen ziehen.

Insgesamt wird das Vermögen, das in solchen Finanzzentren angelegt ist, auf ein Drittel des gesamten weltweiten Vermögens geschätzt. Auch der internationale Handel wird zur Hälfte über diese Steuer- und Verdunkelungsoasen abgewickelt. Für die Entwicklungsländer bedeutet die Existenz solcher Steueroasen massive Einnahmeausfälle. Angesichts der Geheimhaltungspraxis sind die tatsächlichen Ausfälle schwer zu ermitteln. Schätzungen gehen davon aus, dass den Entwicklungsländern allein durch die Steuervermeidung auf Einkommen und Vermögen von reichen Einzelpersonen Einnahmen in Höhe von 250 Mrd. US-Dollar jährlich entgehen.¹³⁶ Das ist mehr als doppelt so viel wie der Zufluss an Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2009. Mit diesen Einnahmen könnten in vielen Ländern nicht nur sämtliche Anpassungskosten an den Klimawandel finanziert werden, sondern auch die erforderliche Summe zur Erreichung der MDG aufgebracht werden. Hinzu kommen Steuerausfälle von großen Unternehmen, die Steuern auf Wertschöpfung und Gewinne oft nicht in den Ländern abführen, wo sie erzielt werden. Andere Schätzungen gehen daher weit

¹³⁶ Vgl. Tax Justice Network, abrufbar unter: http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcat=2&idart=2&client=1&change_lang=2

darüber hinaus und schätzen die Einnahmeausfälle auf Summen zwischen 859 Mrd. US-Dollar und 1,06 Bio. US-Dollar.¹³⁷ Nicht zuletzt begünstigen die Steueroasen illegale Machenschaften, Korruption und Terrorismus.

Da die reichen Eliten in den Ländern selbst kein großes Interesse daran haben, diese Situation zu ändern, oft sogar korrupte Diktatoren die Vorteile des Systems nutzen und ihr Finanzvermögen in diese Finanzzentren verschieben, muss sich vor allem an der internationalen Infrastruktur etwas ändern. Letztendlich profitieren alle davon, wenn nationale Steuersysteme gestärkt

werden. Hierfür bedürfte es mehr Transparenz und eines automatischen Austauschs zwischen Steuerbehörden und der Offenlegung finanzieller Angelegenheiten seitens der Unternehmen und Informationen über Aktionen, die sie in den einzelnen Ländern tätigen und der entsprechenden Gewinne. Gewinne müssen da versteuert werden, wo sie anfallen, und dürfen nicht in Niedrigsteuerränder verschoben werden. Durch solche Maßnahmen könnte nicht zuletzt die Abhängigkeit von ausländischer Entwicklungshilfe reduziert und durch eigene Steuereinnahmen ersetzt werden.

5.3 Fazit

Die Krisen unserer Zeit sind nicht mehr nur lokal begrenzt. Die Welt ist vernetzt, die Grenzen sind offener denn je und die Aktionen in einem Teil der Welt haben ihre Wirkungen auf der anderen Seite des Globus. Die Herausforderungen, denen sich die Weltgemeinschaft gegenüber sieht, sind enorm. Die Folgen der Finanzmarktkrise sind bei weitem noch nicht ausgestanden, da bildet sich bereits die nächste Investitionsblase auf dem Mikrokreditmarkt.¹³⁸ Die Preise für Getreide steigen wieder auf Rekordhöhen. Auch klimatisch bedingte Ernteaufschläge in Russland, Indien und Europa tragen dazu bei. Insgesamt kann der Sommer 2010 mit seinen Dürren in Russland und Indien und dramatischen Überschwemmungen in Pakistan ein Beispiel dafür werden, auf welche Art von Meldungen und Herausforderungen wir uns auch in Zukunft einstellen müssen.

Unser Entwicklungsmodell ist in die Krise geraten. Die Herausforderungen werden zweifellos dann am größten sein, wenn es darum geht, unser gegenwärtiges Wachstumsparadigma zu hinterfragen. Vor allem die Klimakrise, aber auch die Entwicklungen auf den Finanzmärkten zeigen, dass ein bedingungsloses materielles Wachstum nicht unendlich fortgeschrieben werden kann. Grassierender Hunger weltweit und die zunehmend auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich machen zudem deutlich, dass es ein Verteilungsproblem gibt. Es gibt nicht zu wenig Nahrungsmittel und Güter auf der Welt, sie sind nur falsch verteilt. Die Debatte über unser Entwicklungsmodell und eine

neue Form der Wachstumsdynamik hat gerade erst begonnen. Ein wirkliches Umdenken ist allerdings noch nicht in Sicht. Eine Lösung dieser Frage dürfte die größte Herausforderung für die Zukunft sein.

Verhältnismäßig klein erscheint dagegen die Herausforderung, wie die gegenwärtigen Auswirkungen der globalen Krisen finanziert werden können. Auch diese Aufgabe erscheint angesichts der enorm hohen Summen zunächst unlösbar. Bei genauerem Hinsehen wird aber schnell deutlich, dass es eine Reihe von Vorschlägen gibt, die nicht nur hohe Kapitalsummen dort abziehen wollen, wo sie sich angehäuft haben, und so das Verteilungsproblem angehen. Die meisten dieser Vorschläge haben auch eine Lenkungswirkung, das heißt, sie versuchen über bestimmte Kosten die Verursacher der Krise zur Kasse zu bitten oder krisenauslösende Ursachen einzudämmen.

Die Kombination der oben beschriebenen Maßnahmen kann die Bereitstellung der notwendigen Summen möglich machen. Einige dieser Maßnahmen sind auf nationaler oder regionaler Ebene bereits eingeführt worden oder stehen in der Diskussion (wie beispielsweise das Europäische Emissionshandelssystem, die Flugticketabgabe oder auch Börsenumsatzsteuern). Oft generieren sie aber nicht die höchstmöglichen Mittel, nicht selten weil bei einer einseitigen

¹³⁷ Kar / Cartwright-Smith (2008).

¹³⁸ Vgl. die Tageszeitung taz vom 03.08.2010 »Selbstmord wegen 25 Rupien«.

gen Einführung auf dem globalen Markt Wettbewerbsnachteile befürchtet werden. Zudem gibt es Begehrlichkeiten auch von anderen Seiten. So wird die Finanztransaktionssteuer, die lange Zeit von zivilgesellschaftlicher Seite vor allem zur Finanzierung von Entwicklungshilfeszusagen gefordert wurde, in der Politik überhaupt erst nach der Eurokrise ernsthaft diskutiert – seitdem aber mit dem Ziel, Haushaltslöcher stopfen zu können.

Die einseitige nationale oder regionale Einführung verschiedener Maßnahmen ist ein erster Schritt hin zu einer weltweiten Umsetzung. Das Europäische Emissionshandelssystem hat

gezeigt, dass die europäischen Industrien nicht unter der Belastung zusammengebrochen sind, die Flugticketabgabe in Großbritannien und Frankreich hat zu keiner Abwanderung von Flugreisenden geführt und London ist trotz Börsenumsatzsteuer der größte Handelsplatz für Finanztransaktionen in Europa. Was fehlt ist meist der politische Wille. Mehr Mut seitens der Politiker wäre daher wünschenswert, nicht nur auf eine weltweite Umsetzung zu drängen, die zweifellos am besten wäre, sondern nötigenfalls auch selbst voranzugehen. Dies könnte auch als Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte über unser Entwicklungsmodell dienen.

6. Anhang

6.1 Literatur

- Acosta, Alberto (2009):** Auf der Suche nach dem verlorenen Paradies, in: EED (Hrsg.): http://www.eed.de//fix/files/doc/eed_090511_verlorenes_Paradies_Acosta_de.pdf.
- Baer, Paul/ Tom Athanasiou, Sivan Kartha, Erik Kemp-Benedict (2008):** The Greenhouse Development Rights Framework – The Right to Development in a Climate Constrained World. Revised Second Edition. Berlin. <http://gdrights.org/wp-content/uploads/2009/01/thegdrsframework.pdf>.
- Bauer, Steffen (2009):** Weltpolitik in aufgeheizter Atmosphäre: Frieden und Sicherheit in Zeiten des Klimawandels und der Multipolarität, in: Die Friedenswarte Heft 84.2009/ 2, S. 45–70.
- BBC online (2008):** Food crisis looms in East Africa; 22.07.2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7520286.stm>.
- Bello, Walden (2010):** Politik des Hungers, dt. Ausgabe, Berlin, Hamburg, 2010.
- Brot für die Welt, EED, BUND (Hrsg.) (2008):** Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt; Fischer Taschenbuch Verlag.
- Brot für die Welt, EED, SÜDWIND (Hrsg.) (2010):** Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe; Bonn. http://www.suedwind-institut.de/downloads/2010-03-01_Studie_Wirtschaft-braucht-neue-Massstaebe.pdf.
- Center of Clean Air Policy (2009):** Norway's Proposal to Auction Assigned Amount Units: Implementation Options; http://www.regjeringen.no/upload/MD/Vedlegg/Rapporter/Norways_Proposal_to_Auction_Assigned_Amount_Units_090911.pdf
- CIFOR (Hrsg.) (2009):** The impacts and opportunities of oil palm in Southeast Asia. What do we know and what do we need to know?
- Climate Action Network CAN (2009a):** Fair, Ambitious & Binding – Essentials for a successful Climate Deal, http://www.climatenetwork.org/climate-change-basics/CAN_FAB_Essentials.pdf
- Climate Action Network CAN (2009b):** CAN Finance Position Paper – Scale and Sources of Support for Developing Country Adaptation, Mitigation and Capacity Building. http://climatenetwork.org/climate-change-basics/by-meeting-and-date/bonn-ii-june-2009/CANfinance_position-scale_and_sourcesFinal7June2009.pdf
- COAST (2007):** Climate Change: Potential Threat and Coastal Vulnerabilities; Position Papers; <http://www.coastbd.org/index.htm>.
- Deutsche Welle (2009):** Fokus Afrika – Afrikas Leid mit dem Klimawandel; DW-Radio (mp3) 06.12.2009; http://www.dw-world.de/popups/popup_single_mediaplayer/0,,5019580_type_audio_struct_6173_contentId_5019563,00.html
- Erlassjahr.de / Kindernothilfe (2010):** Schuldenreport 2010.
- EURODAD (2009):** Debt in the Down turn; Brüssel.
- FAO Food and Agriculture Organisation (2009a):** More people than ever are victims of hunger; Presseerklärung der Welternährungsorganisation FAO vom 15. Juni 2009; http://www.fao.org/fileadmin/user_upload/newsroom/docs/Press%20release%20june-en.pdf
- FAO (2009b):** The State of Agricultural Commodity Markets 2009; <http://www.fao.org/docrep/012/i0854e/i0854e00.htm>
- FAO (2009c):** Food Outlook – Global Market Analysis, June 2009; <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/011/ai482e/ai482e00.pdf>
- FAO (2009d):** The market and food security Implications of the Development of Biofuel Production; Rom, 2009.
- FAO / WFP (2009):** The State of Food Insecurity in the World.
- FÖS Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2010):** Eckpunktepapier Klimafinanzierung; Konferenzpapier, Juni 2010.
- Fritz, Thomas (2006):** Schleichende Privatisierung, Kritik der deutschen und internationalen Entwicklungshilfe im Wassersektor; Blue 21/FDCL; <http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Schleichende-Privatisierung.pdf>
- Gaia Foundation, Biofuelwatch, African Biodiversity Network, Salva La Selva, Watch Indonesia, EcoNexus (2008):** Agrofuels and the Myth of the Marginal Lands, Briefing, September 2008; <http://www.gaiafoundation.org/documents/Agrofuels&MarginalMyth.pdf>
- GEF Global Environmental Facility (2010):** Progress towards Impact – Fourth Overall Performance Study of the GEF; http://www.thegef.org/gef/sites/thegef.org/files/documents/OPS4-Executive%20Version_ENGLISH.pdf
- Germanwatch (2008):** Globaler Klimawandel – Ursachen, Folgen, Handlungsmöglichkeiten; Bonn, 2008 (2. Auflage).

- Grebmer, Klaus von, Bella Nestorova, Agnes Quisumbing, Rebecca Fertziger, Heidi Fritschel, Rajul Pandya-Lorch, Yisehac Yohannes (2009):** Welthunger-Index 2009; Welthungerhilfe, IFPRI, Concern Worldwide (Hrsg.); Bonn, Washington D.C., Dublin, Oktober 2009. <http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/WHI/Welthunger-Index-2009.pdf>
- Green, Duncan, Richard King, May Miller-Dawkins (2010):** The Global Economic Crisis and Developing Countries; Oxfam Research Report; May 2010. http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/economic_crisis/downloads/rr_gec_and_developing_countries_full_en_260510.pdf
- Gyampoh, B.A., S. Amisah, M. Idinoba and J. Nkem (2009):** »Using traditional knowledge to cope with climate change in rural Ghana«; in: FAO (Hrsg.) *unasyva* 231/232, vol. 60, S. 70–74.
- GTZ/KfW, 2005:** Private Sector Participation in Urban Water Supply in Sub-Sahara Africa. Final Report. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit/Kreditanstalt für Wiederaufbau, November, Frankfurt am Main.
- Hufschmid, Jörg (2009):** »Die Krise der Finanzmärkte und die Antworten der Regierungen«; in: *Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus – Dokumentation*; Düsseldorf, Bonn, Osnabrück, Berlin; http://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/doku_onlineversion.pdf.
- ICEM – International Centre for Environmental Management (2009):** Forum Report – Mekong Delta Climate Change Forum 2009; http://www.icem.com.au/02_contents/01_homepage/documents/mdcc_forumreport_i.pdf; Präsentation von Le Cong Thanh: National Target Program of Vietnam to Respond to Climate Change, http://www.icem.com.au/02_contents/06_materials/documents/mdcc%20report/8_le_cong_thanh_en.pdf.
- IFPRI International Food Policy Research Institute (2008):** Hohe Nahrungsmittelpreise – Konzept für die Wege aus der Krise; Policy Paper, Mai 2008; <http://www.ifpri.org/sites/default/files/publications/foodpricespolicyactiongr.pdf>
- IFPRI (2010):** Global Trade and Environmental Impact Study of the EU Biofuels Mandate. Final Report March 2010. Prepared by: Perrihan Al-Riffai / Betina Dimaranan / David Laborde.
- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (2007):** Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change – Synthesis Report.; (Hrsg.) R.K. Pachauri und A. Reisinger; IPCC, Genf; http://www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_ipcc_fourth_assessment_report_synthesis_report.htm.
- IRIN (2008):** Ghana: Food crisis prompts budget rethink; Meldung vom 23. Mai 2008. <http://www.irinnews.org/report.aspx?ReportId=78389>.
- IWF Internationaler Währungsfond (2007):** World Economic Outlook, April 2007 – Data base; <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2007/01/data/index.aspx>.
- IWF (2008):** World Economic Outlook, April 2008 – Data base; <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/01/weodata/index.aspx>.
- IWF (2009a):** The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income-Countries; Washington; March, 2009.
- IWF (2009b):** The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income-Countries – An Update; Washington; September, 2009.
- IWF (2010a):** World Economic Outlook, April 2010 – Rebalancing Growth; Washington. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/01/pdf/text.pdf>
- IWF (2010b):** World Economic Outlook, April 2010 – Data base; <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/01/weodata/index.aspx>
- IWF (2010c):** Preserving Debt Sustainability in Low Income Countries in the Wake of the Global Crisis.
- IWF / Regierung Äthiopien (2009):** Request for disbursement under the rapid-access component of the exogenous shocks facility; <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2009/cr0934.pdf>.
- Kaloga Alpha O. / Sven Harmeling (2010):** Briefing on the 10th meeting of the Adaptation Fund Board, Germanwatch, <http://www.germanwatch.org/klima/afb2010-06.pdf>.
- Kar, Dev / Devon Cartwright-Smith (2008):** Illicit Capital Flight from Developing Countries: 2002–2006; Global Financial Integrity – Executive Report; <http://www.gfip.org/storage/gfip/documents/executive%20-%20final%20version%2005-14-09.pdf>.
- Knoke, Irene (2009):** Die Armen tragen der Reichen Last? – Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklungsländer; SÜDWIND; http://www.suedwind-institut.de/downloads/2009-08_SW_Die_Armen-tragen-der-Reichen-Last.pdf
- Martens, Jens, Antje Schultheiß (2010):** Die globale Entwicklungskrise – Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für Armutsbekämpfung und Entwicklung; *terre des hommes*, Global Policy Forum (Hrsg.), Januar 2010.
- Mertineit, Anja (2007):** »Pflanzenvielfalt sichert Überleben«; in: *eins* Entwicklungspolitik, Klimawandel und Gerechtigkeit, 17/18, 2007.
- Müller, Michael (2010):** »Die Grenzen des Wachstums – Die Herausforderung unserer Zeit«; in: *Wohlstand durch Wachstum – Wohlstand ohne Wachstum – Wohlstand statt Wachstum ? Forum Umwelt und Entwicklung* (Hrsg.) Rundbrief II/2010; <http://www.docs.forumue.de/rundbriefe/201002.pdf>.
- OECD (2009):** Integrating Climate Change into Development Co-operation – Policy Guidance

- OECD/DAC (2009):** Aid Statistics – data and databases; http://www.oecd.org/document/16/0,3343,en_2649_34447_42396496_1_1_1,00.html.
- Oxfam (2007):** Mit Biosprit in die Armut? Warum die EU-Pläne für Biokraftstoffe katastrophale Folgen für arme Menschen haben könnten; Positionspapier, November 2007; http://www.oxfam.de/download/mit_biosprit_in_die_armut.pdf
- Oxfam (2010):** Climate Finance Post-Copenhagen; Oxfam Briefing Note, May 2010; http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/climate_finance_post-copenhagen_200510.pdf
- Parry, Martin, Nigel Arnell, Pam Berry, David Dodman, Samuel Fankhauser, Chris Hope, Sari Kovats, Robert Nicholls, David Satterthwaite, Richard Tiffin, Tim Wheeler (2009):** Assessing the Costs of Adaptation to Climate Change: A Review of the UNFCCC and Other Recent Estimates, International Institute for Environment and Development and Grantham Institute for Climate Change, London.
- Paul, James A., Katarina Wahlberg (2008):** A new Era of World Hunger? – The Global Food Crisis Analyzed; FES Dialogue on Globalization, August 2008.
- Schneeweiß. 2010:** Wer spannt den Rettungsschirm für die Armen? – Die Ursachen der Finanzmarktkrise im Norden und ihre Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Schwellenländer; SÜDWIND.
- Schulmeister, Stephan (2009):** »Die Finanztransaktionssteuer – Konzept, Begründung, Effekte«; in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, W&E Hintergrund Dezember 2009.
- Schulmeister, Stephan (2010):** Boom-Bust Cycles and Trading Practices in Asset Markets, the Real Economy and the Effects of a Financial Transactions Tax, WIFO Working Paper 364/2010; http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38641&typeid=8&display_mode=2.
- Spiegel online (2007):** Experten schlagen Alarm – Seuchenausbruch befürchtet; 07.02.2007; <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,464978,00.html>
- Stern, Nicolas (2006):** Stern Review Report on the Economics of Climate Change; Deutsche Zusammenfassung: Der wirtschaftliche Aspekt des Klimawandels; http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Stern_Review_148906b_LONG_Executive_Summary_GERMAN.pdf.
- Tänzler, Dennis, Adelphy Research (2009):** Entwicklungsrisiko Klimawandel: Die Notwendigkeit kooperativer Ansätze; Diskussionspapier SWP Berlin, Januar 2009; http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5672
- Telepolis (2007):** Tortilla-Krise in Mexiko; 29.01.2007; <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24543/1.html>
- Umweltbundesamt (2010):** Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Aktualisierung für das Jahr 2008, Dessau-Roßlau Juni 2010.
- United Nations (2010):** The Millennium Development Goals Report 2010, New York; http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Static/Products/Progress2010/MDG_Report_2010_En.pdf
- UNCTAD – United Nations conference on Trade and Development (2008):** Tackling the Global Food Crisis; UNCTAD Policy Brief No. 2, Juni 2008.
- UNCTAD – United Nations conference on Trade and Development (2009):** The least developed countries report 2009; <http://www.unctad.org/Templates/webflyer.asp?docid=11721&intItemID=4952&lang=1&mode=toc>
- UN/DESA United Nations Department of Economic and Social Affairs (2010):** Retooling Global Development – World Economic and Social Survey 2010; New York.
- UNDP United Nations Development Programme (2007):** Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008 – Den Klimawandel bekämpfen; Berlin/Bonn.
- Unmüßig, Barbara (2009):** Die Weltbank in der Klimafinanzierung – IWF und Weltbank als Retter in der Not?; Heinrich Böll Stiftung, 2. Oktober 2009; <http://www.boell.de/stiftung/struktur/struktur-7578.html>
- USDA United States Department of Agriculture (2009):** Indonesia: Palm Oil Productions Growth to continue, 19. März 2009, <http://www.pecad.fas.usda.gov/highlights/2009/03/Indonesia>.
- Wahl, Peter (2008):** Spekulation untergräbt Recht auf Nahrung; WEED; <http://www.weed-online.org/aktuell/presse/1834223.html>.
- WBGU Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2007):** Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel, Hauptgutachten 2007; Berlin, Heidelberg; http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.html
- WBGU (2008):** Welt im Wandel – Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung; Hauptgutachten 2008, Berlin; http://www.wbgu.de/wbgu_jg2008.html.
- Weltbank (2008a):** A note on rising food prices; Policy Research Working Paper 4682; http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2008/07/28/000020439_20080728103002/Rendered/PDF/WP4682.pdf
- Weltbank (2008b):** Global Financial Crisis – Responding Today, Securing Tomorrow; Background Paper prepared by the World Bank Group, G20 Summit on Financial Markets and the World Economy; Washington, D.C., November 15, 2008; <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:21972885~pagePK:64257043~piPK:437376~theSitePK:4607,00.html>

Weltbank (2009a): World Development Report 2010 – Development and Climate Change; Washington, DC.

Weltbank (2009b): The Economics of Adaptation to Climate Change; Washington, DC.

Weltbank (2009c): Global Development Finance 2009 – Charting a Global Recovery.

Weltbank (2010): Migration and Development Brief 12: Outlook for Remittance Flows 2010–11; Washington; <http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/MigrationAndDevelopmentBrief12.pdf>

Weltbank/IWF (2009): Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative and Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI)—Status of Implementation; September 2009; <http://www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/082807.pdf>

Welthungerhilfe (2010): Weltarmutsgipfel: Gemischte Bilanz der Millenniumsziele; Brennpunkt Nr. 14,

Juli 2010; http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Brennpunkte/Brennpunkt_Nr._14_Weltarmutsgipfel.pdf.

Wick, Ingeborg (2009): Frauenarbeit im Schatten: Informelle Wirtschaft und Freie Exportzonen; SÜDWIND, ELKB (Hrsg.); Siegburg, München; http://www.suedwind-institut.de/download-p-u/2009-11-03_SW-ELKB-Studie_Frauenarbeit-im-Schatten.pdf.

World Resources Institute (2008): Financing Adaptation: Opportunities for Innovation and Experimentation; Conference Paper, November 2008; http://pdf.wri.org/financing_adaptation.pdf.

Wolff, Peter (2010): Ist das 0,7%-Ziel in der Entwicklungszusammenarbeit noch relevant? DIE Kolumne 03.05.2010; www.die-gdi.de.

WWF World Wildlife Fund (2007): Indonesia At Risk: Climate Change Threatens People And Nature; <http://www.sciencedaily.com/releases/2007/11/071130170615.htm>

6.2 Abkürzungsverzeichnis

BIP

Bruttoinlandsprodukt

CAN

Climate Action Network – Klimaaktionsbündnis

CDM

Clean Development Mechanism – Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung

FAO

Food and Agriculture Organisation – Welternährungsorganisation

GEF

Global Environmental Facility – Globale Umweltfazilität (der Weltbank)

HIPC

Heavily Indebted Poor Countries – Hoch verschuldete arme Länder

IPCC

Intergovernmental Panel on Climate Change – Weltklimarat

IWF

Internationaler Währungsfonds – International Monetary Fund

LDCF

Least Developed Countries Fund – Klimafond für die am wenigsten entwickelten Länder

MDG

Millennium Development Goals – Millennium Entwicklungsziele

NAFTA

North American Free Trade Agreement – Nordamerikanisches Freihandelsabkommen

NAPA

National Action Plan for Adaptation – Nationaler Aktionsplan zur Anpassung

OECD

Organisation for Economic Co-operation and Development – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

SCCF

Special Climate Change Fund – Spezialfond zum Klimawandel

UN

United Nations – Vereinte Nationen

UNCTAD

United Nations Conference on Trade and Development – Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung

UNDP

United Nations Development Programme – Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

UNFCCC

United Nation Framework Convention on Climate Change – Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen

WFP World Food Programme – Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Bitte schicken Sie mir:

☐ Weitere Exemplare dieser Publikation

☐ Publikation (Titel eintragen):

.....
.....

☐ Informationen zur SÜDWIND-Stiftung

☐ Den aktuellen Jahresbericht

☐ Eine Publikationsliste

☐ Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den vier Mal jährlich erscheinenden Newsletter.

Meine E-Mail-Adresse:

.....

Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname

Ggf. Institution

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich mache mit!

☐ Ja, ich/wir möchte/n SÜDWIND-Mitglied werden

Name, Vorname

Ggf. Institution

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Telefon

Datum, Unterschrift

WC 13003

Mein jährlicher Beitrag:

Als stimmberechtigtes persönliches Mitglied:

☐ 70,00 ☐ 140,00 ☐ 210,00 ☐ €

Als Fördermitglied: ☐ €

Als stimmberechtigte Institution: ☐ 250,00 €

Machen Sie es sich und uns einfach! Mit einer Einzugsermächtigung reduzieren Sie Verwaltungskosten. Zu Jahresbeginn erhalten Sie von uns eine Zuwendungsbestätigung für das Finanzamt.

Einzugsermächtigung

Hiermit erlaube ich SÜDWIND e.V. bis auf Widerruf, meinen Mitgliedsbeitrag von € von meinem Konto einziehen zu lassen.

Zutreffendes bitte ankreuzen:

☐ Jährlich ☐ Halbjährlich

Wenn das Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, entsteht keine Verpflichtung für die Bank, den Betrag einzulösen.

Bank:

Kontonummer:

Bankleitzahl:

Kontoinhaber:

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte hier abtrennen und an SÜDWIND senden oder faxen.

Machen Sie mit!

SÜDWIND lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Setzen Sie sich mit uns für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Über unsere Veröffentlichungen erhalten Sie Anregungen dazu, was Sie selbst im alltäglichen Leben tun können, um sich gegen Armut und Ungleichheit einzusetzen.

Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Kontakt:

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60, 53721 Siegburg
Tel.: 02241-5 36 17
Fax: 02241-5 13 08
E-Mail: info@suedwind-institut.de
Website: www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank (BLZ 350 601 90)
Konto-Nr.: 99 88 77



Wer soll das bezahlen?

Klimakrise. Nahrungsmittelkrise. Finanzmarktkrise.

Drei große Krisen haben die Weltgemeinschaft in den vergangenen Jahren mehr und mehr herausgefordert: Die Klimakrise, die Nahrungsmittelkrise und zuletzt die Finanzmarktkrise. Dabei wird deutlich, dass die Entwicklungsländer von allen Krisen absolut oder relativ zu ihrer Wirtschaftsleistung sehr viel stärker betroffen sind als der reiche Norden, obwohl sie zu ihren Ursachen kaum etwas beigetragen haben. Zudem gefährden die Auswirkungen der Krisen die Erreichung der Millennium Entwicklungsziele.

Hohe Kosten werden zur Bewältigung und armutsorientierten Abfederung der Krisen in den kommenden Jahren auf die Entwicklungsländer zukommen. Als Hauptverursacher der Krisen steht der Norden dabei in der Pflicht, die armen Länder auf diesen Kosten nicht sitzen zu lassen und gleichzeitig seine internationale Verpflichtung zur Armuts- und Hungerbekämpfung einzuhalten. Doch wie soll das alles bezahlt werden? Zahlreiche Vorschläge liegen auf dem Tisch, die bei dem entsprechenden politischen Willen weit mehr als die nötigen Summen bereit stellen könnten.



Bezug:

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60 | 53721 Siegburg
Tel.: +49 (0)22 41-5 36 17 | Fax: +49 (0)22 41-5 13 08
Email: info@suedwind-institut.de
Website: www.suedwind-institut.de
Bankverbindung:
Konto Nr. 99 88 77 bei der
KD-Bank (BLZ 350 601 90),
Preis: 5,00 €, ab 10 Exemplaren: 3,00 €
(zuzüglich Versandkosten)



Zusätzlich werden auf der Website von SÜDWIND auch Onlinematerialien zur Verfügung gestellt. Diese umfassen u.a. Vorträge zu den einzelnen Krisen und den innovativen Finanzierungsinstrumenten, weitere Hintergrundinformationen und Links, sowie länderspezifische Informationen zu Bangladesch, Indonesien, Äthiopien, Ghana und Ecuador.